

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

35 (31.1.1908) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 20. öffentliche
Sitzung

Karlsruher Zeitung.

N. 35. Freitag, 31. Januar 1908.

Badischer Landtag.

== Zweite Kammer. ==

20. öffentliche Sitzung
am Mittwoch den 29. Januar 1908.

Tagesordnung:

- Anzeige neuer Eingaben. Sodann
1. Fortsetzung der allgemeinen Diskussion über das Finanzgesetz, und damit in Verbindung:
 2. Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Geß und Gen., die Kränkung verfassungsmäßiger Rechte (Former Schäußele in Rintheim) betr. — Drucksache Nr. 22 —.

Am Regierungstisch: Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Wirkl. Geh. Rat Dr. Freiherr von Dusch, Präsident des Ministeriums der Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Wirkl. Geh. Rat Freiherr von Marschall, Präsident des Ministeriums der Finanzen Wirkl. Geh. Rat Dr. Honfeller, Präsident des Ministeriums des Innern Wirkl. Geh. Rat Freiherr von und zu Bodenmann, Ministerialrat Schellenberg.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 20 Minuten.

Es werden folgende Einläufe angezeigt:

1. Petition von 17 weiteren Gemeinden des Landes um Abänderung einiger Bestimmungen des Elementarunterrichtsgesetzes.

Dieselbe wird der Petitionskommission überwiesen.

2. Schreiben des Herrn Justizministers mit dem Entwurf eines Gesetzes, betr. Abänderung des § 127 des badischen Einführungsgesetzes zu den Reichsjustizgesetzen.

Zur Tagesordnung erhalten hierauf das Wort Abg. Dr. Oßfischer (natl.): Auch heute am fünften Tage unserer allgemeinen Finanzdebatte wird sich die Debatte wieder zwischen den beiden großen Polen: allgemeine politische Gesichtspunkte — finanzielle Fragen, bewegen. Unsere Verhandlungen leiden unter der Wucht und unter der Vielgestaltung des vorhandenen Materials, sie werden dadurch undurchsichtig und in mehrfacher Beziehung unerfreulich. Die Wahrnehmungen, die wir nicht bloß auf diesem Landtag machen, sondern auch auf den vergangenen Landtagen gemacht haben, könnten doch Anlaß bieten, diese Verhandlungen zu teilen, bei Beginn

des Landtages eine allgemein-politische Debatte zu halten und dann bei Beginn der Beratungen des Staatshaushalts eine auf finanzielle und wirtschaftliche Gesichtspunkte beschränkte Verhandlung zu pflegen. Aber das nur nebenbei.

Ich muß nun auch, folgend der Uebung des Hauses, einige finanzielle und wirtschaftliche Fragen in den ersten Teil meiner Erörterungen stellen. Ich will dabei aber nicht auf die vielen, vielen Einzelheiten, die dabei zur Behandlung gekommen sind, eingehen, ich will auch nicht eine Beurteilung der allgemeinen Lage des Staatshaushaltsetats hier ausdrücken, weil das durch meine Freunde, die zu der Sache gesprochen haben, in vollkommen zutreffender Weise geschehen ist. Ich will auch nicht eingehen auf die Ausführungen, die der Herr Ministerialpräsident der Finanzen gemacht hat, und die in der verschiedensten Beziehung von außerordentlichem Interesse gewesen sind. Ich will vielmehr zunächst ein Wort berühren, das der Herr Kollege Giesler gestern wohl polemisch gegen uns gesprochen hat; es betraf die Fahrkartensteuer. Er hat den Anschein erweckt, als ob das ganze Odium der Einführungen einer Fahrkartensteuer — und dieses Odium wird in unserem Volke in allen Schichten empfunden — nur auf uns abzuwälzen wäre. Das ist im Widerspruch mit der Wirklichkeit. Richtig ist allerdings, daß die Fahrkartensteuer in erster Reihe von einem Angehörigen der national-liberalen Fraktion im Reichstag in Vorschlag gebracht worden ist; richtig ist aber ebenso, daß die Mehrheit der betreffenden Kommission des Reichstags diesem Gedanken zugestimmt hat und daß sich unter dieser Mehrheit auch die Zentrumspartei befand; richtig ist auch, daß, als wir hier im vorigen Landtag auf diese Steuer zu sprechen kamen, die national-liberale Partei ihre Mißbilligung der Einführung dieser Steuer mit aller Deutlichkeit ausgesprochen hat, wenn auch die Konsequenz, daß die Großh. Regierung für die Nichtgenehmigung der Steuer im Bundesrat wirken solle, von uns nicht gezogen wurde, weil wir bei der damaligen Lage des Reichshaushaltsetats die ganze Finanzreform nicht in Gefahr bringen wollten; richtig ist aber endlich auch, daß die Zentrumsfraction des preussischen Landtags, wenn ich recht unterrichtet bin, in diesem Jahre eine Aktion gegen die Fahrkartensteuer, die von anderer Seite in Anregung gebracht war, nicht mitge-

macht hat. Man soll mit solchen Vorwürfen nicht kommen, die doch nur dazu bestimmt sind, uns draußen im Volke in ein falsches Licht zu stellen!

Die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten der Finanzen haben an mehreren Stellen wieder, wie wir das auch sonst schon, auch schon aus der Zeit des vorigen Landtags, gelegentlich vernommen haben, eine gewisse Mißbilligung einer vermuteten Leicht herzigkeit in der Auffassung der Finanzfragen bei diesem Hause erkennen lassen. Dieser Auffassung möchte ich entgegenreten. Es ist von meinem Freunde Wildens bereits im Eingang unserer Debatte hervorgehoben worden, daß wir, das Volkshaus, uns der großen Verantwortlichkeit wohl bewußt sind, die wir bei allen Anregungen, deren Verwirklichung finanzielle Folgen mit sich brächte, übernehmen, und daß wir bereit sind, die volle Verantwortung für solche finanzielle Maßnahmen Hand in Hand mit der Regierung zu tragen. Der Herr Ministerpräsident der Finanzen hat einen gewissen Eindruck herborgerufen durch seine in diesem Zusammenhang gemachte Ausführung, nach den Wünschen des Hauses würden regelmäßig die Ausgaben im Finanzgesetz erheblich größer, als sie in dem Staatsvoranschlag eingestellt gewesen seien. Es ist richtig, daß die Ausgaben im Finanzgesetz regelmäßig wesentlich höher sind, als die Ausgaben im ersten Staatsvoranschlag vorgesehen sind; aber daß das in der Hauptsache nur auf die Wünsche des Hauses zurückzuführen sei, ist nicht richtig. Ich habe mir die Mühe genommen, einmal die Voranschläge und die Finanzgesetze der letzten paar Budgetperioden daraufhin durchzusehen und habe den Eindruck vollkommen bestätigt gefunden, daß Millionenbeträge in den Nachtragsbudgets, deren Summe mit den Beträgen des ersten Voranschlags zusammen ja dann schließlich die Ausgabeposition im Finanzgesetz ausmacht, auf Anforderungen der Regierung zurückzuführen, und daß nur ganz bescheidene Beträge vorhanden sind, welche auf Anregungen des Hauses zurückzuführen sind. Ich könnte das im einzelnen belegen, wenn es gewünscht wird, und Herr Kollege Fröhlich hat bereits darauf hingewiesen, daß richtig ist, was ich sage. Bei der Auffassung der Lage des Staatshaushalts kommt nicht nur hier, sondern auch in anderen Volkshäusern der Optimismus in Widerstreit mit dem Pessimismus, und der Herr Ministerpräsident der Finanzen ist der Auffassung, daß es die berufsmäßige Aufgabe der Finanzminister sei, mehr dem Pessimismus zu huldigen, um dem Optimismus der Volksvertretung einigermaßen entgegenzutreten zu können. Es kommt dabei in Betracht, daß der Herr Finanzminister glaubt, die Eigenschaften eines „guten Hausvaters“ an den Tag legen zu dürfen, während das Volkshaus, namentlich einige Vertreter desselben, mehr nach den Anschauungen eines tüchtigen Geschäftsmannes, der nicht bloß die Gegenwart und die unmittelbar folgende Zukunft überschaut, sondern der auch mit weitem Blick weiter schaut, bestrebt ist, die in unserer Volks-, in unserer Wirtschaft vorhandenen Kräfte zu entwickeln, wenn es auch geschehen soll unter Inanspruchnahme fremden Kredits. Es ist ja richtig, die Rolle des Anregens von Ausgaben nach den verschiedensten Richtungen hin, ist heutzutage viel mehr, als das früher der Fall war, auf die Volkskammer übergegangen, und auch die Zweite Kammer des badischen Landtags hat es an solchen Anregungen in größerer Zahl und von größerer Bedeutung nicht fehlen lassen. Ich erinnere an unsere anregende Tätigkeit auf dem Gebiete des Volksschul- und Mittelschulwesens, an unsere Anregungen dahin, daß in verkehrsarmen, verkehrsverlassenen Gegenden mehr und mehr mit dem Eisenbahnbau vorgeschritten wird, ich erinnere an

unsere Anregungen zur Förderung des Straßenbaus durch die Kreise, zu Unterstützungen an arme nothleidende Gemeinden zu Wasserwerkungszwecken, Schulhausbauten usw. in größerem Umfang, als das nach dem jeweiligen Staatsvoranschlag in Aussicht genommen war. Aber die Vergangenheit und die Gegenwart zeigt doch, daß diese Anträge berechtigt waren und gewirkt haben. Es zeigt sich das u. a. auch darin, daß die Lage unseres Staatshaushalts zur Zeit als eine geordnete und erwünschte anzusehen ist; es zeigt sich auch daran, daß der Herr Ministerpräsident der Finanzen in der Lage war, uns ein schönes Bild des Aufstiegs der unteren Steuerklassen nach oben hin darzulegen. Der Herr Finanzminister hat außerdem, gewissermaßen sich selbst widerlegend, gesagt, daß die Regierung jetzt schon, bevor wir überhaupt in der Lage waren, Anregungen zu weiteren Ausgaben zu geben, ein Nachtragsbudget vorbereitet. Also auch jetzt schon ist die Regierung, ohne durch solche Anregungen aus dem Hause angeregt zu sein, dabei, ein Nachtragsbudget vorzubereiten.

Er hat in diesem Zusammenhang davon gesprochen, daß in diesem Nachtragsbudget die Ausgaben für die Finanzierung der Beamtenvorlage eine wesentliche Rolle spielen wird; er hat auch jetzt wieder davon gesprochen, daß die Ausgaben infolge der Beamtenvorlage im Beharrungszustand 7 Millionen ausmachen würde. Ich will auf die Beamtenvorlagen nicht näher eingehen. Ich möchte nur einen Gesichtspunkt hervorheben: Sowohl in den einleitenden Ausführungen zu dieser Vorlage, als in dem einleitenden Finanzvortrag des Herrn Finanzministers selbst ist mit großer Emphase darauf abgehoben worden, daß im Beharrungszustand eine Ausgabe von 7 Millionen erforderlich sein würde. Das ist geeignet, einen großen Eindruck zu machen, das ist geeignet — vielleicht war das mit die Absicht der Ausführungen —, die Steuerzahler auf die starke Belastung der Finanzen des Landes hinzuweisen, vielleicht auch die Beamten darauf aufmerksam zu machen, wie väterlich und fürsorglich die Staatsverwaltung bereit ist, für ihre Interessen zu sorgen. Viel mehr aber als die Höhe der Belastung im Beharrungszustand, der ja doch erst in einer langen Reihe von Jahren erreicht sein wird, würde sowohl die Beamten als die Steuerzahler interessieren, die Belastung zu erfahren, die für die Steuerzahler und für die Staatskasse in der laufenden und in der nächsten und übernächsten Budgetperiode entstehen wird. Diese Zahlen haben wir immer noch nicht erhalten. Die Berechnungen sind aber vielleicht jetzt doch abgeschlossen, und es wäre für uns äußerst interessant, diese Zahlen noch während dieser Debatte zu erfahren. Es ist geradezu bedenklich für das Schicksal der Beamtenvorlage, für die Aufnahme der Beamtenvorlage draußen im Volke, daß wir diese Zahlen immer noch nicht wissen. Das Volk hört eine Zahl, und diese Zahl heißt 7 Millionen. Durch diese Zahl läßt sich das Volk abschrecken, die Steuerzahler lassen sich bange machen, und das ist unerwünscht, unerfreulich, bedenklich für die Aufnahme der Beamtenvorlage bei den Steuerzahlern. Es wird da nicht überlegt, daß dieser Beharrungszustand erst in späteren Jahren eintritt, die Regierung sagt ja selbst, daß zum Beispiel die Zahlen für die Ruhegehälter im Beharrungszustand erst in 20—30 Jahren Wirklichkeit werden. Das wird seitens der Steuerzahler gar nicht berücksichtigt. Es wird dabei auch nicht berücksichtigt, daß ein sehr erheblicher Teil dieser Millionen gar nicht aus den Mitteln der Steuern zu tilgen sein wird, sondern den gesonderten Haushalt der Eisenbahnverwaltung angeht. Meiner Ueberzeugung nach sind die in Betracht kommenden Zahlen nicht so erheblich, daß sie für die gegenwärtige Budgetperiode als eine so

schwere Belastung erscheinen, wie dies manchmal den Anschein hätte erwecken können. Die Lage des Staatshaushalts ist gar nicht schlimm (Abg. Fröhlich: Sehr richtig!). Wenn der Herr Ministerpräsident der Finanzen sagen konnte, wir brauchen die auch von ihm im Prinzip als ausführbar anerkannte Uebernahme der Kosten für die Rheinregulierung auf Anlehen in dieser Budgetperiode nicht ins Werk zu setzen, da uns die Lage des Staatshaushalts nicht dazu dränge, wenn der Herr Ministerpräsident der Finanzen in der Lage ist, dem Hause die Aufhebung der Fleischsteuer vorzuschlagen (wenn auch nicht für dieses, sondern das nächste Jahr), und wenn er in der Lage ist, auf seine ursprüngliche Anforderung, 12 Pfennig Vermögenssteuer zu erheben, für dieses Jahr zu verzichten, dann scheint mir die Lage des Staatshaushalts wirklich nicht so bedenklich zu sein, wie es manchmal aus den Ausführungen des Herrn Finanzministers herausgeflungen hat.

Ich könnte jetzt meine Auffassung über die Anlehenpolitik geben. Ich habe darüber schon im letzten Landtag ein paar kurze Worte gesprochen. Näher darauf einzugehen, scheint mir nicht notwendig zu sein, das ist meinem Standpunkt entsprechend schon seitens meiner Freunde geschehen. Ich möchte aber doch zu dem vom Herrn Abg. Fröhlich gestern in seiner äußerst interessanten Rede in Aussicht gestellten Antrag einiges sagen. Herr Kollege Fröhlich möchte den Antrag einbringen, das Haus wolle im Laufe dieser Debatte schon beschließen, daß die Kosten der Rheinregulierung und die Kosten für den Neubau der Eisenanstalten auf Anlehen übernommen werden. Er hat darauf hingewiesen, daß prinzipiell eine solche Maßnahme auch von unserer Seite schon in Aussicht genommen werde, und hat dann gemeint, man möge nicht nur den Mund spizen, sondern man müsse dann auch pfeifen können. Ich glaube, wenn wir auch jetzt schon den Mund spizen, mit dem Pfeifen sollten wir warten, bis unsere Söhne in den Frühlingwald hinausgehen und Pfeifen schneiden, sollten wir warten bis zum Frühjahr, zum Sommer. Dann erst wird es möglich sein, über die Zweckmäßigkeit dieses Antrags eine Meinung zu gewinnen und darüber abzustimmen. Der gegenwärtige Zeitpunkt scheint mir verfrüht zu sein. Wir sind in der Tat heute nicht in der Lage, schon zu wissen, wie der Staatshaushalt und die Zahlen des Finanzgesetzes sich gestalten werden. Das wird erst in einigen Monaten übersehbar sein. Erst wenn wir diese Zahlen kennen und übersehen, können wir eine Anschauung darüber gewinnen, ob es nötig ist, die genannten Ausgaben auf Anlehen zu übernehmen oder sie, der bisherigen Gewohnheit folgend, noch einmal aus laufenden Mitteln zu bestreiten.

Ich komme nun aber zu einer Anlehenpolitik im großen Stil, ja im größten Stil, auch auf die Gefahr hin, daß ich bei den Herren auf der Regierungsbank einen gelinden Schrecken erzeuge. Diese Anlehenpolitik im großen, im größten Stil wird aufgenommen werden müssen, wenn wir dazu übergehen, in den Wasserwirtschaftsfragen den Aufgaben unserer Zeit zu entsprechen. Daß prinzipiell die dann notwendigen Ausgaben auf Anlehen zu übernehmen seien, hat ja der Herr Ministerpräsident der Finanzen selbst zugegeben. Denn er hat davon gesprochen, daß staatswirtschaftliche Unternehmungen, die volkswirtschaftlich fördernd seien, daß Unternehmungen, die sich nicht wiederholen, die nur einmalige Ausgaben verursachen, auf Anlehen zu übernehmen seien. Im Prinzip sind wir also einverstanden.

Ich muß nun aber auf diese Wasserwirtschaftsfragen etwas näher eingehen, nicht so eingehend, wie die Fragen

es verdienen, weil sich ja auch bei anderer Gelegenheit noch die Möglichkeit dazu bieten wird. Ich glaube aber, daß diese Debatte, in der wir jetzt stehen, nicht vorüberlassen werden kann, ohne diese Fragen zu besprechen, weil sie für die künftige Gestaltung unserer Finanzwirtschaft von der erheblichsten Bedeutung sind, weil an dieser Frage sämtliche Ressorts unserer Staatsverwaltung beteiligt sind, und weil die Gelegenheit ergriffen werden muß, wo sämtliche Vorstände der Ministerien hier vor uns anwesend sind. Unter diesen Wasserwirtschaftsfragen verstehe ich, um das mit einem Worte auszudrücken, alle die Fragen, die die gesamte technische und wirtschaftliche Behandlung unserer Gewässer, nicht nur der öffentlichen, sondern auch der privaten betreffen. Je mehr der Verkehr sich steigert und an Bedeutung in unserem gesamten Wirtschaftsleben zunimmt, desto mehr wird der Verkehr auf den Wasserstraßen wieder an Bedeutung zunehmen. Die Bedeutung der Wasserstraßen in Konkurrenz mit der Eisenbahn wird zunehmen, namentlich dann, wenn größere Verbesserungen des Wasserverkehrs durchgeführt werden, sei es durch Verbesserung der Wasserstraßen selbst, sei es durch Verößerung der Fahrzeuge, die auf diesen Wasserstraßen fahren. Namentlich aber dann wird diese ganze Wasserwirtschaft eine eminent hohe Bedeutung in unserem Wirtschaftsleben einnehmen, wenn die Kanalisierung unserer Gewässer Hand in Hand geht mit der Erzeugung von Elektrizität durch unsere Gewässer, wenn die Elektrifizierung unserer Wasserstraßen in die Hand genommen wird. Diese Frage erfordert die Aufmerksamkeit aller an dem Verkehr beteiligten Kreise, der Schifffahrt, des Handels, der Industrie, namentlich aber auch unserer Eisenbahnverwaltung. Die glücklichste Lösung dieser Frage wird nur gefunden werden können, wenn alle beteiligten Elemente bei der Lösung und Beantwortung dieser Frage Hand in Hand gehen. Für dieses Hand in Hand gehen fehlt es zurzeit an einem Organ. Wir haben ja allerdings in der Rheinschiffahrtskommission ein Organ, welches sich mit den Fragen der Wirtschaft auf dem Rhein befaßt, ein Organ, welches sich auch mit der großen und bedeutungsvollen Frage der Erhebung von Rheinschiffahrtsabgaben befaßt hat, aber diese Rheinschiffahrtskommission ist ein rein behördliches Organ, sie tagt unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit, und ist für die volkswirtschaftliche Beurteilung der aufgeworfenen Frage nach meiner Meinung nicht richtig zusammengesetzt; namentlich die Handelskammern kommen dabei wenig zu ihrem Recht. Diese haben sich ja selbst zusammen getan und ihre Meinung darüber geäußert, aber eine berufsmäßige Gelegenheit, sich darüber zu äußern, ist ihnen, meines Wissens, nicht gegeben worden. Ich erwähne ferner die Rheinregulierung bis Straßburg und bis Basel hinaus, eine Frage von großer wirtschaftlicher Bedeutung, freilich auch von großer technischer Schwierigkeit, dann die Frage der Kanalisierung des Oberrheins von Basel aufwärts bis an den Bodensee, die Neckarkanalisierung, die Erhebung von Abgaben für die Beschiffung dieser kanalisierten Gewässer, und dann namentlich die große und von uns viel behandelte Frage der Errichtung von Wasserkraftanlagen am Rhein und den anderen öffentlichen Gewässern, und was ich in diesem Zusammenhang auch nicht vergessen will, die Frage der Ausnützung der Wasserkraft, und zwar auch der nichtöffentlichen Gewässer nach großen einheitlichen Grundätzen, und schließlich die große Frage, ob der Staat sich selbst am Bau solcher Wasserwerke beteiligen und solche in eigenen Betrieb übernehmen soll, und ob die Verwendung

des da gewonnenen Stromes zu Eisenbahn- und anderen staatlichen Zwecken stattfinden könnte. Wir haben ja durch mehrere Erklärungen der Groß. Regierung zu unserer Freude einen gewissen Wechsel in der Auffassung dieser letzteren Frage gegenüber konstatieren können; ich bin aber der Meinung, daß in der Zukunft die Frage noch mehr unserem Standpunkt annähernd gelöst werden sollte, und daß es unsere Aufgabe sein wird, in dieser Beziehung weiter und weiter auf die Groß. Regierung fördernd einzuwirken. Denn wir wollen uns doch nicht verhehlen, daß der Zeitpunkt für eine endgültige Beurteilung dieser Frage jetzt gekommen ist.

Die Möglichkeit der Fernleitung des elektrischen Stromes ist heute eine fast unbegrenzte; ein Verlust von 5 Proz. bei einer Leitung von mehreren hundert Kilometern kann nach dem heutigen Stand der Technik als das normale Maß bezeichnet werden. Die Technik ist in der Konstruierung von Maschinen zur Verwendung der Elektrizität zu den verschiedensten Zwecken, namentlich auch für das Handwerk und die Landwirtschaft, soweit vorgeschritten, daß wir heutzutage von einer fast unbegrenzten Möglichkeit der Verwendung des elektrischen Stromes reden können. Es ist deshalb die Zeit gekommen, wo wir diese ganze Frage einmal nach einheitlichen Grundsätzen behandeln müssen, wo ein einheitliches System über die Ausnützung der im Lande vorhandenen Wasserkräfte zur Erzeugung der Elektrizität und zur Verteilung derselben in hochgespannten Ströme durch das ganze Land aufzustellen ist. Die Elektrizität wird in einer Reihe von Jahren die Nährmutter unserer ganzen Volkswirtschaft sein, und dann können wir uns im Lande Baden glücklich preisen, daß wir im Besitze so vielfältiger Wasserkräfte sind, die uns ermöglichen, Elektrizität zu erzeugen und hinauszuführen ins Land (Bravo!). Ich sehe die Zeit nicht mehr fern, wo der elektrische Strom gleich unserer heutigen Eisenbahnlinie von der südlichsten bis zur nördlichsten Spitze des Landes hindurchgelegt wird, mit Abzweigungen in alle Täler, in alle menschlichen Niederlassungen, zum Segen der gesamten Wirtschaft. Aber eine solche Leitung und die Erzeugung derartiger Mengen von Elektrizität, kann nur in der Hand des Staates erfolgen, und deshalb scheint es mir erforderlich zu sein, daß der Staat die Hand auf die im Lande vorhandenen Wasserkräfte legt, um sie für diese großen Unternehmungen, die nur von größten Gesichtspunkten aus in die Hand genommen und fortgeführt werden können, sich vorzubehalten. Die Techniker dazu sind vorhanden, aber der Geschäftsmann, der diese Frage richtig nach allen Seiten, namentlich nach der volkswirtschaftlichen Seite hin, beurteilen kann, ist zurzeit nicht vorhanden, er soll geschaffen werden in einem neu zu errichtenden Organ, in dem die Möglichkeit geboten ist, alle Interessenten zu hören, damit die Frage nach allen Gesichtspunkten hin einheitlich entschieden werden kann: Ein Organ, das berufsmäßig alle Erscheinungen, die sich auf diesem Gebiete zeigen, beobachtet, ihre Anwendbarkeit auf unser Land beurteilt, Vorschläge macht, Anregungen gibt, und in den Massen unseres Volkes aufklärt. Wir haben ja Handelskammern für die Interessen des Handels und der Industrie, Handwerkskammern für die Interessen des Handwerks, eine Landwirtschaftskammer zur Wahrnehmung der Interessen der Landwirtschaft, wie haben die staatlichen Behörden für die Wahrnehmung der Interessen der Staatsverwaltung, und schließlich den Landtag, der das Recht und die Pflicht hat, in diesen Fragen mitzusprechen, anregend und fördernd zu wirken, aber ein ein-

heitliches Organ, das bestimmungsgemäß sich mit dieser Frage von allen in Betracht kommenden Gesichtspunkten aus zu befassen hat, besitzen wir zurzeit nicht.

Ich möchte deshalb in diesem Augenblick die Anregung geben, daß ein solches Organ geschaffen wird, welches ich mir etwa folgendermaßen konstituiert denke: Eine Wasserwirtschaftskammer — Sie können diesen Namen oder einen beliebigen andern Namen wählen, der Name tut es ja nicht —, aber eine Organisation, in welcher Vertreter der Handelskammern, der Handwerkskammern, der Landwirtschaftskammer, Vertreter unseres großen Gemeinwesens, in welcher Techniker ersten Ranges, Techniker unserer Staatsverwaltungen, Techniker auch unserer Hochschulen, auch ein Technologe der Technischen Hochschule zusammengefaßt sind, damit dieses Organ auch in der Lage ist, diese Fragen umfassend zu beurteilen. Wenn der Gedanke Unterstützung findet, würde ich mir erlauben, ihn in einem Antrag zu formulieren und zur Beratung und Beschlußfassung zu unterbreiten.

Ich komme nun zu dem politischen Teil meiner Ausführungen. Da ist es vielleicht begreiflich, daß ich mich zunächst an das Zentrum wende und zwar zu allererst an den Führer der badischen Zentrumsparlei im Lande, an den Herrn Geistl. Rat Wacker. Dieser hat am 1. Dezember 1907 wieder einen Erlaß an die Parteigenossen des Landes hinausgegeben. Zu diesem heißt es unter anderem: „Das Zentrum wird niemals erwarten und noch weniger Anspruch darauf erheben, daß ein Minister sich auf seine Seite stellt und für seine Parteiinteressen sich bemüht, wie wenn er auch zum Zentrum gehören würde. Es erwartet aber und muß verlangen, daß Minister auch für keine andere Partei in solcher Weise eintreten. Die einzige richtige Stellung für die ganze Regierung wie für einzelne Minister kann nur sein „über oder richtiger neben den Parteien“. Sic volo, sic jubeo! Dieses „bon mot“, so möchte ich es einmal nennen, ist seinerzeit in anderer Form, nämlich in der Form: „Die Regierung soll stehen über den Parteien“ zuerst von dem Herrn Geistlichen Rat Wacker in die öffentliche Diskussion hineingeworfen worden, und der frühere Herr Staatsminister v. Brauer hat es aufgenommen und in eine etwas höflichere Form gekleidet, indem er sagte: „Nicht über, sondern richtiger neben den Parteien soll die Regierung stehen“. Dieses Wort ist an Stelle eines Regierungsprogramms gesetzt worden. Es sollte bestimmt sein, die Aufstellung eines eigentlichen politischen Programms der Regierung unnötig erscheinen zu lassen. Es war geeignet, alle diejenigen Personen und Parteien, die bisher in der Opposition gestanden waren, zu bejähigen, die Opposition zu unterdrücken und dem Ministerium eine ruhige Führung der Geschäfte zu ermöglichen. Es ist auch gelungen, wenigstens beim Zentrum. Denn das Ministerium des Herrn von Brauer ist als das Ministerium der Geradheit und der Gerechtigkeit über alle Mäßen gerühmt und gelobt worden. Das bon mot ist auch in enger Beziehung wahr gemacht worden. Wir wissen, daß den Regierungsbeamten bei der politischen Arbeit draußen im Lande, namentlich bei den Wahlen, Zurückhaltung auferlegt wurde. Sie sollten keine Politik machen, denn es war keine Regierungspolitik zu vertreten. Freilich war die Folge dieser Zurückhaltung der Regierungsbeamten nach meiner Auffassung in anderer Beziehung überaus nachteilig. Ich beklage nicht, daß die Regierungsbeamten sich nicht mehr veranlaßt sehen, wie das früher da und dort der Fall gewesen sein soll, in die politische Agitation führend, leitend, auch manchmal agitierend einzugreifen. Aber darüber sollten wir uns doch nicht im Zweifel befinden, daß, wenn ein Regierungsbe-

amter auf dem Lande denjenigen, die zu ihm kommen, um über die wichtigsten Fragen seine Meinung zu hören, einen Bescheid versagt, er dadurch auch in anderen Fragen an Einfluß ganz erheblich einbüßt (Müße von Zentrumsseite: im Gegenteil!). Das ist Ihre Auffassung. Meine Auffassung ist die, daß er an Einfluß eingebüßt, und wir haben diese Erscheinung im Lande wohl auch bestätigt gefunden.

Die Politik der Regierung des Herrn von Brauer ist auch in verschiedenen kleinen Gefälligkeiten wahr gemacht worden, und es sind verbindliche, aber keineswegs bindende Erklärungen der Großh. Regierung in Bezug auf die Ordenfrage, abgegeben worden. Die Haltung des Ministeriums von Brauer zur Wahlrechtsfrage kann in diesem Zusammenhang nicht erwähnt werden; denn die Wahlrechtsfrage war ja schon lange kein Streitpunkt unter den Parteien mehr, und ein Entgegenkommen der Großh. Regierung in dieser Frage war ein Entgegenkommen gegenüber der Wünsche aller Parteien, das waren keine Konzessionen an das Zentrum. Aber das muß der Gerechtigkeit zu Liebe gesagt werden: Die Lösung der überaus schwierigen Wahlrechtsfrage ist doch in der Hauptsache dem Vorgehen des Herrn Ministers des Innern Schenk zu danken. Und daß die Frage nicht bloß durch eine Regierungsvorlage hier zur Sprache gebracht werden konnte, sondern daß sie auch im langen Kampf der Meinungen hier im Hause, im Widerstreit mit dem anderen Hohen Hause und mit den damaligen Auffassungen der Großh. Regierung zu einem glücklichen Abschluß gebracht werden konnte, das ist doch, wie ich es wenigstens beurteile — und ich glaube, es richtig zu beurteilen — mehr der Tätigkeit und dem Eingreifen des Herrn Ministers Schenk als demjenigen des Herrn Staatsministers von Brauer zuzuschreiben. Ich will die Verdienste dieses Ministers in dieser Richtung gewiß in gar keiner Weise verkleinern. Ich weiß, daß er in einem ganz besonders entscheidenden Augenblick hervorgetreten ist, daß er durch seine uns entgegenkommende Meinung eine glückliche Entscheidung hat herbeiführen helfen. Aber der Herr Staatsminister von Brauer war während der ganzen Monate, die wir in der Kommission über die Frage verhandelt haben, infolge eines Leidens im Süden abwesend. Er ist erst in den letzten Stadien der Verhandlungen gekommen und hat sich dabei allerdings beteiligt, er hat sich insbesondere auch bei den Verhandlungen mit der Ersten Kammer beteiligt und hat mit zur glücklichen Lösung der Frage beigetragen. Aber das Hauptverdienst, und das wollen wir auch nicht verkleinern, kommt doch dem Herrn Minister Schenk zu.

Aus verschiedenen Erklärungen und Maßnahmen des Ministeriums von Brauer hat dann aber die Zentrumsparlei auch noch gewisse Hoffnungen auf eine Weiterentwicklung auf diesem nach unserer Auffassung abschließigem Gebiete der Konzessionen geschöpft. Ob es dem Willen des Herrn Staatsministers von Brauer entsprochen hat, solche Hoffnungen zu erwecken, weiß ich nicht. Jedenfalls war er nicht in der Lage, weitere derartige Konzessionen zu betätigen. Nachdem nun aber hervorgehoben worden ist, und zwar durch den Herrn Staatsminister, daß jene von Ihnen soviel gescholtenen Erhebungen gegen die Geistlichen wegen der Wahlumtriebe unter der Zustimmung des Herrn Staatsministers von Brauer injiziert worden sind, hätte Ihnen das doch zu denken geben und Sie veranlassen sollen, wenigstens in diesem Augenblick das Lob des Ministeriums von Brauer etwas vorsichtiger auszusprechen, als das geschehen ist. Aber, Sie brauchen eben dieses Rühmen des Herrn Staatsministers v. Brauer, dieses Rühmen des Ministeriums der Gerad-

heit und Gerechtigkeit, um es in Gegensatz zu stellen zu dem gegenwärtigen Ministerium, namentlich zu dem gegenwärtigen Staatsminister.

Dieses Bonmot, von dem ich gesprochen habe, soll nach Ihrer Auffassung die Regierungsmaxime sein. Wer gegen diese Regierungsmaxime handelt, der wird gerichtet. Und da hat nun Herr Ministerialpräsident Frhr. v. Bodman sich unterfangen, gegen diese Regierungsmaxime zu handeln; er hat vor der Präsidentenwahl seine Auffassung von den Dingen in vertraulicher Weise einem bekannten Herrn, einem Mitgliede der konservativen Partei, mitgeteilt. Obwohl diese Mitteilung vertraulich war, ist sie doch bekannt geworden — wir wollen es nicht näher untersuchen, wie und warum das so gegangen ist. (Abg. Dr. Zehner: Vielleicht war ein Jesuit dabei!) Aber der Herr Ministerialpräsident Frhr. v. Bodman ist als Minister noch jugendlich. Er hat sich bisher nur einmal gegen Ihr Gesetz vergangen, und deshalb kann er immerhin bedingt begnadigt werden (Heiterkeit). Es wird sich ja dann in der Verjährungszeit herausstellen, ob ihm die endgültige Begnadigung zu Teil wird. Die Rede, die er am letzten Samstag gehalten hat, war so, wie Sie das ausgesagt haben, immerhin geeignet, ihm diese endgültige Begnadigung jetzt schon in Aussicht zu stellen. Das geht hervor aus den Ausführungen des schon mehrfach genannten ausgezeichneten Zentrumsblattes, des „Pfälzer Bote“, der nun bereits sich bemüht, den Herrn Minister v. Bodman in Gegensatz zu dem Herrn Staatsminister zu stellen, sowie aus den Ausführungen, die wir gestern aus dem Munde des Herrn Kollegen Sießler vernommen haben. Das Zentrum will also nach seiner alten und bewährten Praxis den Liberalismus des Herrn v. Bodman, den dieser ja offen und freimütig bekannt hat — hier in diesem Kreise das auszusprechen, ist immerhin eine Kühnheit (Heiterkeit), und doch hat er es gewagt —, für seine Zwecke auszunützen. Näher mich auf diese Dinge einzulassen, will ich für den Augenblick unterlassen; vielleicht wird sich später Gelegenheit dazu bieten.

Im Gegensatz zu diesem nun vorläufig bedingt begnadigten Minister v. Bodman steht der Herr Staatsminister Frhr. v. Dusch. Er hat sich auch gegen dieses Gesetz vergangen, gegen die Maxime: Regierung über oder neben den Parteien. Er hat sich unterfangen bei den Reichstagswahlen einen Wahlerlaß hinauszugeben, einen Wahlerlaß übrigens von ganz anderer und viel unschuldigerer Art als die Wahlerlasse, die sonst hinausgegeben zu werden pflegen. Das Nötige darüber ist bereits gesagt worden, ich will nicht darauf zurückkommen. Man könnte nun daran denken, auch diesem Herrn die bedingte Begnadigung zuteil werden zu lassen, damit er in einer weiteren Frist sein Wohlverhalten betätigen kann. Aber der Mann ist rückfällig! (Große Heiterkeit). Er steht so wenig neben der Zentrumsparlei, daß er es in früheren Zeiten horribilo dictu gewagt hat — und da mag seine Eigenschaft als Justizminister auch etwas mitgewirkt haben —, dafür zu sorgen, daß hier im Lande Baden, auch wenn (zum Zentrum) Dinge Ihres Interesses, Ihres besonderen Interesses in Frage standen, das Gesetz angewendet wird! (Abg. Dr. Bing: Sehr gut!) Er hat das u. a. getan, indem er bei den zahlreich im Lande vorhandenen Kongregationsanstalten einmal nachgesehen hat, ob da alles nach dem Gesetze geht, und da, wo Gesetzwidrigkeiten an den Tag gekommen sind, für deren Beseitigung, übrigens in äußerst schonender Weise, gesorgt hat. (Abg. Dr. Zehner: Haben wir darüber etwas gesagt?) Allerdings nicht. Aber ich sage es! Ich darf mir erlauben, hier auch von mir aus Gegenstände in die Diskussion hineinzubringen, ohne daß sie vorher von Ihnen angeregt worden sind, das ist mein gutes

Recht! Der Herr Staatsminister von Dusch hat auch bei den vielgeschmähten Erhebungen gegen die Geistlichen, die übrigens in erster Reihe von dem Minister des Innern veranlaßt waren, gesorgt, daß Gesez und Recht zur Geltung kommen, indem er strafwürdige Vergehen auch zur Strafe gezogen hat, indem er dafür gesorgt hat, daß den Geistlichen kein Ausnahmerecht zubilligt wird, daß sie wie jeder andere Staatsbürger zur Strafe gezogen werden, wenn sie sich gegen die Geseze vergriffen haben. Und das ist vielleicht das Schlimmste, obwohl es von Ihnen auch noch nicht gesagt worden ist: Der Herr Staatsminister Frhr. von Dusch hat auch bei der Regelung der Klosterfrage dafür sorgen wollen, daß die von Ihnen begehrt und von ihm im Prinzip als zulässig anerkannten Klöster nach den Gesezen eingerichtet werden. Er hat dafür sorgen wollen, daß, wenn sie zugelassen werden, in ihnen nicht außergewöhnliche Zustände vorwalten; das kann von unserem Standpunkte aus nur als durchaus selbstverständlich angesehen werden, während es von Ihrer Seite aus getadelt wird.

Durch alle diese „höchstbedenklichen“ Maßnahmen hat Staatsminister Freiherr von Dusch die Hoffnungen, die Sie auf ihn gesetzt haben, getäuscht, und es ist für einen stürmischen Liebhaber immer das Aller schlimmste, wenn seine Hoffnungen getäuscht werden. Er hat durch seine letzte Rede die letzte Gelegenheit, die ihm noch gegeben war, wieder gut zu machen, was er verbrochen hat, versäumt, und deshalb ist er als rückfälliger Verbrecher eben jetzt der Exportation auf die Insel der Seligen (Heiterkeit) verfallen, wo er mit seinem früheren Kollegen, Herrn Minister Schenkel, zusammen sich beraten kann, wie es ist, wenn man es wagt, in einem Lande mit einer katholischen Mehrheit eine andere Politik zu machen als Zentrums politik nach dem Recepte des Herrn Geistl. Rat Wacker. (Abg. Dr. Zehnter: Der wirbelnde Ministerjessel, wie Sie vor drei Jahren gesagt haben!) Ich freue mich ganz außerordentlich, Herr Kollege Dr. Zehnter, daß Sie mir Gelegenheit geben, diese alte Ente endlich einmal zur Ruhe zu bringen! Wenn Sie damals die Zeitungen gelesen haben — und da Sie immer wieder darauf zurückkommen, muß ich erwarten, daß Sie sie gelesen haben —, so werden Sie sich vielleicht erinnern, daß ich selbst kein Wort von diesem wirbelnden Ministerjessel gesprochen habe; das ist nur in einem Zeitungsartikel gestanden! Ich bitte also, nachdem ich Ihnen diese Aufklärung gegeben habe, die Ente nun endlich einmal zu Boden flattern zu lassen. (Abg. Dr. Zehnter: Das stand in Ihrem offiziellen Parteiblatt!) Was kann ich dafür, wenn irgend ein phantasierender Redakteur oder Zeitungsberichterstatler ein so schönes Bild braucht? Jedenfalls darf es mir nicht zugeschrieben werden. Ich habe es nicht gesprochen, ich erkläre das mit aller Bestimmtheit und bitte, mir das endlich einmal zu glauben!

Ich glaube nur genugsam dargelegt zu haben, welche Gründe die Haltung der Zentrumsparthei gegenüber dem Herrn Minister v. Dusch zu erklären geeignet sind. Wir wollen doch in jedem parlamentarischen Vorgehen einen bestimmten Zweck erkennen, und dieser Zweck ist hier aus der Haltung des Führers der Zentrumsfraktion, namentlich wenn man auf Vergangenes zurückblickt, vollkommen klar zu erkennen. Das, was hier zum Erstaunen des Herrn Staatsministers, nicht aber zu meinem Erstaunen, geschehen ist, ist lediglich die Fortsetzung einer planmäßigen Taktik, die schon vor zwei Jahren eingesetzt hat. Der Minister Schenkel war ein liberaler Mann und ein entschiedener Gegner des Zentrums. Man hat deshalb mit einer systematischen Hege gegen ihn eingesetzt, einer Hege in der Presse und in Versammlungen. Wir haben viele Reden des Herrn Geistlichen Rats Wacker gehört, die dazu führen sollten,

den Herrn Minister Schenkel zum Sturz zu bringen. Und der Famulus des Herrn Wacker hat es ihm nachgemacht, wenn er auch etwas weniger geschickt ist als sein Lehrer; er kann aber vielleicht noch besser werden (Heiterkeit), und in den Klünsten der (ich will einmal sagen) Agitation ist auch er schon in sehr bedeutendem Maße erfahren (Lachen auf Zentrumsseite). Man hat also nach einem Mittel gesucht, wie man diesem Ziele, dem Sturz des Ministers Schenkel, näherkommen kann. Seine politische Haltung als Grund für dieses Vorgehen gegen ihn anzuführen und öffentlich zu bekennen, hat man sich offenbar gescheut; man hat nach einem anderen Grunde gesucht und kam da auf die alte Geschichte mit dem Großblod. Man warf dem Herrn Schenkel vor, er habe den „Großblod“, wie Sie es nennen, „nicht verhindert“. (Jetzt heißt es sogar, er habe ihn begünstigt!) Bedenken Sie doch, in welchen Widerspruch Sie sich mit sich selbst verlegen, wenn Sie eine Regierung neben den Parteien verlangen und doch einem Minister zumuten, daß er in die taktische Haltung einer politischen Partei eingreifen solle. (Abg. Dr. Zehnter: Das hat niemand verlangt.) Ja ich kann es mir nicht anders erklären: Wenn Sie ihm einen Vorwurf daraus machen, daß er den Großblod „nicht verhindert“ habe, dann machen Sie ihm doch den Vorwurf, daß er nichts getan habe, um ihn zu verhindern. (Zustimmungsruufe links; Abg. Dr. Vinz: Sonnenklar! natürlich!) Wir wissen ja (es hat das einmal einer meiner Freunde gesagt), ein Zentrumsgehirn hat ein paar Bindungen mehr als unser Gehirn (Heiterkeit; Lachen auf Zentrumsseite; Zuruf des Abg. Dr. Zehnter.), deshalb verstehen wir uns so oft nicht. Das ist kein Zeugnis für Ihre größere Gescheidtheit, sondern mehr dafür, daß es bei Ihnen nicht immer ganz direkt aufs Ziel losgeht, sondern auf Umwegen, durch einen Irrgarten hindurch.

Also der Minister Schenkel ist schuld an dem Großblod, und das war das Verbrechen, was ihn zum Fall gebracht haben soll. Ich kann immer nur wiederholen, was schon oft gesagt worden ist: Herr Minister Schenkel wäre gar nicht in der Lage gewesen, den Großblod zu verhindern. Denn wir Nationalliberale machen unsere Politik selbstständig ganz nach eigenen Recepten und das haben wir auch in diesem Falle getan. Und wenn Herr Minister Schenkel den Versuch gemacht hätte, in unsere Taktik einzugreifen, so würden wir ihm wahrscheinlich gesagt haben, Sie haben nicht die Verantwortung für unsere Taktik.

Nun werden Sie ja freilich mit den Beweisversuchen, daß Herr Minister Schenkel an dem Großblod schuld sei, nicht aufhören, so lange Sie dieses Aktionsmittel brauchen; und diese Beweisführung wird Ihnen ja auch, da wo sie einsetzt, gelingen, denn die Papierschneidlogik, die jetzt beim Herrn Kollegen Dr. Schofer am Werk ist, hat ja immer Erfolg.

Der Abschied des Herrn Ministers Schenkel ist ja aber offiziös aufgelöst worden. Sie haben allerdings dieser officiösen Erklärung nicht geglaubt. Einiges darüber hat uns im Eingang dieser Debatte auch der Herr Staatsminister gesagt. Jedenfalls möchte ich glauben, daß das Verhalten zum Großblod nicht der Anlaß zu dem Abschied des Ministers war. Denn, wenn es so wäre, dann wäre eine unzutreffende Annahme zugrunde gelegt worden; ich nehme an, daß es andere Gründe waren, die Herrn Schenkel veranlaßt haben, sein Abschiedsgesuch einzubringen. Aber wie dem auch sei, es scheint (zum Zentrum gewendet) Ihnen nun einmal geeignet, diesen Vorgang als einen Erfolg Ihrer Taktik darzustellen, ihn zu preisen und zu rühmen, weil der Erfolg ja immer Anhänger macht. Das war der Grund, warum in Ihrer Presse, warum in Ihren Versammlungen so viel von dieser Sache die Rede war.

Wenn Sie nun nach Ihrer Behauptung in dem einen Falle „Erfolg“ gehabt haben, warum soll man's nicht auch in dem andern Falle versuchen? Bereits geht man dazu über, dasselbe Mittel auch dem gegenwärtigen Herrn Staatsminister gegenüber anzuwenden, ebenso planmäßig, ebenso konsequent und unter Mitwirkung derselben Regisseure. Im Vordergrund stand nach außen hin in diesem Falle Herr Kollege Dr. Schofer. Fortgesetzt ist die Sache u. a. worden durch eine Rede, die Herr Geistlicher Rat Wacker anfangs Oktober vorigen Jahres in einer Versammlung der Zentrumsparthei in Waldkirch abgehalten hat. „Unmittelbar unter dem Eindruck der Trauerzeit, in der sich das badische Land befindet“, heißt es im „Beobachter“ in dem hierüber berichtenden Artikel, „hat diese Versammlung stattgefunden, und es war natürlich, daß der Führer der Zentrumsparthei auch über die Trauerzeit einiges sagte“. Dieser Führer hat es dann aber, wie das ja auch in seinen Schreiben immer wiederkehrt, für gut befunden, in diesem Zusammenhange die unwandelbar gleiche Loyalität und Königstreue der Zentrumsparthei im Gegensatz zu der Loyalität und Fürstentreue unserer Parthei hervorzuheben und es heißt immer: „Andere hätten mit der Revision ihrer monarchischen Gesinnung gedroht, wenn ihnen ihre Wünsche nicht erfüllt würden, und weiter: „Was ist vom thronigen Großherzog zu erwarten?“ und „Wir würden es gewiß begrüßen, wenn die Kunde recht bald in das Land käme, daß dem Liberalismus der Abschied ist gegeben worden von der Großh. Regierung. Wir sind aber auch glücklich genug, um nicht zu verlangen, daß nur nach dem Zentrum regiert werde.“ Es sei noch Rücksicht zu nehmen auf alle anderen Parteien. Wir erwarten nicht, heißt es weiter, daß, wenn er auch anderen Wünschen die gebührende Rechnung fragen will, er das gleich in der ersten Stunde tue. Wir wollen uns einer ausgeprägten Zurückhaltung befleißigen; wir wollen die Sache nicht erschweren und den Vorwurf der Zudringlichkeit uns nicht zuziehen. Aber das halten wir für ausgeschlossen, daß die Bahn des Liberalismus in der bisherigen Weise weiter begangen wird. Unter Friedrich I. hat man Gelegenheit gehabt, die Schattenseiten des Liberalismus kennen zu lernen, und Friedrich II. wird selber Wert darauf legen, das Vertrauen aller seiner Untertanen, die Katholiken nicht ausgenommen, zu besitzen, und er wird sich bewußt sein, daß das Vertrauen bei keinem Volksteil so leicht erhalten wird wie beim katholischen. Er spricht dann die Erwartung aus, daß der „wüste Kulturkampf“, der unter dem Großherzog Friedrich I. getobt hat, nicht wiederkehre, und sagt dann: „Wir haben Grund, mit vollem Vertrauen in die Gerechtigkeit der Zukunft zu setzen“. Am Schluß der Rede kommt diese „ausgeprägte Zurückhaltung“, von der wir vernommen haben, in durchaus deutlicher Weise zum Vorschein, und es ist hier der Weg gezeigt, den man begehen muß, um den Vorwurf der „Zudringlichkeit“ zu vermeiden, nämlich also: Die Vergangenheit war nicht gerecht — von der Zukunft wird Besseres erwartet! Von der Zukunft wird auch erwartet, daß es den Katholiken möglich sei, Vertrauen zu fassen zu ihrem Landesherren! Aber das Alles soll nicht „in erster Stunde schon“ verwirklicht werden, heißt es in der Rede. Die erste Stunde ist aber jetzt vorüber. Denn die Aktion, die die Zentrumsfraktion des Landtags gegen den Herrn Staatsminister entfaltet hat, zeigt das deutlich. Jetzt wird gefordert, was hier als zu fordern in Aussicht genommen war: die Erfüllung der „anderen Wünsche“; und da der gegenwärtige Herr Staatsminister ja (zum Zentrum gewendet) nach Ihrer Auffassung der Erfüllung dieser Wünsche entgegenzusetzen scheint, so muß er fallen. Das ist der Grund Ihrer ganzen Aktion, diese geschieht nur in Vollstreckung des allmächtigen Willens des Führers

der Zentrumsparthei des badischen Landtags (Sachen auf Zentrumsseite).

Ueberraschend war diese Aktion, wie wir erkannt haben, für den Herrn Staatsminister selbst, überraschend war sie auch für alle, die in dem gegenwärtigen Leiter der Zentrumsfraktion einen maßvollen Zentrumsmann vermutet haben. Ich habe nie dazu gehört (Heiterkeit im Zentrum), mich hat das also nicht überrascht. Die Taktik der Zentrumsfraktion des letzten Landtags unter Führung des Herrn Abg. Fehrenbach ist nun verlassen und eine solche Sprache, wie wir sie hier am ersten Tage unserer Debatte aus dem Munde des Herrn Dr. Zehnter vernommen haben, ist nicht erhört worden seit den Zeiten, da der Geistliche Rat Wacker selbst gegenüber dem früheren Staatsminister Hoff eine ähnliche Aktion entfaltet hat. Ich erinnere mich noch sehr gut an den Eindruck, den das damals im Lande hervorrief; ich möchte aber daran die Hoffnung knüpfen, daß die Wirkungen dieser Aktion dieselben bleiben, wie sie damals waren, daß sie wie damals abprallen an dem Bewußtsein des Staatsministers, daß er allzeit nach Gerechtigkeit und Gleichheit allen Teilen unseres Volkes und den Angehörigen der verschiedenen Konfessionen gegenüber nur seine Pflicht getan hat, und, wenn unsere politische Debatte einen wirklich begrüßenswerten Erfolg gehabt hat, so ist es der, daß jetzt auch für die Blinden und Halbblinden für die Zukunft klar am Tage liegt, daß ein Unterschied zwischen Wackerpolitik und Zehnter-Fehrenbach-Politik im Endzweck nicht besteht, wenn auch die Formen zeitweise verschiedene waren. Ich glaube Ihnen vor Augen geführt zu haben, daß wir hier eine vollkommen folgerichtige schlüssige Entwicklung vor uns haben, und daß wir in dieser Entwicklung an einem gewissen Abschluß angelangt sind. Was will denn das Zentrum mit seiner ganzen Aktion? Es will, wie schon vor Jahren: Ein Ministerium, das über oder richtiger neben den Parteien steht, ein Geschäftsministerium, das keine Politik hat, keine Politik macht, das lediglich die Geschäfte führt, das die Politik den Parteien überläßt, das hin und herschwankt in den politischen Fragen und, wie Sie hoffen, wohl mehr hinschwankt zu Ihnen, als herschwankt zu uns. Was kommen soll, darf beiseite sein, denn das wäre bedenklich für Sie, ein Zentrumsministerium, das dann selbstverständlich nicht wohl anders könnte, als die wahren Zentrumsziele ihrer Verwirklichung entgegenzuführen und dadurch den bisher gewonnenen Boden auf das allerschlimmste zu untergraben. Also ein Zentrumsministerium beiseite nicht, aber ein Ministerium ohne politische Grundsätze, keine nach (zum Zentrum) Ihrem Sinn, und wenn Sie nun durch Ihre Haltung dem neuen Herrn Finanzminister gegenüber an den Tag gelegt haben, daß Sie ihn als richtigen Träger dieser Politik anerkannt haben, so möchte ich glauben, Sie haben dem Manne einen schlechten Dienst erwiesen, jedenfalls haben Sie ihm kein Kompliment damit gemacht.

Wie wir uns dem neuen Herrn Ministerialpräsidenten der Finanzen gegenüberstellen, das ist schon zum Ausdruck gekommen in dem, was mein Freund Binz gesagt hat. Lassen Sie doch diesen neuen Mann erst einmal an der Arbeit sein, geben Sie ihm Frist, seine Arbeit zu tun, und dann erst setzen Sie mit Ihrer Kritik ein, denn dann erst sind Sie in der Lage, zu erkennen, ob der Techniker und Verwaltungsbeamte als Finanzmann, vielleicht sogar als Staatsmann wohl geeignet wäre, die Geschäfte des Landes zu führen. Einstweilen aber haben wir noch ein Ministerium, das den Namen von Dusch trägt, und dieses Ministerium hat durch den Mund des Herrn Staatsministers zu erkennen gegeben, daß es liberal sein will, rechtsliberal, wie der Herr Staatsminister

gesagt hat. Es wird ja in der Folge zu zeigen sein, was der Herr Staatsminister unter rechtsliberal versteht; der Begriff ist ja keineswegs unzweideutig vollkommen klar; man kann darunter ganz Verschiedenes verstehen. Ich kann aber nur sagen, daß wir auf dieser Seite mit der politischen Haltung des Herrn Staatsministers durchaus zufrieden sind, und daß wir hoffen, daß auch in der Zukunft diese Zufriedenheit wird erhalten bleiben (Zuruf aus den Reihen der Sozialdemokraten: Uns ausgenommen!) Sie sind natürlich ausgenommen (Geisterheil).

In diesem Zusammenhang aber kann auch ich nicht unterlassen zu erklären, daß die Auffassung, die Herr Kollege Frühau gestern über die politischen Erklärungen des Herrn Staatsministers zum Ausdruck gebracht hat, mir auf einer irrtümlichen und mißverständlichen Auffassung zu beruhen scheint. Ich glaube nicht, daß der Herr Staatsminister hat zum Ausdruck bringen wollen und zum Ausdruck gebracht hat, er wolle eine Politik inauguriert zusammen mit gemäßigten Zentrumsleuten und rechtsstehenden Liberalen. Dann wäre ja jedenfalls nur ein Teil von uns damit gemeint. Der Herr Staatsminister hätte mit dieser Absicht sich in Widerspruch mit allen Wahrscheinlichkeiten und Möglichkeiten gesetzt. Denn darüber wollen wir uns doch vollkommen klar sein, daß die Nationalliberalen getreue Bundesgenossen im Block sind, und damit würde sich nicht vertragen, mit rechtsstehenden Zentrumsleuten zusammen eine freikonservative, reichsparteiliche Politik zu treiben, wie es ja wohl in einem Teil des Landes in letzter Zeit versucht werden will. Ich glaube, wir können eine gewisse Garantie für die erwünschte politische Haltung des Herrn Staatsministers von Dusch, für die politische Haltung des Ministeriums überhaupt, entnehmen aus der Vergangenheit, aus der Idee, die der badische Politik seit Jahrzehnten zugrunde liegt, aus der Kraft, die aus der vergangenen Entwicklung entnommen werden kann, und aus der Mission, die dem Lande Baden durch die Geschichte auferlegt ist, hier im Süden tonangebend und mustergültig liberale Politik zu betreiben.

Die Zensuren gegenüber den verschiedenen Ministern sind aber ja schon von anderer Seite erteilt worden, ich will deshalb nicht noch auf alle anderen Personen, die ich bis jetzt nicht berührt habe, eingehen. Ich kann aber sagen, daß die Zensuren, die mein verehrter Freund Binz ausgeteilt hat, auf einem Konferenzbeschluss unserer Partei beruhen. Auch auf die Zensuren, welche die Parteien sich gegenseitig gegeben haben, will ich nicht eingehen. Einigen Anlaß habe ich aber auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Gierich zurückzukommen, doch auch hier nur in ganz wenigen Punkten. Herr Gierich hat die Behauptung des Herrn Abgeordneten Binz, daß unsere Taktik des Jahres 1905 bei den Stichwahlen sich nur gegen das Zentrum gerichtet haben, bestritten und erklärt, sie habe sich auch gegen die Konservativen gerichtet. Diese Auffassung beruht auf einem Irrtum. Ich habe hier das betreffende Flugblatt, das auch in andere Zeitungen übergegangen ist, wo fett gedruckt auf besonderer Zeile steht: „Unter allen Umständen gegen das Zentrum“. Wenn dann in der späteren Entwicklung der Wahlagitation unsere Anhänger genötigt waren, auch gegen konservative Kandidaten vorzugehen, so war das eine ganz selbstverständliche Folge der Tatsache, daß in einer Reihe von Wahlbezirken konservative Kandidaten dem Kandidaten des Blocks entgegengesetzt worden sind, daß in dem Bezirke des Herrn Kollegen Gierich die Zentrumskandidatur zu seinen Gunsten zurückgezogen worden ist, so daß sich dort schließlich auf der einen Seite die Konservativen zusammen mit dem Zentrum und auf der andern Seite der Block gegenüberstanden. Aber der

leitende Gedanke des ganzen Abkommens war gegen das Zentrum gerichtet und nicht gegen die Konservativen.

Herr Kollege Gierich hat sich ferner darüber beschwert, daß man den Konservativen zur Last lege, sie seien Vasallen des Zentrums. Er hat verschiedenes einzelne Momente, hervorgehoben worin ein Vasallentum nicht zu erkennen sei, so die Haltung der Parteien in der Klosterfrage und zum § 16 b und § 16 c des Kirchengesetzes. Da ist allerdings ein Vasallentum nicht zu erkennen. Das ist richtig. Indes bei der Präsidentenwahl liegt die Sache doch anders. Ich will darauf nicht näher eingehen. Aber ich möchte nun die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, an die Konservativen eine Mahnung zu richten: Wenn Sie konservative Politik, wenn Sie staatsbehaltende Politik treiben wollen, dann halten Sie sich jene berufsmäßigen Demagogen vom Leibe, die zur Zeit in dem Wahlbezirk, der jetzt im Kampfe steht, arbeiten; dann sorgen Sie dafür, daß nicht mit so viel Unwahrheit und Lüge gegen die nationalliberale Partei und den Block gearbeitet wird. Einer dieser Agitatoren und Demagogen hat bei einer Wahlversammlung verschiedene höchst bedenkliche Aussprüche getan. Die Rede strotzt von Unwahrheiten, die in unseren Reihen ein wahre Empörung hervorgerufen haben. Ich richte mich mit meinen Worten an den Fahrer der konservativen Partei, den Abg. Gierich, nicht weil er etwa der beste Mann selbst ist, sondern weil er uns gegenüber wenigstens verantwortlich erscheint für das, was von andern dort geschieht. Da wurde u. a. behauptet, die Nationalliberalen seien Gegner der Mittelstandspolitik, und doch wissen die Herren sehr gut, daß wir insbesondere auch bei den Beratungen der Vermögenssteuer sehr lebhaft für den Mittelstand eingetreten sind. Es ist da weiter behauptet worden, die Liberalen hätten jeden Stuhl und jeden Tisch versteuern wollen, und doch wissen Sie sehr genau, daß wir für Freilassung der Fahrnisse bis zu einem Anschlag von 20 000 Mark eingetreten sind. Weiter: Die Liberalen hätten den Zentrumsantrag auf einen zwanzigprozentigen Abzug an den landwirtschaftlichen Grundstücksverwerten abgelehnt. (Abg. Schmidt-Bretten: Stimmt!) Herr Kollege Schmidt sagt, es stimmt. (Abg. Schmidt: In der Kommission. Sie scheinen ja unterrichtet zu sein über das, was da vorgebracht worden ist! Geisterheil). Ja, es stimmt so, wie z. B. die ganze Berichterstattung des Kollegen Dr. Scholer über die Zentrumspolitik des letzten Landtags stimmt. Es stimmt alles, was gesagt wird, aber es ist noch anderes geschehen, was notwendig zur Beurteilung der Haltung der Partei im Ganzen beigezogen werden müßte, was aber nicht darin steht. Wir haben sehr weitgehende Anträge gestellt zugunsten der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung, zugunsten der kleinen Landwirte und wir waren nicht geneigt, die großen Landwirte so zu bevorzugen, wie das Zentrum dies gewollt hat (Zuruf des Abg. Schmidt-Bretten). Ich weiß gar nicht, warum gerade Sie (zum Abg. Schmidt-Bretten) sich so lebhaft an dieser Debatte beteiligen wollen. Das Unerhörteste aber ist der Satz: die Nationalliberalen wollten die Wasserkräfte des Landes mit ihren riesigen Kapitalien nur einzelnen Großkapitalisten aushändigen. (Pfeiferei. Abg. Schmidt-Bretten: Das hat kein Mensch gesagt!) Das sagt ein Demagog in jenem Landesteil oben, wo doch sehr gut bekannt war, welche Haltung wir in dieser Frage eingenommen haben, daß wir nämlich von allem Anfang an unsere Aufmerksamkeit und Arbeit darauf gerichtet haben, die Bevorzugung der Kapitalisten abzuwenden und die Wasserkräfte in der Hand des Staates zu erhalten.

Daß ich bei dieser Frage etwas in Erregung kommen, können Sie mir nicht übel nehmen. Denn wenn man selbst in einer Frage so engagiert ist, wie ich seit einer

Reihe von Jahren in dieser Frage, und wenn ich die Überzeugung haben kann, daß die Arbeit, die ich geleistet habe, gerade in dieser Richtung gut gewirkt hat, so darf ich wohl mich darüber empören und entrüsten, wenn mit so glatter Unwahrheit vorgegangen und gegen meine Partei Stimmung zu machen versucht wird.

Herr Kollege Kolb hat einen guten Teil seiner Rede wieder darauf verwendet, uns einen Vortrag darüber zu halten, wie wir liberale Politik machen sollten. Es ist das ja nicht zum erstenmal; es ist eine liebe Gewohnheit des Herrn Kollegen Kolb, in dieser Richtung belehrend auf uns einzuwirken. Wir sind ihm für diesen guten Willen gewiß von Herzen dankbar, können aber nicht in Aussicht stellen, daß wir in weitergehendem Maße diesen Direktiven zu folgen bereit sind, als wir das selber für unsere Partei und für die Politik des Landes als angebracht ansehen können. Hier wird gesagt, wir seien zu weit rechts, und von anderer Seite wird gesagt, wir gingen zu weit links, wir seien bereits so weit gekommen, daß wir nach der Sozialdemokratie hin abgleiten. Wir bewegen uns aber lediglich in einer Politik, die man Blockpolitik nennt. Zu unserer Freude ist es gelungen, die allerheftigsten Trennungspunkte, die unter den Liberalen vorhanden waren, zwar nicht vollkommen zu beseitigen, aber in den Hintergrund zu stellen. Die Not, in der der Liberalismus sich befunden hat und befindet, war das Gebot, das zu dieser Entwicklung geführt hat. Ich möchte aber glauben, daß die Not und das Gebot noch unverändert fortbestehen, und daß eine weitere Gefährdung des Liberalismus nur abgewendet werden kann, wenn wir bei dieser Politik nicht nur verharren, sondern auch versuchen, sie mit gutem Willen, Takt und Uneigennützigkeit weiter auszubauen.

In diesem Zusammenhang möchte ich ein paar Worte zum Reichsblock sagen, dem Herr Kollege Friehauf und auch gewisse Vereine der Linken in unserem Lande schon den Abschied geben wollen. Der Block im Reich, das muß ja ohne weiteres zugegeben werden, ist ein künstliches Gebilde, ein Angstkind, ein Sorgenkind. Aber solche Sorgenkinder fordern die eifrigste, fürsorglichste Pflege und die Vermeidung alles dessen, was die Gesundheit des Kindes stören kann. Daß zurzeit von seiten einzelner Vereine der Linken und einzelner auf der linken Seite stehender Personen in dieser Hinsicht nicht die nötige Vorsicht entfaltet wird, und nicht die nötige Sorglichkeit herrscht, alles Gesundheitsstörende fernzuhalten, ist eine bedauerliche Tatsache (Zuruf: Willow!). Ich möchte aber alle diese Herren einmal vor die eine Frage stellen: Wie denken Sie sich die weitere Entwicklung der Dinge ohne diesen Block? Wie denken Sie sich insbesondere die Zukunft des Liberalismus und die Macht des Liberalismus im Reich, im Reichstage, wenn dieser Block einmal vernichtet sein sollte? Wird nicht die Folge von der Vernichtung des Blocks eine Mehrheit sein, bestehend aus Zentrum und Rechtskonservativen? Von der Person des Fürsten Bülow sehe ich ab (Sehr richtig!), er ist eine Person, er stellt kein politisches Programm dar, das politische Programm soll vielmehr erst geschaffen werden. Aber denken Sie sich den einmal den Zustand in der Reichspolitik überhaupt, wenn der Block ausgeschaltet ist. Wenn Zentrum und Rechtskonservative eine Mehrheit zu bilden in der Lage sind und der Liberalismus wieder in sich zerklüftet und zerrissen, wie das vordem war, dieser mächtigen Phalanx gegenübersteht, dann wird er unkräftig und leistungsunfähig dastehen, mehr als das je der Fall gewesen ist, und das wird nicht bald wieder gut zu machen sein, sondern höchstens in einer vieljährigen Entwicklung. Ich will aber nicht weiter von der Reichspolitik sprechen und kann nur noch sagen, daß wir National-

liberale selbstverständlich auch ferner bereit sind, einen uneigennützig mitwirkenden Teil des Blocks darzustellen.

Wenn Sie von uns ein Programm verlangen, ein Programm der Nationalliberalen des Landes, so möchte ich Ihnen einmal in ein paar Sätzen ein solches Programm vor Augen führen: „Wir werden eine gut bürgerliche Politik machen. Diese Politik wird zur Grundlage haben die christliche Weltanschauung, die lokale Anhänglichkeit an die Monarchie, und sie wird eine konservative Politik im besten Sinne des Wortes sein, eine Politik, die sich allezeit bewußt sein wird der Tatsache, daß geschichtliche Zusammenhänge bestehen, und daß man im politischen Leben nicht unvermittelte Sprünge machen kann und den alten Ruck nicht ausziehen soll, solange man nicht einen neuen, besseren hat. Diese Politik wird aber auch fortschrittlich und liberal sein im besten Sinne des Wortes, sie wird sich keinem ausgereiften und im Bedürfnis der Zeit liegenden Fortschritt verschließen. Das haben wir bisher schon so gehalten, und ich hoffe, daß wir das auch in Zukunft zu beweisen in der Lage sein werden. Unsere Politik wird vor allem auch eine Politik der sozialen Denkweise sein, wir werden unser Augenmerk allezeit darauf gerichtet halten, die Kleinen und Schwachen, wo wir sie auch finden, zu heben und zu fördern, mögen sie nun Arbeiter, kleine Beamte oder kleine Handwerker, oder Landwirte sein. Unsere Politik wird eine echte Mittelstandspolitik sein, die die Auswüchse des Kapitalismus möglichst unschädlich zu machen und die Schichten des Mittelstandes immer breiter und umfangreicher zu gestalten sucht. Und mit dieser Politik hoffen wir, wie bisher, so auch in Zukunft einen gewissen Eindruck im Lande zu machen, und wir hoffen, daß diese unsere Politik nicht nur zur Erhaltung und Stärkung unserer Partei im Lande führen wird, sondern daß sie auch ausschlagen wird zum Gedeihen und Segen des badischen Landes.“ (Weiterkeit.) Sie werden gewiß in diesem Programm Anklänge an das des Zentrums erkannt haben (Weiterkeit), und vielleicht wird man draußen im Lande zu dem Gedanken kommen: „In den Armen liegen sich beide und weinen vor Schmerz und Freude“ (Weiterkeit), darüber, daß der alte Kampf beseitigt ist, und daß der Friede zwischen den beiden großen Parteien im Lande wieder hergestellt ist. Ja, wenn das Zentrum nicht das Zentrum wäre! (Abg. Dr. Zehnter: Und wären die Nationalliberalen nicht nationalliberal!), dann wäre ja so etwas nicht im Bereich der Unmöglichkeit. Aber Scherz bei Seite! Ich habe das Programm nur deshalb in dieser Weise entwickelt, weil ich zeigen wollte, daß das Zentrumsprogramm doch eigentlich nur Worte enthält. Es ist bezeichnend, daß Herr Kollege Dr. Zehnter, indem er dieses Zentrumsprogramm vortrug, hinzufügte: „Wir werden Sie, wenn irgend möglich, mit Dummheiten nicht ergötzen, wir werden weder eine ultramontane Politik machen noch eine klerikale, noch eine eine reaktionäre Politik.“ Die Politik des Zentrums ist also weder ultramontan, noch klerikal, noch reaktionär! Ich habe immer gemeint, gerade diese Politik mache das Ferment aus, welches notwendig ist, um die vielgestaltigen Meinungen, die sich immer in Ihren Reihen gefunden haben, zusammenzuhalten, denn sonst wüßte ich wirklich nicht, welcher Umstand diese Zusammenfassung so verschiedenartiger Elemente in ein Parteigebilde ermöglichen könnte. Das Ferment heißt, um das mit einem Wort zu sagen, das Sie zu gebrauchen pflegen: Die christliche Weltanschauung. Die christliche Weltanschauung, so sagen Sie, ist so im tiefen Innern des menschlichen Wesens begründet, daß sie ihren Einfluß notwendigerweise auch auf die Neuhierungen der einzelnen Menschen, auch auf die Neuhierungen im politischen Leben und überhaupt

ausüben muß. Nun frage ich: Was ist denn eigentlich die christliche Weltanschauung? Meinen Sie die Weltanschauung in religiösen Fragen, meinen Sie den Gottesglauben, meinen Sie das Leben im Jenseits oder dergleichen Dinge? Das sind Fragen, die mit der Politik nichts zu tun haben, und die für die Haltung in politischen Angelegenheiten nicht Richtung gebend sein können. Und das christliche Sittengesetz, das man noch in diesen Zusammenhang hineinbringen könnte, ist doch heutzutage Gemeingut aller gebildeten Menschen, unser ganzes Staatswesen beruht unaustilgbar auf ihm. Wenn Sie dann von einer Weltanschauung sprechen, die die gläubigen Katholiken und die gläubigen Protestanten zu einer gemeinsamen Haltung in politischen Dingen gegen die Liberalen bringen müßte, so ist diese Weltanschauung eine reine Erfindung der Zentrumsparthei, bestimmt, gläubige Protestanten vor den Wagen des Zentrums zu spannen. Denn eine christliche Weltanschauung, die in politischen Dingen zum Ausdruck kommen soll, kann ich mir doch nur als eine konfessionelle Weltanschauung denken, als eine Weltanschauung, die schon Bonifazius VIII. ausgesprochen hat, daß der Staat die Magd der Kirche sein soll; und die Mittel, um dieser Weltanschauung Ausdruck zu verschaffen, sind ja vielfältig vorhanden, sie sind auch in der neuesten Zeit noch vorhanden. Die Verlautbarungen des römischen Stuhles vom letzten Jahre liegen ja auch in dieser Richtung, denn sie gehen im letzten Grunde auf die Vernichtung der geistigen Freiheit hinaus, die doch im Wesen des Deutschen begründet ist und unserer Anschauung vom Staate zugrunde liegt. Dann ist aber der Protestantismus in Gefahr; damit ist protestantische Denkungsart, damit ist die Geistesfreiheit, das Palladium des Protestantismus, nimmermehr verträglich. Nehmen Sie dieses Ferment, von dem ich gesprochen habe, aus Ihrem Programm weg, was bleibt denn dann noch? Dann bleibt das Programm einer höchstmodernen Partei übrig, einer Leberparthei — Sie wollen ja moderne Menschen sein —, dann bleibt ein politisches Warenhaus, das grundlos mit Waren jeder Art handelt, lediglich davon ausgehend: diese Ware wird verlangt, also führen wir sie. Aber auch der Besitzer eines Warenhauses will doch nicht nur reich werden, um sich am Besitze des blinkenden Geldes zu erfreuen, sondern um, wenn er sich in den Besitz dieser Mittel gesetzt hat, damit seiner Auffassung der Lebenszwecke Ausdruck zu verschaffen. Und wenn Sie nun durch diese Art von politischem Warenhaus in den Besitz von vielen Mitteln, nämlich von vielen Wahlstimmen und Vertretungen in den Parlamenten, gekommen sein werden, dann wollen ja auch Sie gewiß Ihrer Lebensauffassung Ausdruck geben. Und diese Lebensauffassung heißt: „Ultramontanismus.“ Gerade mit diesem Ferment sind Sie die gefährlichste Partei, die wir uns gegenüber haben; denn Ihr Endziel ist die Vernichtung der geistigen Freiheit. Dem gegenüber kann als einziges Mittel nur helfen das Zusammenschließen der liberalen Parteien im Block, von dem ich schon gesprochen habe.

Nach dieser Abweisung möchte ich auf das, was der Herr Kolbe neulich ausgeführt hat, noch einmal zurückkommen. Herr Kolbe will ja auch das Zentrum bekämpfen. Er glaubt, daß nur ein Verhältnis, welches wir einmal Großblock nennen wollen, in der Lage wäre, diese Bekämpfung mit Erfolg vornehmen zu können. Er macht uns zum Vorwurf, daß wir noch nicht reif geworden seien für eine Großblockpolitik, die notwendig sei und darin bestehe, eine Verständigung in den verschiedensten Fragen unter den für den Großblock in Betracht kommenden Parteien herbeizuführen. Die Nationalliberalen stünden zu weit rechts, wir hätten nicht verstanden, die

Begeisterung, die in den letzten Wahlen herborgekommene sei, richtig auszunützen. Diese Begeisterung bei den letzten Stichwahlen ist eine Tatsache, und ich habe selbst Gelegenheit gehabt, sie zu sehen, sie zu erkennen, ja, sie zu bewundern. Aber diese Begeisterung — und das sage ich den Herren, die auf der Ministerbank sitzen — hat nicht gegolten dem Zusammengehen der Nationalliberalen mit der Sozialdemokratie, sondern sie hat gegolten dem Grundgedanken der Bekämpfung des Zentrums (Abg. Dr. Binz: Sehr richtig!). Herr Kolbe hat uns zum Vorwurf gemacht, daß wir uns nicht geneigt gezeigt hätten, zusammen mit der Sozialdemokratie Politik zu machen. Gewiß, wir sind bereit, in einer ganzen Reihe von Fragen, die uns am Herzen liegen, mit der Sozialdemokratie zusammen zu arbeiten, sie liegen insbesondere auf dem Gebiet der Kulturfragen und erstrecken sich namentlich auf die weitere Ausgestaltung unseres Schulwesens, auf die Wirtschaftspolitik. Aber im Grunde sind wir doch geblieben, was wir immer waren: National- und liberale Männer. Das möchte ich insbesondere den Ausführungen gegenüber halten, die der Herr Ministerialpräsident Freiherr v. Bodman am letzten Samstag hier gemacht hat. Wenn diese Rede etwa auch die Bestimmung gehabt haben sollte, eine väterliche Mahnung an uns zu richten, unser Verhalten zur Sozialdemokratie in Zukunft anders einzurichten, so sind wir gewiß für diese Mahnung von ganzem Herzen dankbar. Wir erkennen daraus eine fürsorgliche Gesinnung, wir erkennen daraus das Gefühl einer gewissen Familienzugehörigkeit, das wir von Herzen erwidern. Und wenn aus diesen Ausführungen etwa ferner zu entnehmen gewesen wäre, daß wir Anlaß hätten, die Taktik — und es handelt sich nur um Taktik und nicht um Politik — des Jahres 1906 in irgend einer Weise zu bereuen, zu bemängeln, zu verleugnen oder (wie der Herr Kolbe sich ausgedrückt hat) zu verraten, so wäre das eine irrthümliche Auffassung. Wir können nicht zugeben, daß wir im Jahre 1906 mit unserer Taktik für die Stichwahlen etwas getan haben, was vom Standpunkte des Liberalismus, vom Standpunkte der Staatstreue irgendwie zu beanstanden wäre. Ich will die Lage, wie sie damals durch die Hauptwahlen gegeben war, hier nicht weiter erörtern; sie ist jedermann bekannt. Aber betonen muß ich, daß auf uns den Politikern, die sich im Block zusammengeschlossen haben, insbesondere auf uns, den Angehörigen der national-liberalen Partei, eine ungeheuer große Verantwortung gelastet hat (Abg. Dr. Binz: Sehr richtig!), da es sich um eine große entscheidende Frage in der Gestaltung der badischen Politik handelte, und daß wir das Gefühl dieser Verantwortung auch gehabt haben. Glauben Sie nicht, daß die vielen Beratungen, die in unseren Reihen über die Frage stattgefunden haben, etwa reich und leicht verlaufen seien! Seien Sie überzeugt, daß da vielfache Bedenken geäußert wurden, Bedenken wie sie auch der Herr Ministerialpräsident Freiherr von Bodman hat durchfliegen lassen. All das ist betont, all das ist bei unserer Entscheidung auch berücksichtigt worden. Wir haben aber in der entscheidenden Stunde erkannt, daß, wenn wir überhaupt der Meinung sind, die liberale Partei und ihre Erhaltung sei in unserem Lande eine Staatsnotwendigkeit, wir dann dafür zu sorgen die Pflicht hätten, diesem Liberalismus auch fernerhin die maßgebende Stelle in der Volksvertretung zu erhalten. Und wir waren nicht frei in der Wahl der Mittel. Das war gegeben durch die Hauptwahlen; es war nur ein Mittel geblieben, und dieses Mittel hieß: „Taktisches Zusammengehen für die Stichwahlen mit der Sozialdemokratie.“ (Abg. Dr. Zehnter: Und das heißt den Zweck!). Wenn Sie so wollen ja! (Heiterkeit). Wir haben das Mittel und den Zweck aber nie verheimlicht, sondern

offen ausgesprochen, und das war im Gegensatz zu jener anderen Art, wie sie zeitweise von anderer Seite angewandt wurde (Zustimmung bei den Liberalen). Wir haben aber nicht bloß diese Situation des Liberalismus vor uns gesehen, sondern wir haben (und das möchte ich ganz besonders betonen) auch mit aller Klarheit und Bestimmtheit vor uns gesehen, daß die Zentrumspar- tei bereit war, dieses Geschäft mit der Sozialdemokratie zu machen (Sehr richtig! bei den Liberalen und Sozialdemokraten. Abg. Süßkind: Das ist der Kerger! Abg. Fröhlich: Viertens der Neid! Heiterkeit. Unruhe im Zentrum). Die eigentümliche Haltung der konservativen Partei in jener Stunde war ja so recht geeignet, uns zu zeigen, daß das in der Tat das einzige Mittel war, um dem Liberalismus seine maßgebende Stellung im Volks- haufe unserer badischen Landstände zu erhalten. Ich habe gar nicht Anstand genommen, das ganz frei und offen auszusprechen. Warum sollen wir das auch nicht? Das war der in erster Reihe maßgebende Gedanke bei jener Taktik vom Jahre 1905. Und nachdem die Parole aus- gegeben war, waren bei den Vertretern dieser Taktik viel- fach Bedenken darüber vorhanden, wie unsere Empfeh- lung an die Wähler wohl draußen bei unseren Leuten aufgenommen werde. Wir waren keineswegs sicher, daß die ausgegebene Lösung von den Wählern gerne aufge- nommen und auch befolgt würde. Aber zu unserer Freude haben wir dann erkannt, daß die Wählererschaft uns Recht gab, daß sie mit vollem Verständnis der Lage gegenüber stand und dann mit eben der Begeisterung, von der ich schon gesprochen habe, die Lösung auch befolgt hat. Und die Situation, wie wir sie durch die Hauptwahlen gezei- gigt haben, ist durch die Taktik bei den Stichwahlen auch in der Tat gerettet worden.

Nachdem aber diese taktische Vereinbarung durch das Vorübergehen der Stichwahlen ihr Ende gefunden hatte, war das Zusammengehen zu Ende, und wenn es welche gegeben hat, die gemeint haben, an diese Taktik müsse sich eine Großblockpolitik anschließen, so haben sie sich im Irrtum befunden. Auch diejenigen haben sich im Irrtum befunden, die gemeint haben, diese Taktik würde sich nun ganz selbstverständlich auch in der Zwischenzeit zwischen den Landtagswahlen fortsetzen. Wer das etwa geglaubt haben sollte, würde doch schon belehrt worden sein durch die Taktik bei den Reichstagswahlen. Dort haben wir ja die ganz eigentümliche Erscheinung erlebt, daß die Zentrumspar- tei wieder nicht allein gestanden ist, aber daß sie dieses Mal gemeinsame Geschäfte mit der Sozialdemokratie gemacht hat (Zuruf aus dem Zentrum: In Baden nicht!). Sie sehen also, die Sozialdemokratie hat sich bei den Reichstagswahlen an jene Taktik vom Jahre 1905 nicht für gebunden angesehen. Und das Zentrum hat sich in jenen Wahlen gar nicht geschämt, mit der Sozialdemokratie zusammen Wahlarbeit zu treiben, obwohl es uns wegen unserer Haltung bei der Stichwahl des Jahres 1905 so fürchtbar geschwächt hat. Das Zentrum hat sich dabei allerdings nicht genau so wie wir verhalten, denn während wir alles offen und frei gemacht (Sehr richtig! bei den Liberalen), während wir eingestanden haben, was wir getan haben, haben Sie Ihr Tun (zum Zentrum) verleugnet (Abg. Gießler: Köln!) Sie rufen jetzt Köln! In Köln soll ja ein Zusammengehen der Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten versucht worden sein (Abg. Gießler: Von Baden angeregt!). Dann wissen Sie das besser als ich. Rufen Sie doch nicht immer Köln! Das ist ja nur ein einzelner Platz! Sehen Sie doch ein klein wenig hinüber nach dem schönen Bayern. Wie ist es dort gegangen? Ein ganzer Bundesstaat kommt hier in Betracht, und da haben sich Zentrum und Sozial- demokratie zusammengeschlossen zu gemeinsamem Vorgehen bei den Wahlen, und zwar schon bei den Hauptwahlen,

nicht erst bei den Stichwahlen! Das ist doch eine ganz andere Sache! Schlagen Sie sich doch an Ihre eigene Brust, wenn Sie ein Verbrechen darin erblicken, was wir im Jahre 1905 frei und offen getan haben, und sagen Sie sich: Wir haben allen Grund zu schweigen! (Abg. Dr. Vinz: Sehr richtig!).

Ich habe vorhin gesagt, der hauptsächlich leitende Ge- danke bei jener Taktik vom Jahre 1905 sei gewesen, dem Liberalismus seinen maßgebenden Einfluß im Lande Baden zu erhalten. Das war aber nicht der einzige Gesichtspunkt, und das möchte ich wieder insbesondere den Herren, die auf der Ministerbank sitzen, sagen, insbeson- dere dem Herrn Ministerpräsidenten Frhr. v. Bodman. Er hat so schöne Worte dafür gefunden, daß man hier im Hause, daß man auch im geselligen Verkehr, daß man in Versammlungen und Vereinen die Sozialdemokraten als Bürger, als Brüder achte, und daß ihm das die Hoffnung erwecke, daß durch eine fürsorgliche Wohlfahrts- pflege den Elementen, die heute der Sozialdemokratie anhängen, die Freude am Vaterland wieder beigebracht werden könnte. Dieser Gedanke hat in unseren Reihen auch bei jener Taktik des Jahres 1905 mitgewirkt. Wir gingen von der Auffassung aus, es sei in den Reihen der Sozialdemokratie eine Anzahl von Elementen, die bereit sind, bei der praktischen Arbeit mitzutun, die jene Kleinlage- politik, jene Kuragitationspolitik der sozialdemokratischen Zeitung mißbilligen und nicht mitzumachen bereit sind. (Abg. Ged: Jetzt kommt der Reichsverband!) Bei den Wählern der Sozialdemokratie handelt es sich um Hundert- tausende und Hunderttausende, die von den Zielen der sozialdemokratischen Politik nichts wissen, die ihr anhängen und ihren Kandidaten die Stimme geben in dem Glauben, daß die Sozialdemokraten allein die richtigen Vertreter ihrer, der Arbeiterinteressen, der Interessen der Prole- tariats seien (Abg. Ged: Sehr richtig!). Wenn nun diese Elemente von den anderen Parteien immer nur hörten: Nur beileibe kein Zusammengehen mit der Sozialdemo- kratie, so fühlten sie sich zurückgestoßen und gerieten so in eine Feindseligkeit gegenüber den anderen Parteien und damit zugleich gegenüber den anderen Kreisen der Bevölkerung. Wir haben nun geglaubt, wenn wir einmal prinzipiell mit dem bisherigen Standpunkte brechen, indem wir den Sozialdemokraten die Hand zu gemeinsamer Aktion bei den Stichwahlen reichen, und wenn wir das offen und frei aussprechen, dann werde dieses Vorgehen die Revisionisten innerhalb der sozialdemokrati- schen Partei zu stärken und zu stützen vermögen, daran anschließend wird die gemeinsame Arbeit auch versöhnend wirken (Abg. Ged: Hört! hört! Heiterkeit). — Ich spreche mit voller Offenheit und wünsche, daß das auch von anderer Seite geschieht! —, und die Mitläufer der Sozialdemokratie würden darüber belehrt, daß wir ebenso gut wie die Sozialdemokratie bereit und in der Lage sind, uns ihrer Interessen anzunehmen, und daß wir sie nicht von uns stoßen, sondern an uns heranziehen wollen in der Erkenntnis, daß auch sie Bürger desselben Staates, daß sie, wie der Herr Ministerpräsident von Bodman gesagt hat, unsere Brüder sind!

Wenn wir also mit unserer Taktik auch beabsichtigt haben, die Gemeinsamkeit der Interessen aller nicht zum Zentrum stehenden Elemente zu betonen, und uns bereit gezeigt haben, Hoch und Nieder, Arm und Reich, alle Stände gleichmäßig zu vertreten, wenn wir zu erkennen gegeben haben, daß wir die wechselseitigen in einander greifenden und sich gegenseitig ergänzenden Beziehungen aller Stände, aller Bürger unseres Vaterlandes vertreten wollen, so glauben wir damit eine gute Tat vollbracht zu haben, und wir versprechen uns davon einen Erfolg in kultureller, wirtschaftlicher und nationaler Beziehung. Denn was da geschehen ist, das war nach unserer Absicht be-

stimmt, der Unterdrückung der Geistesfreiheit entgegenzutreten und dadurch den Ultramontanismus zu bekämpfen! (Lebhafte Beifall bei den Natl.).

Staatsminister und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts Wirkl. Geh. Rat Dr. Frhr. von Dusch: Wir befinden uns im 5. Tage der Generaldebatte, und während sonst um diese Zeit ein gewisses Abebben der Debatte fühlbar war, scheint sie sich jetzt zu einer immer größeren Intensität und scheinen sich die Reden zu immer größerer Länge auszudehnen. Ich will meinerseits dem Beispiele des Herrn Vorredners nicht folgen und keine lange Rede halten. Wenn ich das Wort ergreife, so geschieht es vor allem, um nochmals in ganz kurzen Zügen die Stellung der Regierung darzulegen, und dann, um auf einige Ausführungen der Herren Vorredner, die einer tatsächlichen Erörterung und zwar einer alsbaldigen tatsächlichen Erörterung bedürfen, einzugehen.

Ich möchte zunächst zurückgreifen auf eine Rede, die der Herr Abg. Kolb im Eingange seiner Rede gebraucht hat. Er hat in seiner letzten Rede gesagt, die Behandlung, die die Regierung dem Landtage angedeihen lasse, sei doch eigentlich sehr bedenklich. Der Landtag werde zusammengehalten oft bis in den Hochsommer, und dann komme der Landtag nicht einmal dazu, die Initiativanträge, die aus seinem Schoße hervorgegangen seien, zu behandeln. Es ist sehr unbillig, diesen Vorwurf der Regierung aufzubürden, denn es bedarf nur des Hinweises auf die jetzige Debatte und die vorhergehende Justizdebatte, um den Grund dafür zu erkennen, warum manchmal einzelne Anträge aus dem Schoße des Hohen Hauses in der Tat nicht mehr zur Verhandlung gelangen. (Abg. Benedey: Den ganzen Samstag hat die Regierung gesprochen!) Der Herr Abg. Benedey scheint sich darüber aufzuregen, daß am Samstag die Regierung gesprochen hat. Ich glaube, die Regierung hat bis jetzt die Geduld des Hohen Hauses nicht in übermäßiger Weise in Anspruch genommen; und wenn ein Finanzminister, der sein Amt neu angetreten hat, einer längeren Zeit bedarf, um seine Grundsätze in allen Teilen darzulegen, so ist das nicht erstaunlich. Ich glaube, der Herr Finanzminister hat zu einer längeren Rede eine weit bessere Begründung gehabt, als diejenigen Herren, die — ich muß es offen sagen — im wesentlichen wiederholen, was wir vor zwei Jahr gehört haben. Denn was treiben wir jetzt wieder? Wir streiten uns — ich meine speziell die Parteien unter sich, ich will mich in diesen Streit möglichst wenig einmischen — um Vorgänge, die um Jahre zurückliegen; der Anfang ist übrigens nicht von (zur Linken gewendet) dieser Seite des Hauses gemacht worden, sondern von Seiten des Zentrums. Es ist ein Streit über Vorgänge, die längst in geradzum ermüdender Breite behandelt worden sind.

Es sind der Regierung (es ist das ein Ausdruck, der, so viel ich sehe, in diesem Landtag zum erstenmal geprägt worden ist) „Zensuren“ erteilt worden; es werden gewissermaßen Zeugnisbüchlein für die Regierung ausgegeben, und wir hören heute, daß diese Zensuren sogar auf einem Konferenzbeschlusse beruhen (Heiterkeit), wie der Herr Abg. Obkircher gesagt hat. Das erinnert so ganz an die eigentliche Schulzeit, wo auch die Konferenz der Professoren das Schulzeugnis feststellte. (Abg. Dr. Binz: Die Parteien! Das ist doch selbstverständlich!) Ich will darüber mit dem Herrn Abg. Dr. Binz nicht rechten. Ich glaube, es ist selbstverständlich, daß die Parteien ihre Meinung aussprechen, und die Regierung ist bereit, diese Meinung anzuhören und mit aller Höflichkeit zu erwidern. Ich glaube nur, die Art der Zensur, wie sie diesmal von verschiedenen Seiten, und zwar (zu den Nationalliberalen gewendet) auch von Ihrer Seite mit einer recht lebhaften Dis-

ferenzierung bezüglich der einzelnen Minister geübt worden ist, war so, daß sie uns schließlich auf gewisse Abwege führt. Die Mitglieder der Regierung erkennen für ihre Handlungen nur eine entscheidende Zensur an: Das ist ihr eigenes Gewissen, vor dem sie zu verantworten haben, in welcher Weise sie ihr Amt führen.

Vor allem aber müssen die Mitglieder des Staatsministeriums sich gegen eines verwahren — und das zu tun ist mit einer der wesentlichsten Gründe, weshalb ich das Wort ergreife —, daß versucht worden ist, gewissermaßen nach dem Grundsatz Divide et impera eine Teilung unter den Mitgliedern des Staatsministeriums zu treffen, sich diejenigen Herren auszuwählen, denen man eine etwas freundlichere, und diejenigen, denen man eine weniger freundliche Note gibt. Ich erkläre im Namen meiner Kollegen, daß wir in den Zielen unserer Politik vollständig einig sind, und ich glaube, es sollte eigentlich einer Erklärung dieser Tatsache nicht bedürfen, wenn man sich vor Augen bringt, in welcher Weise überhaupt Ministerien gebildet werden. Es liegt doch auf der Hand, daß, wenn Ministerstellen zu besetzen sind, ein Staatsminister nur solche Männer zum Vorschlag bringt, von denen er die volle Ueberzeugung hat, daß er politisch mit ihnen übereinstimmt. Ich lege Wert darauf, das festzustellen, weil in der Tat der Öffentlichkeit gegenüber der Versuch (nicht ganz ohne Erfolg) gemacht worden ist, eine solche Teilung des Staatsministeriums eintreten zu lassen, einzelner Mitglieder des Staatsministeriums auf Kosten anderer zu loben, in die Höhe zu setzen und andere zu diskreditieren. Wohin das führt, zeigt uns ja die Presse: Bereits schreiben einige Zeitungen von „unüberbrückbaren Gegensätzen“ zwischen einzelnen Ministern; es ist vor allem in einer Zeitung der Versuch gemacht worden, einen solchen Gegensatz zwischen mir und meinem Kollegen Herrn von Bodman festzustellen. Ich erkläre hier feierlich: Ein solcher Gegensatz besteht nicht; ich bin in allen Dingen mit dem einverstanden, was Herr von Bodman vor einigen Tagen angeführt hat. Es sollte eigentlich einer besonderen Erklärung dieses Einverständnisses, speziell, was die Politik gegenüber dem Großblock betrifft, nicht bedürfen, wenn man nur einmal das wieder lesen wollte, was ich vor zwei Jahren wiederholt ausgeführt habe. Allein das geschieht nicht; man nimmt sich in unserem Parteigetriebe, in unserer nervösen Zeit nicht einmal die Zeit, wieder das nachzulesen, was früher gesagt worden ist, konstruiert vielmehr wieder Gegensätze, die jeder Grundlage entbehren!

Ueber die Gesamtrichtung der badischen Politik brauche ich wohl besondere Ausführungen nicht zu machen. Ich verweise auf das, was in dieser Richtung die feierliche Thronrede gesagt hat. Ich verweise auf das, was hier an dieser Stelle vor sechs Jahren Herr v. Brauer ausgeführt hat: Es ist die Politik eines gemäßigten Liberalismus, die die Regierung geführt hat und nach wie vor zu führen entschlossen ist. Darüber streiten, ob das für nun „rechtsliberal“ die richtige Bezeichnung ist, dessen will ich mich lieber enthalten. Ich gewinne mehr und mehr aus dem Verlaufe unserer Debatten den Eindruck, daß wenigstens in dieser Zeit und unter diesen Umständen, eine derartige Proklamierung von Programmen nicht notwendig und nicht nützlich ist. Man könnte ja sehr leicht Fragen, die bezüglich ihres Programms an die Regierung gestellt werden, mit Gegenfragen erwidern, die dann vielleicht die Parteien, wenn man ihr Programm feststellen wollte, in eine weit größere Verlegenheit bringen würden als die Regierung. Ich weise auf das hin, was der Herr Abg. Obkircher gesagt hat und was außerordentlich geeignet ist, die Situation zu charakterisieren; er hat gesagt, den Nationalliberalen

werde von der einen Seite vorgeworfen, sie gingen zu weit rechts, und von der andern Seite werde ihnen vorgeworfen, sie gingen zu weit links. Das ist genau der gleiche Vorwurf, der, allerdings nur nach der einen Seite, der Regierung gemacht worden ist, nämlich nach der Seite, daß behauptet wird: die Regierung habe „einen Ruck nach rechts gemacht“. Ich bestreite, daß bei der Regierung ein Ruck nach rechts im Sinne eines politischen Gesinnungswechsels eingetreten ist. Diejenigen, die vielleicht im guten Glauben ihrerseits die Empfindung haben, es sei ein derartiger Ruck erfolgt, befinden sich, wenn ich so sagen darf, in einer gewissen optischen Täuschung: Denn das sind immer Herren, die ihrerseits so weit nach links gekommen sind, daß sie nun meinen, die Regierung sei nach rechts gerückt (Lebhafte Heiterkeit), während die Regierung ihrerseits ihren Standpunkt festgehalten hat. Aber, wie gesagt, ich verspreche mir von derartigen Demonstrationen des Weges nach „rechts“ und „links“ nicht viel. Ich meine, das Programm der Regierung ergibt sich — abgesehen von der Tradition, die das Hohe Haus kennt und die ich nicht näher auszuführen brauche — aus den Vorschlägen und Anträgen, die wir an dieses Hohe Haus bringen und bei denen sich ja (wenn wir auch im großen und ganzen in diesem Landtag keine hochpolitischen Dinge zu erörtern haben werden) mehr wie einmal Gelegenheit geben wird, gerade auch den Grundsatz des Liberalismus, den die Regierung als den ihrigen anerkennt, zur Geltung zu bringen.

Ich glaube damit zu dem „Ruck nach Rechts“ genug gesagt zu haben, und wende mich zur Frage des Großblocks und des Blocks. Was den Großblock anbelangt, so kann ich nur vollständig dem beistimmen, was der Herr Abg. Obkircher gesagt hat: Der Großblock war ganz zweifellos ein lediglich wahltaktisches Bündnis, und er ist ebenso zweifellos nicht eine politische Partei. Wenn man sich davon überzeugen will, dann braucht man nicht einmal jeden Tag wie ich mehrere sozialdemokratische Zeitungen zu lesen, es genügt, wenn man jede Woche nur in einer dieser Zeitungen nachsucht. Denn was da (es ist nicht zu viel gesagt) von Haß und Verachtung speziell auf das Haupt der Nationalliberalen angesammelt wird, das läßt sich mit einigen Ausschnitten aus diesen Zeitungen leicht belegen. Aber ebenso möchte ich dem Zweifel darüber Ausdruck geben, ob der Block als eine Partei in diesem Sinne betrachtet werden kann, wie der Herr Abg. Obkircher es ausgeführt hat. Der Herr Abg. Obkircher hat sehr richtig gesagt, daß die Tendenz des Blockes die sei, eine Reihe von hindernden, trennenden Gründen zurückzustellen und dann diejenigen Punkte hervorzuheben, in denen alle liberale Parteien, sowohl die mehr rechtsliberalen als die mehr linksliberalen, übereinstimmen. Das ist eine durchaus richtige Definition, aber gerade diese Tatsache zeigt evident, daß auch der Block in den meisten Fragen immer erst nach eingehenden Verhandlungen der zugehörigen Parteien in der Lage sein wird, seine eigene Stellung zu präzisieren. Der Charakter einer Partei mit einem bestimmten Programm nach allen Richtungen wird und kann auch vonseiten des Herrn Abg. Dr. Obkircher dem Block nicht vindiziert werden.

Was nun die Stellung der Regierung zum Block anlangt, so kann ich nur sagen, was ich schon vor 2 Jahren hier ausgesprochen habe. Die Regierung stellt sich dem Block und der liberalen Partei gegenüber, auch wenn ihre eigene Tendenz eine liberale ist, durchaus unabhängig genau auf den gleichen Standpunkt, den auch der Block der Regierung gegenüber einnimmt. Wir sind, wenn das auch vor allem vonseiten des Zentrums angefochten worden ist, nach wie vor entschlossen, die Regierung über den Parteien oder, sagen wir höflicher, neben den Parteien zu führen, und eine

Führung der Regierung in diesem Sinne ist keineswegs dadurch ausgeschlossen worden, daß die Regierung genötigt war, nicht gegen Parteien, wohl aber gegen einzelne Mitglieder von Parteien vorzugehen und von den ihr zustehenden gesetzlichen Rechten Gebrauch zu machen. Wenn ich nochmals wiederhole, die Mitglieder des Staatsministeriums sind einig über die einzuschlagende Politik, diese Politik wird die eines, wie die Thronebe sagt, maßhaltenden Fortschrittes oder gemäßigten Liberalismus sein, diese Politik wird die sein, soweit es im politischen Leben möglich ist, über den Parteien zu stehen, so habe ich das erschöpft, was ich über die Politik der Regierung im allgemeinen zu sagen habe.

Sehr viel wesentlicher als derartige Erörterungen theoretischer, prinzipieller, dogmatischer Art wäre doch ein Rückblick auf den Verlauf des letzten Landtages. Wir wiederholen zwar alles, was da gesprochen worden ist, allein wir vergegenwärtigen uns nicht, wie eigentlich damals die Politik gemacht worden ist. Die Politik ist gemacht worden, und sie wird trotz der Reden, die hier von der einen Seite des Hauses gegen die andere und umgekehrt in sehr lebhafter Weise hin und hergehen, wieder gemacht werden auf dem Boden derjenigen Parteien, die ihrer ganzen Natur nach staatsertreu sind und die sich, nicht getrieben von ihrem Parteigefühl, sondern getrieben und getragen von der Macht der Tatsachen immer wieder werden zusammenfinden müssen, um die Ziele zu verfolgen, die unser aller Ziel sein sollen, nämlich das Wohl des Landes zu fördern. Ich glaube, wenn das Zentrum sich auch in diesem Landtag wieder trotz manches wenig freundlichen Wortes auf diesen Standpunkt stellt, so wird darin nicht eine „Selbsterniedrigung“ zu finden sein, wie in sehr emphatischer Weise in der Rede des ersten Führers der Partei ausgesprochen worden ist, das Zentrum wird auch damit nicht dem Staatsminister, wie ich kürzlich lesen mußte, die Kastanien aus dem Feuer herausholen. Die Regierung verlangt nicht, daß man die Kastanien für sie aus dem Feuer heraushole, sondern was die Regierung immer verlangt und zum Ausdruck bringen muß, ist, daß die Politik geführt werde von allen Parteien auf dem Boden, der soweit wie möglich die Gegensätze vereinigt und zusammenführt zum Wohl und Interesse des Ganzen, und zum Wohle des Vaterlandes.

Nun ich will noch kurz auf die Reden eingehen, die wir seit mehreren Tagen gehört haben. Ich werde bei dem außerordentlich großen Stoff nicht in der vorzüglichen Weise wie das bei den anderen Herren Rednern bei der Disposition ihrer Reden geschehen ist, genau zwischen finanzpolitischen und allgemein politischen Dingen scheiden können, sondern ich muß im wesentlichen mich an die Reihenfolge der Redner halten.

Hier stellt sich mir in erster Reihe, da auf die Ausführungen der Herr Abg. Binz und Kolb schon erwidert worden ist, vor allem die Rede des Herrn Abg. Gierich dar. Da ich nicht den Anlaß habe, eine längere finanzpolitische Ausführung zu geben, gibt sie mir eigentlich wenig Grund zu näheren Darlegungen; ich will nur bezüglich zweier Punkte kurz erwidern. Es ist das einmal die Anregung, die der Herr Abg. Gierich wegen der Beschränkung der Wechselbarkeit gegeben hat. Das ist im Landtag schon mehr wie einmal erörtert worden. Ich kann meinerseits nicht in Aussicht stellen — ganz abgesehen davon, daß dies nicht Sache der Landesgesetzgebung ist —, daß in der Richtung unsere Gesetzgebung geändert wird; denn ich glaube, das wäre ein Rückschritt. Das sind Dinge, die in der Entwicklung des Rechtslebens erwachsen sind und von denen wir nicht zurückkommen dürfen.

Der Herr Abg. Gierich hat dann mit einer gewissen Erregung sich gegen einen Artikel der „Karlsruher Zeitung“ über die neue in Freiburg gegründete Partei gewandt. Ich kenne diesen Artikel nicht. Zweifellos war es kein offizieller Artikel; ich muß es überhaupt ablehnen, für jeden Artikel, der in der „Karlsruher Zeitung“ unter dem „Nichtamtlichen Teil“ steht, verantwortlich gemacht zu werden. Die Regierung läßt, wenn sie offiziöse Kundgebungen erläßt, immer schon durch die Bezeichnung der Artikel genau erkennen, daß der Artikel von ihr herrühre, und ein derartiger Artikel liegt hier zweifellos nicht vor.

Der Herr Abg. Frühauß hat, nachdem er in sehr liebenswürdiger Weise sich nach dem Befinden des Herrn Kollegen Reinhard erkundigt und Wünsche geäußert hat, für die ich ihm bestens danke, sich in weniger freundlichen Weise an die anderen Mitglieder des Staatsministeriums gewandt, und hat in einer großen Rede uns eine Reihe von Dingen vorgeworfen, auf die ich im Einzelnen nicht eingehen möchte, denn es sind Sachen, über die sich eigentlich nicht streiten läßt. Insbesondere hat er den „Ruck nach rechts“ an die Spitze seiner Ausführungen gestellt. Darüber habe ich vorhin schon das Nötige gesagt. Dann hat er eine ganz merkwürdige Redewendung gebraucht, die für die beiden großen Parteien des Hauses von besonderem Interesse ist; er hat gesagt, der Staatsminister habe die „Abfallprodukte“ aus den liberalen und dem Zentrum für seine Politik vereinigen wollen. Ich habe schon vorhin gesagt, was ich von diesen „Abfallprodukten“ halte. Ich halte, soweit diese beiden großen Parteien eine gemeinschaftliche Politik zum Wohle des Landes machen, das lediglich für die Erfüllung der Pflicht. Ich appelliere lediglich daran, daß, ganz abgesehen von der Parteizugehörigkeit, alle, soweit sie auf dem Boden unserer Gesellschaftsordnung stehen, schon durch den Eid, den sie als Abgeordnete geleistet haben, verpflichtet sind, zum Wohle des Staates zusammenzuwirken. Das ist gewiß nicht ein schwächlicher Appell an das Zentrum, wie etwa der Herr Abg. Frühauß mir hier unterschieben möchte. Wenn der Herr Abg. Frühauß meint, ich werde als Staatsminister, wenn ich in der Weise das Zentrum ansehe, nunmehr die Rechnung ohne den „nationalliberalen Wirt“ gemacht haben, so glaube ich, daß dieser Wirt genau verfahren wird, wie auch früher, und ich habe sogar das ganz besondere Vertrauen, daß gerade die nationalliberale Partei ihre Gesamthaltung nicht von parteipolitischen Bestrebungen abhängig machen wird, sondern von ihrem Bestreben das Wohl des Ganzen zu fördern. Wenn dann gesagt wird, wir bildeten eine charakterlose Mischmaschpolitik unterster Stelle in ganz Deutschland, so sind das Worte, die beim Herrn Abg. Frühauß nicht ganz so ernst zu nehmen sind, als es aussieht, denn wenn der Herr Abg. Frühauß in der Tat derartige Redewendungen im vollen Ernst gebrauchen würde, wäre eine ganz andere Zurückweisung notwendig, als ich sie ihm habe eben angedeihen lassen. Wenn der Herr Abg. Frühauß weiter sich zu dem Sage verstiegen hat, der Reichskanzler habe wenigstens nach dem Grundsatz, daß Not beten lehrt, schließlich auch denken lernen; aber dies sei nicht einmal der badischen Regierung zuteil geworden, so steht diese Ausführung genau auf der gleichen Höhe. Das ist eine Ausführung, auf die sich überhaupt in den Formen, die uns glücklicherweise im parlamentarischen Leben gesetzt sind, überhaupt nicht erwidern läßt.

Dann ist der Herr Abg. Frühauß, wie ja zu erwarten war, eingegangen auf die Dinge, die ich — es soll keine Unhöflichkeit sein — gewissermaßen als seine Stutenpferde bezeichnen kann. Da ist vor allem die Anlehenspolitik an allen Ecken und Enden. Es ist der Gedanke,

daß nur durch Anlehenspolitik der badische Staat glücklich zu machen sei. Das ist dann mit der Beurteilung verknüpft, daß mein Herr Kollege zu meiner Rechten auf einem subalternen Standpunkt stünde. Eine leidliche Politik gibt es nicht, als die Anlehenspolitik. Anlehen sind gleich gemacht, die Heimzahlung aber ist schwer. Ich möchte daher dem Herrn Abg. Frühauß auf dieses Gebiet nicht folgen. Sein Hang zu Anlehen ist so groß, daß er, als er gestern von den Eisenbahnanlehen gesprochen hat, geradezu bedauert hat, daß unsere Eisenbahnschuld nur 435 Millionen beträgt. Ich muß ihm doch zu bedenken geben, daß wir, wenn mehr Eisenbahnschulden vorhanden wären, diese auch verzinsen müßten, und, da die Einnahmen aus den Eisenbahnen nicht ausreichen würden, aus den allgemeinen Staatsmitteln darauflegen müßten, um die Anlehen zu verzinsen und zu amortisieren. Genau das Gleiche gilt für die allgemeine Staatsverwaltung. Wir haben es lediglich dem Umstand, daß bisher durch Jahrzehnte hindurch die Regierung eine Politik verfolgt hat, die allerdings in der Öffentlichkeit durch die Bezeichnung als eine „philistrophe, subalterne Politik“ heruntergezogen wird, zu verdanken, daß wir auch in diesem Budget wieder in der Lage sind, über 10 Millionen für das Extraordinarium auszugeben. Wären wir genötigt, Schuldsinsen zu bezahlen, etwa in dem Maße wie sie im Reichshaushalt zu bezahlen sind, dann würden sich für unseren Haushalt Schwierigkeiten ergeben, denen auch der Herr Abg. Frühauß trotz seiner, wie er glaubt, vortrefflichen Finanzvorschläge machtlos gegenüberstände. (Abg. Frühauß: Dann hätten wir keine Ausfälle in der Tarifreform riskiert!)

Der Herr Abg. Frühauß reitet gleich ein anderes Stutenpferd, das der Tarifreform. (Heiterkeit.) Ich lehne es ab, jetzt auf die Tarifreform einzugehen. Wollen wir überhaupt die Generaldebatte zu Ende führen, so ist das nur in der Beschränkung möglich. Wir können nicht alle Materien in der allgemeinen Finanzdebatte erledigen, es findet sich dazu auch noch Gelegenheit genug. Die Regierung ist getadelt worden, weil die Einnahmen nach der Tarifreform jetzt so gering seien. Wenn wir eine Tarifreform nach Frühauß'schem Muster gemacht hätten, dann wären die Einnahmen noch geringer. Wenn das der Herr Abg. Frühauß auch komisch findet, ist es doch so. Es ist doch nicht schwer zu begreifen, daß, wenn man die Tarife immer herabsetzt, während die Zahl derer, die mitfahren, nicht beliebig erhöht werden kann, die Einnahmen herabgehen müssen. Wir haben das zu Ungunsten der Staatskasse ja jetzt schon bei dieser beschränkten Tarifreform erfahren. (Abg. Frühauß: Mit Vertenerung! Das glaube ich! Der Präsident ersucht, die Zwischenrufe zu unterlassen.)

Das Gebiet, dem der Herr Abg. Frühauß immer seine besondere Sorgfalt zugewendet hat, ist das Gebiet der Schule. Ich gehe ungern heute auf die Diskussion darüber ein, denn auch dies ist ein Gebiet, das uns ja in die ungemessenste Debatte verwickeln könnte. Aber, wenn da der Herr Abg. Frühauß mit Stentorstimme erklärt: Wir stehen im Schulwesen vor einer Katastrophe, und die verblendete Politik der Regierung hat uns dahin geführt, daß diese Katastrophe eingetreten ist, so heißt das, gelinde gesagt, die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Es ist richtig, und ich habe das nie bestritten, ich verweise auf die außerordentlich langwierigen Verhandlungen im letzten Landtag —, daß unsere Volksschule erheblicher Verbesserung bedürftig hat. Es ist aber auch ebenso richtig, daß seit einem Jahrzehnt daran mit Erfolg gearbeitet wird. Wenn man dann immer den Staat als denjenigen hinstellen will, der kein Herz für die Lehrer

habe und auch jetzt die Einbeziehung der Lehrer in den Gehaltstarif verweigern wolle, dann ist es an der Zeit, diesen Behauptungen gegenüber auf die nackten Tatsachen zu verweisen, und da genügt die Anführung weniger Zahlen. Im Budget genau vor 10 Jahren, in den Jahren 1898/99, war der Gehalt für den Hauptlehrer durchschnittlich mit 1453,82 Mark vorgezogen; jetzt im Budget 1908/09 ist es ein Gehalt von 2179 Mark und 80 Pfennig, also eine Erhöhung des Gehaltes um rund 738 Mark, um 50 Proz. innerhalb 10 Jahren. Wenn die anderen Beamten, die jetzt aufgebessert werden sollen, 50 Proz. bekämen, sie wären sehr zufrieden. (Abg. Kolb: Das zeigt nur, wie weit die Lehrer zurück waren! Der Präsident ersucht, die Unterbrechungen zu unterlassen.) Die Lehrer waren zurück, das gebe ich gerne zu; nun sind sie in den letzten 10 Jahren um 50 Proz. gestiegen, und ich meine, man könnte jetzt einmal eine Pause eintreten lassen.

Ich benütze aber gerne diesen Anlaß, um gegenüber einer Petition, die dem Hause vorliegt, eine andere Tatsache aufzuklären. Die Regierung hat nicht etwa die Absicht, die Unterlehrer, die nicht zu den etatmäßigen Beamten gehören, unberücksichtigt zu lassen; sie wird sie vielmehr in der gleichen Weise berücksichtigen wie die anderen nicht etatmäßigen Beamten; das wird nicht in der Form einer Aenderung des Gesetzes geschehen, die dazu nicht nötig ist, sondern wir werden durch budgetmäßige Zulage die Gehalte der Unterlehrer erhöhen und es wird dazu ein Betrag von nahezu 100 000 M. notwendig sein.

Nun aber die Katastrophe, worin soll sie denn bestehen? (Abg. Frühauß: Lehrermangel!) Ich habe das erwartet und freue mich, daß der Herr Abg. Frühauß mir das bestätigt. Ich habe die nötigen Zahlen schon zur Hand, will sie aber nicht alle vortragen; einige aber werden von Interesse sein. Nachdem die Seminare in der Weise, die dem Hohen Hause bekannt ist, verstärkt worden sind, werden zur Entlassung gelangen im Jahre 1908 288 Kandidaten, im Jahre 1909 221 — es hängt das mit der Verlängerung der Seminarurse zusammen — und im Jahre 1910 343 künftige Lehrer. Wir werden in der Lage sein, da auch der Zugang zu den Lehrerbildungsanstalten so groß ist, daß im Jahr 1907 allein 448 Böglinge aufgenommen werden konnten, so daß im ganzen zurzeit 1421 Böglinge in den Seminaren sind, den Bedarf vollkommen zu decken.

Ich kann auch dem Herrn Abg. Frühauß zu seiner Beruhigung sagen, daß sämtliche etatmäßigen Lehrerstellen Ende 1907 besetzt gewesen sind. Es wird nach der festen Ueberzeugung der Regierung im Zeitraum von etwa 10 Jahren gelingen, den durch das Gesetz vom Jahre 1906 erhöhten Lehrbedarf vollkommen zu decken. Daß wir dazu eine gewisse Frist brauchen, ist selbstverständlich; wir können keine Lehrer hervorzaubern, wir müssen sie ihre sechsjährigen Kurse durchmachen lassen. Weiter will ich auf die Lehrerfrage nicht eingehen, ich erkläre wiederholt: Die Regierung muß es ablehnen, die Frage der Lehrergehalte, die sie nach den Erklärungen der großen Parteien im letzten Landtag als abgeschlossen glaubte betrachten zu können, wieder aufzurollen und damit eine Schwierigkeit in die Frage der Gehaltstarrrevision hineinzutragen, die unter Umständen die ganze Vorlage gefährden könnte. Wenn Herr Frühauß am Schlusse seiner Ausführungen erklärt hat, man werde sich auf dem Boden der praktischen Politik zusammenfinden müssen, so ist das ganz richtig, allein ich möchte die größten Zweifel hegen, ob die praktische Politik, die der Herr Abg. Frühauß betreiben möchte, der Boden ist, auf dem die Regierung mit den großen Parteien und die Parteien mit dem Herrn Abg. Frühauß zusammenkommen werden.

Bei meinem Eingehen auf die Ausführungen des Herrn Abg. Gießler muß ich schon zum Voraus bemerken, daß es mir fern liegt, auf alles einzelne zu erwidern, da wir ja überhaupt auf diesem Wege zu einem Ziel nicht gelangen können.

Was den Herrn Kollegen von Bodman anbelangt, so habe ich ja schon vorher das Nötige gesagt, und ich kann nur der Genugtuung Ausdruck geben, daß trotz der levis nota, die auch Herr von Bodman bekommen hat, doch im Großen und Ganzen die Haltung des Herrn Abg. Gießler ihm gegenüber gestern eine wesentlich freundlichere gewesen ist.

Der Herr Abg. Gießler hat sich sodann meiner Person zugewendet, und er hat vor allem gesagt, ich hätte die Rede des Herrn Abg. Zehnter viel zu scharf aufgefaßt, und hätte in viel zu großer Schärfe auf dessen Ausführungen erwidert. Auf die Rede des Herrn Abgeordneten Zehnter läßt sich der alte Satz anwenden, daß es der Ton ist, der die Musik macht; und das Instrument, das der Herr Abg. Zehnter angestimmt hat, das er gespielt hat, war vollständig auf das Konzert gestimmt, das vorher schon in der Presse des Zentrums seit Monaten und noch länger gegen mich aufgeführt worden ist. Der erste Satz der gegen mich gerichteten Ausführungen hat gelautet: „Nicht neu auf seinem Platz ist der Herr Staatsminister von Dusch. Ich muß mich aber gleichwohl ein wenig mit ihm befassen“. Darauf ist alsbald große Heiterkeit bei den Herren Parteigenossen des Herrn Abg. Zehnter entstanden. Diese Behandlung kann wohl nicht mit Unrecht als eine ironische bezeichnet werden, ich habe sie wenigstens so aufgefaßt und wenn der Herr Abg. Zehnter das nicht so gemeint hat, so wäre ich ihm dafür dankbar, wenn er Gelegenheit nimmt, es zu erklären, denn ich habe bis jetzt für die gegen mich gerichteten Erklärungen in der persönlichen Bemerkung des Herrn Abg. Zehnter eine Aufklärung nicht gefunden.

Es liegt mir fern, auf diese persönlichen Dinge, die doch zu keinem Resultat führen, und nach denen wir auch die Politik nicht einrichten können, zu sehr einzugehen, denn ich darf mit Genugtuung konstatieren, daß der Herr Abg. Gießler, wenn er auch viel an mir auszusetzen hatte, doch etwas Wasser in den Wein getan hat, und daß er wenigstens eine Erklärung abgegeben hat, die ich mit Genugtuung aufgenommen habe, und die ich in den Ausführungen des Herrn Abg. Zehnter vermisst habe, nämlich die Erklärung, daß das Zentrum trotz meiner Mitgliedschaft im Staatsministerium bereit sei, mitzuwirken bei den Aufgaben, die die Regierung dem Landtage gestellt hat, und die Gefühle einer Abneigung — ich weiß nicht, wie ich sonst sagen soll — hinter den Erfordernissen einer praktischen Politik zurücktreten zu lassen.

Der Herr Abg. Gießler hat meine Vaterschaft bezüglich des Großblocks ganz wesentlich reduziert, er hat weder juristisch noch in anderer Weise eine Vaterschaft konstruiert, aber er ist wieder darauf zurückgekommen, daß ich den Großblock gefördert habe, indem ich nicht das Nötige zur Verhinderung des Großblocks getan habe. Ich möchte nicht die Frage der „Artikel in der Karlsruher Zeitung“ im einzelnen wieder aufrollen, sondern mache Ihnen den Vorschlag: Lesen Sie, wenn es Ihnen nicht zu langweilig ist, meine Ausführungen vom 5. Februar 1906 nach, und außerdem empfehle ich Ihnen auch die Rede des Herrn Ministers Schenkel nachzulesen. Heute möchte ich nur zur Auffrischung des Gedächtnisses über den berühmten Artikel vom 21. Oktober 1905 einzelne Sätze aus letzterer Rede vorlesen. „Das war ein Artikel der „Karlsruher Zeitung“ vom 21. Oktober 1905, aus dem der Herr Staatsminister bereits den bezügl. Passus

vorgelesen hat, worin gesagt ist, es könnten sich eigentümliche und auffallende Parteiverbindungen bei der Stichwahl ergeben, jedoch bleibe das ganz der Partei überlassen. Diesen Satz habe ich weder geschrieben, noch gebilligt, noch habe ich den Auftrag zur Aufnahme einer solchen Bemerkung in den Artikel gegeben." Das hat der Herr Minister Dr. Schentel damals erklärt, und wie ich demnach in der Lage gewesen sein soll, den Herrn Minister Dr. Schentel an irgend etwas zu hindern, das ist mir auch aus den Ausführungen des Herrn Abg. Gießler nicht klar geworden. Der Herr Abg. Gießler hat dann selbst angeführt, daß ein sogenannter Beschwichtigungsartikel erschienen sei, und da darf ich kurz auf die Tatsachen verweisen, die ich auch in meiner Rede vor zwei Jahren dargelegt habe. Der Herr Abg. Gießler hat ganz richtig gesagt, daß sich Erörterungen an den ersten Artikel, und zwar vor allem in der nationalliberalen Presse, in dem Sinne geknüpft haben, als wenn dieser Artikel als eine Aufmunterung zum Abschluß des Großblocks zu betrachten sei. Als ich die erste Kenntnis von dieser Auffassung dieses Artikels erhielt — ich muß offen gestehen, daß ich den Artikel bei der Lektüre nicht in diesem ominösen Sinn verstanden habe —, habe ich das Staatsministerium zusammen gerufen, und es wurde beschlossen, nunmehr eine Berichtigung, wenn man so sagen will, eintreten zu lassen, und das ist die Erklärung in der „Karlsruher Zeitung“, die am 26. Oktober erschienen ist. Sie wissen, daß die „Karlsruher Zeitung“ vordatiert wird, also war das drei Tage vor den Stichwahlen. Damit habe ich meine Verpflichtungen erfüllt, und ich möchte doch dringend im Interesse auch der Gebuld des Hohen Hauses bitten, auf diese Artikel in der „Karlsruher Zeitung“ nicht immer wieder zurückzukommen, so schmeichelhaft es für die Regierung sein mag, daß irgend ein Satz der „Karlsruher Zeitung“ eine derartige Behandlung erfährt, daß er angesehen wird als die Ursache großer politischer Aktionen.

Wenn der Herr Abg. Gießler meine Bemerkung, ich sei ein Gegner des Kulturkampfes, akzeptiert hat, so bin ich ihm dafür dankbar, wenn er auch an diese Freundlichkeit wieder einige Einschränkungen geknüpft hat. Es ist das die Methode der juristischen Debatte.

Nun hat der Herr Abg. Gießler darauf zurückgegriffen, daß ich gesagt habe, die Geistlichkeit habe den Kampf begonnen. Wenn Sie jedes Wort einer improvisierten Rede auf die Waagschale legen, und daran eine Fregese knüpfen wollen, so wird man immer zu solchen Erklärungen kommen, wie das in den Erörterungen des Herrn Gießler der Fall gewesen ist. Ich kann nur wiederholen, ich habe nichts anderes gesagt und sagen wollen, als daß der Ursprung derjenigen Handlungen, zu denen die Regierung sich auf der Grundlage des Gesetzes nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet ansah, zu suchen ist in dem, was innerhalb der Geistlichkeit geschehen ist. Der bekannte Erlaß des Geistlichen Rats Wacker, dem man gestern eine harmlose Auslegung hat geben wollen, war tatsächlich das Signal für dasjenige, was dann im späteren Wahlkampfe geschehen ist. Es widerstrebt mir, wieder auf die Verfehlungen der Geistlichen einzugehen. Ich habe damals nichts getan als meine Pflicht, und ich kann nur wieder betonen, daß, so lange die fraglichen Gesetze bestehen, die Regierung, vor allem, wenn sie in die Lage versetzt worden war, zu erklären, sie werde von den gesetzlichen Vorschriften Gebrauch machen müssen, eben deswegen auch genötigt war, davon Gebrauch zu machen.

Dann ist der Herr Abg. Gießler wieder auf den Wahlerlaß vom Januar 1907 zurückgekommen. Ich habe den Wahlerlaß hier, aber ich will darauf im einzelnen nicht eingehen. Wenn der Herr Abg. Zehnter

trotz seines Widerwillens gegen den Erlaß der Regierung, der, wie er gesagt hat, die Akten des Landgerichtes verunzieren, vielleicht diesen Erlaß nochmals nachlesen will, dann wird er vergeblich nach dem Wort suchen, das wir von ihm mehrfach gehört haben, daß die Vorgesetzten aufgefordert worden seien, ihre Beamten zu belehren. Davon steht kein Wort weder im Erlaß des Staatsministeriums, noch in dem des Justizministeriums, welcher übrigens meine Unterschrift nicht trägt, sondern es heißt: „Sie sollen in geeigneter Weise verständigt werden“. Wenn eine „Belehrung“ im Sinne des Herrn Abg. Zehnter vorgekommen wäre, also Belehrung doch in dem Sinn einer sanften psychischen Gewalt und Einwirkung, dann würden die Fälle nicht verborgen geblieben sein, vor allem würden die Parteigenossen des Herrn Abg. Zehnter nicht geblödet haben, ihrerseits sich zu wehren, wenn man ihnen etwa irgend welche Zumutungen in diesem Sinn gemacht hätte! Wenn der Erlaß eine solche „Verunzierung der Akten“ gebracht hat, warum hat der Herr Abg. Zehnter nicht dagegen remonstriert und den Erlaß zurückgeschickt? Ich überlasse ihm die Aufklärung dieser Tatsache. Ich möchte mich nur dagegen verwahren, daß aus einem Erlaß, über dessen Zweckmäßigkeit sich streiten läßt, aber dessen ganzer Charakter ganz zweifellos nicht derjenige war, wie ihn Herr Abg. Zehnter darzustellen beliebt hat, solche Konsequenzen gezogen werden.

Wenn mir weiter vorgeworfen worden ist, ich hätte dem Zentrum über die Schuldenwirtschaft im Reich Vorwürfe gemacht, so muß ich das zurückweisen. Ich habe lediglich eine ironische Bemerkung des Herrn Abg. Zehnter, die nach der anderen Seite des Hauses gerichtet war, der Bloß folle doch jetzt Finanzpolitik machen, zurückgewiesen und habe gesagt: Was ist denn bisher geschehen? Nun, wenn ich darauf eingehen wollte, was alles in den letzten 10 Jahren geschehen ist, so könnte ich darüber allein eine Rede halten. Ich anerkenne durchaus, daß gerade das Zentrum in einzelnen Punkten versucht hat, die Schuldenwirtschaft des Reichs auf einen gesünderen Boden zu stellen. Allein auf der andern Seite waren es speziell Anträge des Zentrums, die die Finanzgebarung sehr erschwert haben. Und vor allem ist die Reichsfinanzreform, an der das Zentrum mitgewirkt hat, eine ganz zweifellos unzureichende gewesen.

Immerhin zeigt die Rede des Herrn Abg. Gießler, daß seine Gesinnung eine etwas freundlichere gewesen ist, und diese Gesinnung berechtigt zur Hoffnung, daß auch jetzt — und auf andere Weise kommen unsere Gesetze nicht zustande, Sie haben es ja in der Hand, etwa mit der sozialdemokratischen Partei zusammen die Gesetze zu Fall zu bringen — auf diesem Wege eine erspriehliche Gesetzgebung möglich ist, und ich bin überzeugt, daß Sie auch Ihrerseits an einer solchen mitwirken werden.

Der Herr Abg. Obkircher hat an die Spitze seiner Ausführungen, die ich unmöglich in ihren Einzelheiten erörtern kann, den Gehaltstaxif gerückt. Ueber diesen Gehaltstaxif wollen wir doch jetzt möglichst wenig sprechen. Der Beharrungszustand wird sehr viel rascher erreicht sein, als der Herr Abg. Obkircher glaubt; schon in wenigen Jahren, in der dritten Budgetperiode. Was die Berechnung der Kosten des jetzigen Entwurfs für die laufende Budgetperiode anbelangt, so ist es nicht etwa das Bestreben der Regierung, irgend etwas zu verdecken oder den Ständen gegenüber zu verheimlichen, sondern es sind einfach die außerordentlich schwierigen Berechnungen, die in allen Ministerien aufgestellt werden müssen, noch nicht abgeschlossen. Sobald das Material vorliegt, wird dem Hohen Hause Gelegenheit gegeben werden, es in allen Einzelheiten kennen zu lernen. Eine Summe steht schon fest.

Die sogenannte „Leuerungszulage“, die Zulage, die auf den 1. Juli erfolgen soll, wird praeter propter eine halbe Million kosten. Das ist aber nur der eine Posten. Dazu kommt natürlich die Steigerung der Zulagen, und die Feststellung und die Ausführung der einzelnen Zahlen muß eben der Vorlage vorbehalten werden, die erst erfolgen kann, wenn alles Material gesammelt ist.

Der Herr Abg. Obkircher hat sodann einen Dieblingsgedanken näher ausgeführt. Es ist das die Verwertung der Wasserkräfte, die in seinen Anträgen immer wieder kehrt, ein Gebiet, von dem wir anerkennen müssen, daß der Herr Abg. Obkircher sich sehr beachtenswerte Kenntnisse auf demselben erworben hat, und daß er mit der ganzen ihm eigenen Energie verfolgt. Ob seine Vorschläge, die er heute gemacht hat, Erfolg haben können, ob es sich empfehlen würde, eine sogenannte Wasserwirtschaftskammer zu errichten, das ist etwas — ich bin in diesen Dingen laie —, was ich bezweifeln möchte. Ich glaube, wenn auf diesem Gebiet wie auch auf anderen Gebieten des politischen und Wirtschaftslebens etwas geschaffen werden kann, werden es vor allem Personen und keine Kollegien sein müssen, die eingreifen. Aber die Herren wissen ja, daß demnächst ein Entwurf über Aenderung des Wassergesetzes dem Hohen Hause vorgelegt werden soll, in dem gerade die wichtigsten Fragen, die Herr Abg. Obkircher gestreift hat, der Charakter der „öffentlichen“ Gewässer u. a., Gegenstand der Bestimmungen sein werden. Ich glaube daher aus diesem Grunde und weil noch ein weiterer Punkt, die sogenannte Wurgtalsperrre! im Laufe des Landtags in extenso erörtert werden wird, sollten wir jetzt im Laufe dieser Debatte nicht näher darauf eingehen.

Die politischen Erörterungen des Herrn Abg. Obkircher glaube ich im Wesentlichen mit dem erlebte zu haben, was ich im Eingang meiner Rede ausgeführt habe.

Ich möchte meinerseits nicht zurückgreifen auf eine Abwägung der Verdienste des Herrn Staatsministers von Brauer und des Herrn Ministers Schenkel um unsere Verfassung. Ich glaube, es ist unbillig, nach der einen oder anderen Seite ein größeres Verdienst beizumessen, und wenn man die Sachen ohne alle Parteivorurteilnahme ansieht, wird man zu dem Ergebnis kommen, daß, wenn auch vielleicht nicht in der quantitativen, so doch in der qualitativen Mitwirkung zu diesem großen Werk die Verdienste der beiden Minister sich so ziemlich gleichkommen.

Der Herr Abgeordnete Obkircher hat dann einen ganz guten Witz bezüglich der „bedingten Begnadigung“ meines Kollegen v. Bodman durch das Zentrum gemacht. Ich will darauf nicht näher eingehen und auch nicht erörtern, ob ich wirklich als rückfällig zu betrachten bin. Ich glaube, alle diese Erörterungen können nur dazu führen, die Gegensätze zu verschärfen, Veräglichungen hervorzurufen, und wenn ich auch dem Herrn Abg. Obkircher von seinem Parteistandpunkte aus es in keiner Weise verarge, sondern vollkommen begreiflich finde, daß er in dieser scharfen Weise vorgegangen ist, so wird der Herr Abg. Obkircher es ebenso begreiflich finden, daß ich mich auf eine Erörterung aller dieser politischen Differenzen im einzelnen jetzt nicht wieder einlasse.

Zu dem, was ich nicht erörtern will, gehören auch die Aktionen des Zentrums außerhalb des Hohen Hauses; die Reden, die außerhalb dieses Hohen Hauses gehalten sind, sollten uns nicht beschäftigen. Verantwortlich für die Politik des Zentrums, wie sie hier im Landtag getrieben wird, sind, wenn auch die tatsächliche Verantwortung allerdings sehr wesentlich bei einem Manne außerhalb dieses Hohen Hauses liegt, die anwesenden Führer der Partei. Wenn die Herren Abgg. Binz und

Obkircher sich darüber ausgelassen haben, daß ich überrascht gewesen sei durch das, was hier von Herrn Abg. Behner gesprochen worden ist, so kann ich nur sagen: Ich habe die Presse, diese Reden, die Versammlungen ebenso genau verfolgt; sie haben mir aber durchaus keinen Grund abgegeben, das zu bezweifeln, was ich hier dann ausgeführt habe. Und ich bin sogar naiv genug, noch jetzt der Meinung zu sein, daß gerade innerhalb der Zentrumsparthei allerdings auch jetzt noch gewisse verschiedene Strömungen herrschen. Ich will keine Namen nennen, aber daß einzelne Mitglieder der Partei nicht vollständig mit den Führern übereinstimmen, das wird Jedermann anerkennen müssen, der die Verhältnisse kennt. (Rufe: Oho! und Unruhe im Zentrum.) Ich würde es im höchsten Maße bedauern, wenn das ganze Zentrum etwa den politischen Ansichten huldigen würde, die der Herr Abg. Dr. Schofer schon mehrfach ausgeführt hat. (Abg. Dr. Schofer: Welche denn?) Der Herr Abg. Dr. Schofer wünscht nähere Auskunft? Wir können ja auf den mit Recht so beliebten „Waldmichel“ zurückkommen. Ich kann da nur wieder sagen: In dieser Schrift hat sich eine Gesinnung dokumentiert, mit der überhaupt eine Regierung nicht paktieren kann, eine Gesinnung, die Herr Abg. Binz meines Erachtens durchaus richtig hier dargelegt hat. Die Verantwortung für Ihre Politik in diesem Hause haben aber vor allem die Führer, und ich glaube immer noch, daß trotz der recht scharfen Erörterungen in dieser Generaldebatte schließlich die Sache, wie es ja so oft in diesem Hohen Hause geschieht, wenn der Worte genug gewechselt sind und zu Taten übergegangen wird, ein wesentlich anderes Gesicht zeigen wird.

Ich möchte über das Verhalten der Nationalliberalen bei den Stichwahlen im Jahre 1905 meinerseits kein weiteres Wort verlieren. Ich habe das ausgesprochen, was meine Ueberzeugung ist. Aber ich bin durchaus nicht unfähig, auch die Meinung anderer zu verstehen und habe in dem, was der Herr Abg. Dr. Obkircher über die nach seiner Meinung für die Partei zwingenden Gründe gesagt hat, allerdings manches gefunden, was die damalige politische Aktion von seinem Standpunkte aus rechtfertigen kann. Daß die Regierung diese politische Aktion nie gebilligt hat und eine ähnliche politische Aktion auch in Zukunft nie billigen würde, das brauche ich nach dem, was in dieser Debatte und früher vom Regierungstische gesagt worden ist, wohl nicht näher auszuführen.

Um noch einmal auf den „Ruck nach rechts“ zurückzukommen, so werden wir ja darüber wohl von den nächsten Herren Rednern Ausführliches zu hören bekommen. Ich will einen Artikel aus dem „Volksfreund“ zur Verlesung bringen, der lautet: „Eine ministerielle Kriegserklärung an die Sozialdemokratie.“ — Es war dem Minister des Innern vorbehalten, der Sozialdemokratie den Fehdehandschuh ins Gesicht zu schleudern, und zwar mit einer Vehemenz, die uns klar und bündig zeigt, daß die Regierung des liberalen Mutterlandes ihrer preussischen Kollegin nicht nachstehen will, wenn es sich um die Bekämpfung der „Unsturzpartei“ handelt.

Dieser Artikel ist allerdings nicht vom Januar 1908, sondern vom 7. Februar 1906 und war eine Antwort auf die Rede des Herrn Ministers Schenkel. Wenn also etwa der Versuch gemacht werden sollte, aus dem, was Minister v. Bodman diesmal ausgeführt hat, nun auch da einen Ruck nach moderner Methode zu konstruieren, darf ich auf das auch vom Herrn Abg. Dr. Frank nicht zu beanstandende Zeugnis des Volksfreunds verweisen.

Ich gebe zum Schluß nochmals unserer Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, auch in diesem Landtage zu einem für das Wohl des Landes gedeihlichen Ergeb-

nisse in den großen Fragen, die zu Ihrer Entscheidung gestellt sind, zu kommen!

Abg. Dr. Frank (Soz.): Es ist dem Herrn Staatsminister ergangen, wie schon vielen Rednern hier im Hause: er hat länger geredet, als er beabsichtigt hat. Es scheint mir, daß der Herr Staatsminister sich doch eigentlich etwas zu viel für die Quantität der Reden, die hier gehalten werden, anstatt für die Qualität interessiert. Es ist nicht das erste Mal, daß der Herr Staatsminister es für notwendig hält, eine Zensur auszuüben darüber (Sehr richtig! bei den Soz.), wie lange die einzelnen Mitglieder des Hauses hier sprechen. Ich will ihm auf diesem Gebiete nicht folgen, und darauf hinweisen — was übrigens der Herr Abg. Benedy durch einen Zwischenruf schon hervorgehoben hat —, daß der letzte Samstag vollständig den Mitgliedern der Regierung gehört hat. (Sehr gut! bei den Soz.) Es liegt uns ferne, die Frage zu prüfen, ob die Zeit am letzten Samstag nicht besser zu etwas Anderem verwendet worden wäre, als zu den Reden, die damals gehalten worden sind. Es ist doch in erster Reihe Sache der Mitglieder des Hohen Hauses und eventuell des Herrn Präsidenten, zu prüfen, wie wir unsere Reden einteilen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Und wenn der Herr Staatsminister von einzelnen Ausführungen der Herren Redner von dieser Seite des Hauses den Eindruck gehabt hat, es würden wie in der Schule Zensuren erteilt, so muß ich gestehen, daß die vom Herrn Staatsminister immer und immer wiederholte Betonung der langen Reden mich ebenso an die Schule erinnert. (Sehr gut! bei den Soz.)

Präsident Fehrenbach bemerkt, den Redner unterbrechend, er habe keinen Anlaß gehabt, die Bemerkung des Herrn Staatsministers über die Länge der Reden zu beanstanden, wie er auch nicht die Möglichkeit habe, auf die Dauer der Reden einzuwirken.

Abg. Dr. Frank (fortfahrend): Meine Ausführungen haben auch keineswegs bezweckt, ein Einschreiten des Herrn Präsidenten zu veranlassen. Ich wollte lediglich konstatieren, welche Empfindungen uns angesichts der Quantität der Reden des Herrn Ministers selbst erfüllen. Genau dasselbe wollte ich tun, was der Herr Minister von seiner Seite aus zu tun für notwendig hielt.

Der Herr Staatsminister hat dann von einer großen Menge von Fragen erklärt, daß er nicht darauf eingehen wolle; das war der wesentliche Inhalt seiner Ausführungen (Abg. Ged.: Sehr gut!), und ich muß mir recht Mühe geben, aus der vielen Spreu — ich meine von den Fragen, die nicht behandelt worden sind — ein paar Körnlein derjenigen politischen Fragen herauszufinden, die wirklich gründlich hier zur Erörterung kamen.

Der Herr Staatsminister zeigt nicht heute zum ersten Male eine mimosenhafte Scheu dagegen, daß in einem Landtage Fragen zur Erörterung kommen, die auf dem vorhergehenden Landtage schon behandelt worden sind. Ich meine, das ist durchaus unangebracht. Die Fragen bleiben nicht immer die gleichen, die Verhältnisse wandeln sich.

Im ganzen ist es mir nicht gelungen, aus den heutigen Ausführungen des Herrn Ministers irgend ein Bild über die Richtung zu bekommen, welche die Regierung einschlagen wird. Ich möchte im Gegenteil sagen, der Herr Staatsminister hat als Programm der Regierung eigentlich die Programmlosigkeit ausgegeben. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Denn mit dem, was er immer und immer wiederholt hat von der praktischen Arbeit, bei der sich alle Parteien zusammenfinden sollen, geht er ja bloß um die Frage, die ihm gestellt ist, herum. Denn was unter praktischer Arbeit zu verstehen ist, das ist eben das politische Problem.

Das Verdienst, die politischen Verhältnisse mit Klarheit und Offenheit behandelt zu haben, gebührt dem neuen Herrn Präsidenten des Ministeriums des Innern. In der Rede vom letzten Samstag hat er die verschiedenen Nuancen der Empfindungen, die ihn und die übrigen Mitglieder der Regierung gegenüber den Richtungen hier im Hause und im Lande befeelen, deutlich gekennzeichnet. Er kommt dem Zentrum entgegen mit Vorsicht; ich kann ihm das nachempfinden. Er will die Nationalliberalen behandeln mit der traditionellen Rücksicht — und er will uns Sozialdemokraten behandeln weder mit Rücksicht noch mit Vorsicht, sondern mit einem bedauerlichen Mangel an Einsicht. (Abg. Ged.: Sehr gut!) Ich meine seit der Rede, die am Samstag gehalten worden ist, wird kein Politiker und keine Zeitung im Lande mehr wagen, von der Spezies der „Großhabsdischen Sozialdemokraten“ zu reden. (Abg. Ged., Abg. Süßkind: Sehr richtig, sehr gut!)

Wir sind aber gewöhnt, Minister weniger zu behandeln nach ihren Worten als nach ihren Taten, und die einzige politische Aktion größeren Stiles, die bisher von Seiten des neuen Ministerialpräsidenten bekannt geworden ist, ist nach unserem Empfinden keine glückliche, und nicht geeignet gewesen, ihm Sympathien im Lande zu wecken oder zu erhalten; ich spreche von dem Versuch, der gemacht worden ist, einzuwirken auf die Zusammensetzung des Präsidiums in diesem Hohen Hause. Die Zweite Kammer der habsdischen Landstände hat das Recht, sich selber ihre Geschäftsordnung zu geben und selber ihr Präsidium zu wählen (Abg. Ged.: Sehr gut!), und wenn von einem Mitglied der Regierung der Versuch gemacht wird, auf die Zusammensetzung des Präsidiums einzuwirken, so sehen wir darin einen unberechtigten Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Volksvertretung, und nach meiner Ansicht müßte das Hohe Haus, ohne Rücksicht auf die Parteistellung, diesen Eingriff mit aller Energie zurückweisen (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Es ist vollkommen gleichgültig, ob vielleicht der Regierung die Wahlergebnisse für das Präsidium in dem einen oder in dem anderen Landtag gefallen haben oder nicht gefallen haben; es ist ganz einerlei, ob die Regierung sich günstige oder ungünstige politische Wirkungen von dem Ausfalle der Präsidialwahl versprochen hat oder nicht, sie hat einfach die Wahlergebnisse als Tatsache vom Landtag in Empfang zu nehmen und sich darnach zu richten. Was würden denn die Herren von der Regierungsbank dazu sagen, wenn einzelne Politiker versuchen wollten, auf die innere Gestaltung der Geschäfte in einem einzelnen Ministerium Einfluß zu gewinnen, wenn wir vielleicht auf die Art, wie unter den Räten und Direktoren die Referate verteilt werden, einen Einfluß gewinnen wollten? Sie (zur Regierungsbank) dürfen sich darauf verlassen: Wenn Ihnen etwa die Wahl zum Präsidium nicht gefallen hat, uns gefallen sehr oft auch die Männer nicht, denen Sie im inneren Betrieb Ihrer Ministerialgeschäfte die Arbeit anvertrauen. (Abg. Süßkind: Sehr richtig! Aber Sie würden es sich mit Recht verbitten, wenn wir, direkt oder indirekt, hier eine Einwirkung versuchten. Genau dasselbe Recht nimmt die Volksvertretung für sich in Anspruch.)

Wenn ich das sage, dann spreche ich als Mitglied des Hauses ohne Bitterkeit, die vielleicht hervorgerufen sein könnte dadurch, daß die Aktion des Herrn Ministerialpräsidenten gleichzeitig eine Spitze gegen diejenige Partei gehabt hat, der ich angehöre.

Der Herr Ministerialpräsident hat ja den Versuch gemacht, sein Vorgehen zu rechtfertigen, und wir verdanken wohl diesem Motiv die Sozialistenrede vom letzten Samstag. Der Herr Ministerialpräsident ist wohl Anhänger des altbewährten Grundsatzes, daß die beste Deckung der Hieb ist. Ich habe das Empfinden gehabt, daß die

Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten an einer merkwürdigen Zweiteilung gelitten haben; ich hatte das Gefühl, als wenn das Pflichtbewußtsein des Herrn Ministerpräsidenten und sein guter Wille, an dem ich ja keinen Augenblick zweifle, im Streit gewesen seien mit den irrigen politischen Anschauungen, in deren Bann er sich befindet. (Abg. Ged.: Sehr gut!) Er hat, während er gegen uns redete, gleichzeitig den Versuch gemacht, selber sein eigener Samariter zu sein, er wollte die Wunden selbst wieder verbinden, die er uns geschlagen hat. Und ich meine, von dem Fehler, den der Herr Ministerpräsident dem Herrn Abg. Zehnter vorgeworfen hat, hat er sich selbst nicht frei gehalten: Er hat gemeint, daß der friedliche Schluß in der Rede des Herrn Abg. Zehnter schlecht zu den kriegerischen Tönen stimme, die er im anderen Teile seiner Rede angestimmt habe. Genau dasselbe trifft aber auch auf den Vortrag des Herrn Ministerpräsidenten zu. In der Mitte seiner Rede hat er die Kriegsfanfaren gegen uns ertönen lassen, und am Schluß, da kamen wieder friedliche Hirtenhalsweien und Flöten.

Der Herr Ministerpräsident hat uns „Brüder“ genannt (Lachen bei den Sozialdemokraten). Er wird uns nicht übel nehmen, wenn wir, so sehr wir uns der konstatierten Verwandtschaft freuen, ihn für einen wenig zärtlichen Verwandten halten (Heiterkeit). Er hält uns doch höchstens vielleicht für Stiefbrüder, die nicht gut geraten sind, über die man nicht immer gern spricht, und mit denen man auch nicht immer gern zu tun hat. Er will uns „gerecht behandeln“, hat er uns versprochen, und er will hier auf gleichem verfassungsrechtlichen und gesellschaftlichen Fuß mit uns verkehren. Aber trotz dieser Versicherung wollte er verhindern, daß ein Mitglied unserer Partei in das Präsidium gelange; trotz dieser Versicherung hat er den Wunsch ausgesprochen, daß die bürgerlichen Parteien uns gegenüber ihre Differenzen vergessen und in keinem Falle, selbst nicht aus taktischen Gründen, in der Stichwahl einem Sozialdemokraten ihre Stimme geben; trotz seiner Versicherung hat er erklärt, und zwar im Widerspruch mit der Verfassung, daß ein Angehöriger unserer Partei nicht Beamter sein dürfe (Abgg. Ged. und Süßkind: Sehr richtig!) Ich meine, das ist nicht brüderlich gedacht. In dem gleichen Augenblick, in welchem er uns politisch und gesellschaftlich gedächelt hat, da hat er uns versichert, daß er gegen uns gerecht und gesetzmäßig vorgehen wolle.

Das, was er zur Begründung seiner sehr scharfen Ausführungen vorgebracht hat, war recht dürftig. Ich muß sogar gestehen, ich bin ganz stolz geworden, wie ich gemerkt habe, daß der Herr Ministerpräsident so sehr wenig gegen uns, gegen die Stellung und Arbeit der badischen Sozialdemokratie vorbringen kann. Denn sonst wäre er wohl nicht dazu gekommen, zeitlich und räumlich so weit auszuholen, um uns zu vernichten; nach Rußland, nach Böhmen, nach Frankreich hat er gehen müssen (Lachen bei den Sozialdemokraten); dreißig, vierzig Jahre hat er zurückgreifen müssen, um Broschüren von unserem alten Führer Liebknecht hervorzuholen, über denen längst Spinnweben liegt, und damit hier politische Direktiven zu erteilen für die unmittelbar bevorstehenden praktischen Aufgaben unseres Landes.

Ich hätte es gern gesehen, wenn der Herr Ministerpräsident als gerecht denkender Mann — und dafür halte ich ihn — vielleicht aus seiner eigenen Erfahrung oder aus den Berichten seiner Amtsvorstände uns einmal etwas erzählt hätte über die mehr als 1000 Gemeinderäte, Stadträte, Bürgerausschußmitglieder und Bürgermeister unserer Partei, die im badischen Lande auf den Rathhäusern sitzen und die kleinen Arbeiten machen. Er hätte vielleicht erfahren, daß in sehr vielen Fällen, wenn die

Herrn Oberamtänner in einer Gemeinde einen Fortschritt durchsetzen wollen, ein Schulhausbau, einen Wasserleitung, eine Besserstellung der kleinen Gemeindebediensteten, bei allen den kleinen Fragen, die doch im Zusammenwirken große Wirkung haben, die Angehörigen der von ihm gedächelten Partei die beste Stütze guter Verwaltungsbeamten sind (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Ich hätte es auch ganz gerne gehört, wenn er vielleicht aus seiner Erfahrung als früherer Vorsitzender eines Arbeiterschiedsgerichtes oder aus den Berichten der Gewergerichtsvorsitzenden uns etwas darüber mitgeteilt hätte, ob nicht die Hunderte von sozialdemokratischen Arbeitern, die als Richter tätig sind, jeden Tag ihre Pflicht erfüllt haben. Ich nehme auch keinen Anstand, in diesem Zusammenhang von uns selber hier zu reden, und ich appelliere an die Herren Minister und an die übrigen Mitglieder des Hohen Hauses, ob wir alle nicht immer versucht haben, in den Kommissionen und bei der Arbeit hier im Saale unser Bestes zu geben und der kleinen Arbeit wie den großen Aufgaben gegenüber das Beste unseres Vaterlandes nach unserem Wissen und Können durchzusetzen. (Abg. Süßkind: Sehr richtig!)

Die Politik soll die Kunst des Möglichen sein, sie ist vielleicht auch die Wissenschaft des Möglichen, und da scheint mir, der Herr Ministerpräsident hat sich eine unmögliche Aufgabe gestellt, wenn er die mangelnde Brauchbarkeit der sozialdemokratischen Partei für die Politik des badischen Landes aufgrund einer ihm nach meiner Ueberzeugung persönlich gar nicht liegenden Papierschnitzlogik erweisen wollte, von der heute ein Abgeordneter schon gesprochen hat. Eine Partei kann nicht gerecht aufgrund von ein paar zusammengetragenen Befürchtungen beurteilt werden, sie will beurteilt werden nach ihren Taten und nach ihrer Gesamthaltung. Der Herr Ministerpräsident hat uns vorgeworfen, wir würden, das zeige sich in unserer Presse, die deutschen Ereignisse im Spiegel des Auslandes sehen, und er wird es begreifen, wenn ich in der Erregung über diesen Vorwurf, der unbegründet und kränkend ist, ihm dazwischen gerufen habe, das sei eine Unwahrheit. Es wird Sie interessieren, daß nach dem letzten Stuttgarter Kongreß der internationalen Sozialisten drüben in Frankreich wochenlang von den patriotischen Blättern unser Parteiführer August Bebel als glühender deutscher Chauvinist geschildert worden ist. Genau derselbe Vorwurf, der uns hier gemacht wird, daß wir die politischen Ereignisse im Spiegel des Auslandes sähen, genau derselbe Vorwurf wird von den herrschenden Parteien in Frankreich unseren dortigen Parteigenossen gemacht und beide Male mit Unrecht. Was wir uns allerdings zur Aufgabe gemacht haben, das ist die Bekämpfung jenes gefährlichen chauvinistischen Geistes, der das ganze Volksleben und vor allem schon die Kinderherzen mit dem irrigen Glauben vergiften will, daß es jenseits der Grenze einen Erbfeind gäbe. Ich habe in meinen Gymnasialjahren ein Buch geschenkt bekommen und habe es mir als warnendes Exempel aufbewahrt. Es sind die Werke von Theodor Körner; in der Einleitung ist die Rede davon, daß Theodor Körner meuchlings und hinterlistig von den Franzosen erschossen worden sei; sie seien damals schon dieselben Schufte (oder Schurken) wie heute gewesen. Das wird Kindern in die Hand gegeben! Ist es nicht ein Verbrechen, nicht bloß an den Kindern, sondern an ganzen Volkstum, wenn derartige Proben (und sie stehen nicht vereinzelt) in unser Volk hinausgegeben werden? Wenn wir demgegenüber unsere Aufgabe darin erblicken, unter den Nationen das Bewußtsein der Kulturgemeinschaft zu nähren, in den Herzen unserer Volksgenossen das Bewußtsein zu wecken und großzuziehen, daß es auch jenseits der Grenzen ebe

strebende, gute und große Männer gibt, dann tun wir damit nichts Antinationales, sondern wir tun damit unsere nationale Pflicht! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wer hätte es für möglich gehalten, daß heute in Frankreich große und führende Politiker öffentlich im Parlament und im Lande als wünschenswertes Ziel der Politik die Versöhnung mit Deutschland hinstellen konnten? Vor 10 Jahren wäre einer, der das in Frankreich gewagt hätte, von der wütenden Chauvinistenmenge zerrissen worden. Es ist dem Wirken unserer französischen Parteigenossen — ich nenne da namentlich Jaurès — zuzuschreiben, daß in Frankreich heute der Chauvinismus keine politische Macht mehr ist (Zuruf bei den Nationalliberalen: Delcassé!) Gewiß, es hat in den letzten Tagen unter dem heftigen Widerspruch unserer Parteigenossen einer versucht, diese alten chauvinistischen schlechten Gewohnheiten neu aufleben zu lassen, und es ist ein internationales Verdienst unserer französischen Parteigenossen, daß sie gegenüber der Stimme nationaler Leidenschaft der Stimme der Vernunft und Gerechtigkeit zum Worte wird verholzen haben.

Nun ist von dem Herrn Ministerpräsidenten ein altes Schriftchen unseres verstorbenen Führers Liebknecht über die Emser Depesche mitangeführt worden und der Herr Ministerpräsident hat sich die Mühe genommen, uns ein Privatissimum darüber zu halten, wie eigentlich der Krieg entstanden sei, wer die Priorität, wer das Verdienst oder die Schuld am Entstehen jenes gewaltigen Ringens der beiden Nationen gehabt hat. Die Mühe, die da aufgewendet worden ist, war unnützlich. Für die heutige Generation ist jene Frage eine akademische. Darüber kann man in historischen Zirkeln forschen, darüber kann man auch in einem Diskussionsklub debattieren, wie der Krieg von 1870/71 entstanden ist, aber hier für die praktische Gestaltung der badischen Verhältnisse ist es wirklich gleichgültig, wer den Krieg verschuldet hat. Ganz unberechtigt aber war es, wenn der Herr Ministerpräsident seine Darlegung an unsere Adresse gerichtet hat.

Wenn uns ein Vorwurf immer und immer wieder von der bürgerlichen Gesellschaft gemacht wird, dann ist es der, daß die materialistische Geschichtsauffassung, zu der wir uns bekennen, das Wirken und die Stellung der Persönlichkeit in der Geschichte gegenüber den Einwirkungen des Milieus, gegenüber den wirtschaftlichen Notwendigkeiten zurücktreten lasse. Es ist noch niemals in unserer Presse oder in den Büchern, die unsere Partei herausgegeben hat, versucht worden, es so darzustellen, als wenn der Krieg von 1870/71 unterblieben wäre, wenn nicht der eine oder andere Staatsmann etwas geschickt hätte. Im Gegenteil, nach unserer Ueberzeugung kann heute kein Staatsmann mehr frivol einen Krieg heraufbeschwören. Die Kriege sind gewaltige, elementare Ereignisse, die herausgeboren werden wie Blitz und Donner aus den wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Es kann ein Staatsmann vielleicht für das Loschlagen einen Zeitpunkt wählen, ihn um ein paar Monate beschleunigen oder verzögern, und wenn unser Parteigenosse Liebknecht in seiner bekannten Broschüre nachgewiesen hat, daß Bismarck aus der Chamade eine Fanfare gemacht hat, daß er die Depesche „redigiert“ hat, um das Kriegsfeuer dadurch zu entzünden, so sind das Tatsachen, die Bismarck selbst nicht abgeleugnet hat, und auf die er, und zwar von seinem Standpunkt aus mit Recht, stolz gewesen ist. Aus dieser Broschüre folgt aber für unsere Stellung in dieser Beziehung nicht das Geringste. Die Broschüre war, als sie erschien, dazu bestimmt, die Kritik zu verstärken, die wir an den Vorlagen und Ausführungen der Regierungsmänner übten. Sie war auch geeignet dazu. Denn wenn das

Volk nachträglich hört, daß eine Depesche, die bei ihrer Veröffentlichung die patriotische Begeisterung in so gewaltigen Flammen aufblühen ließ, milde gesagt, redigiert war, so ist das allerdings ein Umstand, der Mißtrauen gegenüber den leitenden Persönlichkeiten der Regierung zu wecken geeignet war.

Nun ist aber von dem Herrn Ministerpräsidenten zum Kernpunkt seiner Ausführungen gemacht worden, daß wir eine feindselige Stellung einnehmen würden gegenüber dem deutschen Heere und deshalb keinen Anspruch darauf hätten, unter die vaterländisch denkenden Menschen gezählt zu werden. Das Heer aber, das auf der allgemeinen Wehrpflicht beruht, ist ursprünglich eine gewaltige demokratische Errungenschaft gewesen. Das Heer der allgemeinen Wehrpflicht ist ursprünglich geschaffen worden unter dem heftigen Widerstand der feudalen Junker, die bei Jena und Auerstädt davongelaufen sind. (Abg. Sed.: Sehr richtig!) Die Idee der allgemeinen Wehrpflicht ist ein großer demokratischer Gedanke. Aber was ist aus dieser Idee im Laufe der Zeit geworden? Statt des Volkshheers haben wir nach und nach ein Heer bekommen, das als selbständiger Körper in unserem Volkstum drinsteckt wie ein Pfahl. Ich will nur Weniges herausheben. Schauen Sie einmal hinaus, welche Empfindung die Bürgerschaft erfüllt, nicht nur die sozialdemokratische, wenn sie hört, daß in den kleinen und mittleren Städten derjenige Wirt, der einen Sozialdemokraten in seinem Saale reden läßt, sofort Militärboykott erhält. Schauen Sie, welche Empfindungen die Leute erfüllen, wenn Sie hören, daß dem Bürger, der mit seinem eigenen Gelde das Heer zu erhalten hilft, verboten wird, sein Eigentum, sein Haus, seine Säle so zu gebrauchen, wie er es für notwendig hält. Ich erinnere Sie an die Soldatenmißhandlungen. Ich habe vor einiger Zeit gelesen, daß ein gemeiner Soldat — er war im bürgerlichen Leben kein Arbeiter, sondern ein Eisenbahnassistent — von einem Unteroffizier gezwungen worden ist, seinen eigenen Speichel aufzulecken. Daran stirbt er ja nicht; aber ich frage Sie: Welche Selbstüberhebung muß in einem Vorgesetztenhirn stecken, bis er einmal einem Menschen, einem Bürger in Uniform zumutet, eine derartige ekelregende Handlung vorzunehmen. Wie muß das Bewußtsein von der Menschenwürde jedes einzelnen Soldaten schon erdötet sein, bis sich einer zu solchen Dingen herbeiläßt (Abg. Sed.: Sehr gut). Nun werden Sie ja sagen: Die Soldatenmißhandlungen werden auch von uns bekämpft, wir bedauern sie. Daran zweifeln wir nicht. Aber wir sind der Ansicht, daß es mit einem platonischen Bedauern da nicht getan ist. Wir sind der Ansicht, daß diese immer und immer wiederkehrenden Soldatenmißhandlungen notwendig erwachsen aus dem System des blinden Gehorsams, auf dem unsere ganze Heereseinrichtung beruht. Wenn im Soldaten noch der freie Bürger geachtet würde, dann wären diese Dinge nicht möglich, und Sie brauchen nur die Strafen der Höhe nach miteinander zu vergleichen, die gegenüber den Vergehen der Insubordination und den Vergehen von Mißhandlungen der Untergebenen ausgesprochen werden, um zu erkennen, daß ein großer Teil unseres Volkes nicht die Ueberzeugung hat, daß mit allem Ernste an der Begewigung dieses Flecks am Ehrenschild unserer Nation gearbeitet wird. (Zuruf: Sehr gut!)

Ich will nicht davon reden, daß die gewaltige Ausgabe last, die 1300 Millionen, die jedes Jahr unser Reichsbudget für Heer und Marine belasten, nicht geeignet sind, überall Sympathien zu erwecken. Gewiß, wir dürfen unser Vaterland nicht wehrlos machen, wir wollen es den auswärtigen Feinden nicht preisgeben. Darunter würden die Arbeiter am meisten leiden. Wir

wissen, daß diejenigen, die ihr Schäflein im Trockenen haben, wenn der Feind ins Land käme, auch ein paar Monate ohne Verdienst leben können. Diejenigen aber, die auf den Verdienst angewiesen sind, die am Samstag nur holen können, was sie in der Woche verdient haben, die würden am meisten leiden, wenn durch ein Eindringen des Feindes in das Land die Geschäfte darniederliegen würden. Im Interesse der Arbeiter zunächst wollen wir daher die Landesverteidigung, wenn wir auch mit dem gegenwärtigen Heeresystem nicht einverstanden sind, wenn wir auch ein Volksheer zur Verteidigung unserer Grenzen wollen.

Nun ist der Herr Ministerpräsident aber noch dazu übergegangen, die Stellung, die wir der Monarchie gegenüber einnehmen, zu kritisieren, und das hat ihm auch Anlaß gegeben festzustellen, daß wir anders behandelt werden müssen, als die anderen Parteien des Hauses und des Landes. Wir sind republikanisch gesinnt und haben daraus nie ein Hehl gemacht. Ich meine aber, der Herr Ministerpräsident tut uns Unrecht, wenn er angesichts dieser ihm bekannten Tatsache rügt, daß wir beim Ausbringen von Kaiserhochs und von ähnlichen Huldigungen für Monarchen nicht anwesend sind. Ich meine, er sollte uns im Gegenteil dafür dankbar sein, daß wir durch Wegbleiben es vermeiden, die Gefühle anders Empfindender zu verletzen. Ist denn dem Monarchen damit gebient, daß wir eine Kundgebung darbringen, die nicht unserer Ueberzeugung entspräche? Ebenso Unrecht hat der Herr Ministerpräsident getan und er hat sogar objektiv nicht die Wahrheit gesagt, wenn er meinte, daß wir auch den Bezeugungen der Pietät gegenüber verstorbenen Fürsten uns entzogen hätten. Das ist nicht richtig. Wir haben hier im Landtag wie im Reichstag diese Pietätsbezeugung nie unterlassen, wir sind insbesondere auch hier im Hause anwesend geblieben, als gegenüber dem verstorbenen badischen Großherzog Worte der Pietät gesprochen worden sind. Das steht nicht im Widerspruch mit unserer republikanischen Ueberzeugung, denn der Tod macht ja schließlich alles gleich. Ich sagte, es sei dem Monarchen selber nicht damit gebient, wenn wir anwesend blieben bei einer Huldigung, die nicht unserer Ueberzeugung entspräche. Im Gegenteil, es sollten gerade die Monarchisten froh sein, wenn wir das Gebiet der Heuchelei nicht noch verbreitern, das gerade in der Umgebung des Thrones zu finden ist. (Sehr gut!) Ich erinnere Sie an die Denkwürdigkeiten des Reichskanzlers Hohenlohe. Wenn Sie dort lesen, daß sehr viele derjenigen hohen Herren, die am Abend sich nicht tief genug vor der Majestät verbeugen können, dann, wenn sie heimkommen, die böshafte Bemerkungen ins Tagebuch eintragen (Sehr gut!), dann werden Sie begreifen, daß wir nicht alles für Gold ansehen, was glänzt, daß wir nicht alle Loyalitätsbezeugungen, von denen wir hören und lesen, so nehmen, wie das Volk sie nehmen soll.

Weiter hat der Herr Minister uns allein als die schwarzen Schafe hingestellt. Nun befinden wir uns in der angenehmen Lage, daß hier von Zeit zu Zeit von rechts nach links und von links nach rechts die Wahrheit gesagt wird. Auch auf diesem Gebiete haben einerseits die Nationalliberalen wiederholt konstatiert, es seien beim Zentrum Neigungen vorhanden, antimonarchische Kundgebungen zu veranstalten, und von der anderen Seite wird behauptet, bei den Liberalen sei gelegentlich die Neigung vorhanden, die monarchische Gesinnung zu revidieren. Das wiederholt zitierte Buch, dessen Verfasser der Herr Abg. Dr. Schofer ist, ist wohl nicht als ein Handbuch monarchischer Treue zu verwenden (Sehr gut!), und ich glaube, daß auch die

Artikel, die in dem aristokratisch beeinflussten „Pfälzer Boten“ erscheinen (Lachen), nicht immer als Muster monarchischer Gesinnung betrachtet werden können. Ich las da vor kurzem, daß dem heute regierenden Großherzog „Entschlußlosigkeit“ vorgeworfen wird, daß ihm ein Vorwurf daraus gemacht wurde, daß er es noch nicht für notwendig gehalten habe, in das schöne große Schloß zu ziehen, daß er es für richtiger hält, in der kleinen Villa, wo er bisher war, zu bleiben. Den Sozialdemokraten ist es noch nie eingefallen, sich in derartige private Dinge einzumischen, höchstens lehnen sie von Zeit zu Zeit die Mittel zur Erbauung von Schlössern ab, weil sie der Ansicht sind, daß offenbar zu viel Schlösser da sind (Sehr gut!), daß es nicht nötig ist, neue zu errichten, wenn sie doch nicht verwendet werden.

Nun hat der Herr Ministerpräsident zur Begründung seiner Stellungnahme ziemlich weit in der Geschichte zurückgegriffen, und da wird er es mir nicht verdenken, wenn ich nur ganz wenig Notizen aus dem großen Kuchenteig der Geschichte herausgreife, um zu zeigen, daß im Punkte der monarchischen Treue Sie allesamt Sünder sind. Die großen bürgerlichen Revolutionsbewegungen in Frankreich und England haben damit geendet, daß einem König in Frankreich, einem König in England das Haupt vor die Füße gelegt worden ist. Es waren aber keine Sozialdemokraten, die Ludwig XVI. und Karl I. haben hinrichten lassen. Waren es weiter vielleicht Sozialdemokraten, die den Großherzog Leopold im Jahre 1849 aus dem Schloß und aus dem Lande verjagt haben? Waren es nicht vielmehr die Väter oder die Großväter derjenigen, die sich heute als die Stütze der Monarchie gerieren? Auch das deutsche Reich, an dessen Erhaltung und Ausgestaltung auch die Arbeiterschaft interessiert ist, steht seiner Entstehungsgeschichte nach durchaus auf vulkanischem, auf revolutionärem Boden. Ein Revolutionär von oben, Bismarck, ist damals mit dem Gottesgnadentum rauh umgesprungen. Waren es denn sozialdemokratische Revolutionäre, welche den Herzog von Nassau von Thron und Land vertrieben haben (Sehr gut!), waren es Sozialdemokraten, die dem Geschlecht, aus dem unsere jetzt regierende Großherzogin hervorgegangen ist, das Szepter genommen haben? (Sehr gut!) Ich glaube nein. Der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, daß die Entstehung des deutschen Reiches auf die Arbeit derjenigen Kreise gerade zurückzuführen sei, die wir bekämpfen, auf den sogenannten Hurrahpatriotismus. Ich will auf das Verdienst einzelner Personen um die Entstehung des deutschen Reiches hier nicht abheben, es muß aber doch betont werden, daß ohne die Jahre 1848/49 es kein 1870/71 gegeben hätte. Das ist eine Binsenwahrheit, und wenn der Herr Ministerpräsident gemeint hat, die Entstehung unserer gewaltigen deutschen Industrie sei auf den Hurrahpatriotismus jener Zeit zurückzuführen, so will ich doch hervorheben, daß unsere deutsche Industrie nicht möglich war ohne unsere intelligente deutsche Arbeiterschaft, die in der Welt nicht ihresgleichen hat! (Abg. Seck: Sehr gut!) Der Herr Ministerpräsident (und das ist ja begreiflich bei dem Willen, in dem er kraft seines Amtes leben muß) überschätzt die Bedeutung der Monarchie. Es gibt zurzeit gar keine monarchische Frage, es ist mir nicht bekannt, daß hier im Hause ein Antrag auf Abänderung der Verfassung in dem Sinne gestellt worden ist, daß an Stelle des Großherzogs ein preussischer Oberpräsident gesetzt werden solle (Lachen). Die Bedeutung der monarchischen Frage, die politische Bedeutung für das Mögliche, für das, was uns heute beschäftigt, besteht nur in der Phantasie mancher Leute, die nicht mit Realitäten

rechnen. Ich erinnere Sie daran, daß der verschrieene radikale August Bebel an sichtbarer Stelle erklärt hat, wenn er die Wahl hätte zwischen einer Monarchie wie England, wo die Rechte des Volkes und des Einzelnen respektiert würden, und einer Selbstrepublik wie Nordamerika oder Frankreich, da würde er ohne Bedenken England wählen. Sie sehen, wir Sozialdemokraten sind der historisch gewordenen Monarchie gegenüber viel objektiver, als die Regierung der historisch gewordenen und entwickelten Sozialdemokratie gegenübersteht.

Der Herr Ministerpräsident hat dann zur Unterstützung seiner Auffassung namentlich darauf verwiesen, wir wollten unsere Ziele nicht auf gelegentlichem Wege durchsetzen, sondern eventuell durch Gewalt. Er hat zu diesem Zwecke meinem Freunde Kolb und mir die Ehre erwiesen, Reden und Schriften von uns zu zitieren. Er hat dabei auch die Unterscheidung von sogenannten Revisionisten und den radikalen Elementen in der Sozialdemokratie gemacht. Ich will hier feststellen: In dieser Frage gibt es keinen Unterschied zwischen gemäßigten und weniger gemäßigten Elementen innerhalb unserer Partei. Wir alle wünschen und hoffen sehnlichst, unsere wirtschaftlichen und unsere politischen Ziele auf friedliche Weise zu erreichen. (Sehr gut!) Wenn es anders käme, dann hat schon Goethe dafür das Rezept gegeben, indem er sagt: „An allen Revolutionen sind die Regierungen schuld.“ England hat ihnen ein Beispiel dafür gegeben, wie man große soziale Forderungen einer Klasse erfüllen kann, ohne das Volk zur Verzweiflung und zur Gewalt zu treiben. Der einzige große konservative Staatsmann, den das letzte Jahrhundert gesehen hat, Disraeli, war es, der das Wort von den „Zwei Nationen im Staat“ geprägt hat. Er war es, der den Blick dafür hatte, daß ein Teil der Nation mehr Appetit hat als wie Essen und der andere Teil mehr Essen wie Appetit, und er hat es von seinem konservativen Standpunkt aus nicht für seine Aufgabe gehalten, diese durch das Wirtschaftsleben gegebene Klüft zu vertiefen, zu erweitern, sondern er hat versucht, sie zu überbrücken, aber nicht dadurch, daß er den Arbeiter seiner brüderlichen Gesinnung versicherte, sondern dadurch, daß er den Arbeitern die gleiche Berechtigung zu geben versucht hat (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), dadurch, daß er den Arbeitern das Bewußtsein gab, daß sie der Staatsgewalt gegenüber einen schlechten Rock anhaben. Das, meine Herren von der Regierungsbank, wäre konservative Politik. Wenn Sie diese treiben, dürfen Sie sicher sein, daß die Zensuren, die der Herr Staatsminister so wenig liebt, vielleicht freundlicher ausfallen werden!

Nun hat der Herr Ministerpräsident als gewissermaßen auf einen Wendepunkt auf Jena hingewiesen und hat gesagt, dort sei eine Resolution, die sich auf den Boden der Gewalt stelle, angenommen worden; die Revisionisten seien unterlegen. Die Resolution von Jena wurde angenommen, ich glaube mit 287 gegen 14 Stimmen, sie wurde auch von dem weitaus größten Teil der sog. Revisionisten gebilligt, und mit Recht. Denn was sagt sie? Die Besprechung in Jena war durch die bedrohlichen Gerüchte hervorgerufen, daß gewisse Mitglieder in Preußen die Art an das Reichstagswahlrecht legen wollen, und in der Resolution war festgelegt, daß bei einem Anschlag auf das Reichstagswahlrecht die Arbeiterschaft die Pflicht habe, ihr äußerstes zu wagen, und ev. auch durch die Niederlegung der Arbeit für die Erhaltung ihrer Rechte einzutreten (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Ist denn das nicht ein Standpunkt, den Sie erwartet haben? Haben Sie vielleicht geglaubt, daß die drei Millionen deutscher Arbeiter sich das nehmen lassen, was

sie solange besitzen? Sie preisen den Dichter Schiller, der gesungen hat: „Nichtswürdig sei die Nation, die nicht ihr Alles freudig an ihre Ehre setzt!“, und wären die deutschen Arbeiter nicht ehrlöse Tröpfe, wenn sie sich ein verfassungsmäßiges Recht, das sie so lange haben, wieder aus der Hand winden ließen? (Abg. Ged.: Sehr richtig!) Darin sind wir alle einig, Revisionisten wie Radikale (und ich bin überzeugt, auch große Teile des gerecht empfindenden Bürgertums), daß die Arbeiterschaft nicht bloß das Recht, sondern auch die verdammte Pflicht und Schuldigkeit hat, den Boden zu verteidigen, auf dem sie steht, nämlich den Boden des Gesetzes und der Verfassung (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten).

Nun wurde aber hingewiesen darauf, daß vielleicht die preußischen Arbeiter wegen der Haltung der preußischen Regierung ebenfalls zu dem Mittel des politischen Massenstreikes greifen würden. Wir sind die Absichten unserer preußischen Kameraden nicht bekannt. Das eine aber muß ausgesprochen werden, daß wir mit tiefer Sympathie und mit heißem Wunsch auf Erfolg die Bestrebungen unserer preußischen Kameraden begleiten. Wir wollen es ihnen nicht verdenken, daß 6 Millionen Menschen sich in eine einflusslose dritte Wählerklasse nicht zusammenschließen lassen wollen, daß sie sich von einer ganz verschwindend kleinen junkerlichen Minderheit nicht beherrschen lassen wollen. Der Herr Staatsminister hat behauptet, daß in diesem Hause von „Einrichtungen“ Preußens verächtlich gesprochen worden sei. Ich glaube, es ist von keiner anderen Einrichtung geredet worden als vom preußischen Dreiklassenwahlrecht, und da meine ich: Wenn ein Mann wie Bismarck dieses Recht als das erbärmlichste aller Wahlsysteme bezeichnen durfte, wenn er von einer Einrichtung des preußischen Staates an verantwortungsvoller Stelle so reden durfte, da vergeben wir süddeutsche Abgeordnete uns gar nichts und tun auch dem preußischen Staat kein Unrecht, wenn wir ebenfalls unsere Meinung sagen (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Die preußischen Abgeordneten, namentlich diejenigen, die dem Junkertum nahe stehen, sind keineswegs immer so zimperlich gewesen, wie wir sein sollen. Als die süddeutschen Staaten förmlich mit einer Mobilmachung preußischer Regimenter gegen das bayerische und badische Wahlrecht zu drohen. Zu einer Verteidigung der Preußen war für den Herrn Staatsminister also kaum ein Anlaß gegeben. Die Preußen wissen sich schon selber zu helfen.

Dann hat der Herr Ministerpräsident auch daran Anstoß genommen, daß wir in Presse und Versammlung von den Attentätern, die in Rußland gegenüber Regierungsorganen nicht mit gesetzlichen Mitteln, sondern mit Gewalt und mit der Bombe vorgehen, angeblich sympathisch sprechen. Jedes Land hat diejenige Arbeiterbewegung, die es verdient. England hat seine gewaltige, große gewerkschaftliche Bewegung mit der darauf aufgebauten Arbeiterpartei. Rußland hat diejenige Arbeiterbewegung, diejenige revolutionäre Bewegung, die die russischen Verhältnisse verdienen. Wer Wind sät, der wird Sturm ernten. Und wenn uns, wenn unserer Presse ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß wir den Kampf der russischen Helden — ich nenne das Wort absichtlich, mit vollem Bewußtsein — sympathisch verfolgen, so will ich feststellen: Ich habe noch niemals in einem Organ der badischen Regierung eine Mißbilligung, eine empörende Mißbilligung darüber gelesen, daß von Zeit zu Zeit unter dem Protektorat der russischen Regierung Tausende von Juden hingeschlachtet werden.

Ich habe noch niemals einen Tadel darüber gelesen, daß wehrlose Gefangene und Frauen in den Gefängnissen Rußlands und Finnlands gefoltert und gepeinigt werden. Ich habe noch niemals ein Wort dagegen gehört, daß die russische Regierung in brutaler Verletzung ihrer Verfassung zweimal ihre Volksvertretung heimgeschickt hat (Abg. Sed: Sehr richtig!), daß sie mit dem Staatsstreich statt mit den Gesetzen regiert.

Wir können uns in die russischen Verhältnisse nicht weiter einmischen als mit der Konstatierung, daß wir gegenüber der Solidarität der Regierungen, die so lange Zeit in Rußland den Vorkämpfer der Reaktion erblickt haben, die Solidarität der freiheitsliebenden Völker setzen. (Abg. Sed: Bravo!) Es ist recht eigenartig; ich habe vor kurzem alte Dokumente aus den vierziger Jahren in der Hand gehabt, und fast Wort für Wort wurden die gleichen Vorwürfe, die jetzt gegen uns gerichtet werden, damals an die Adresse der Liberalen und Demokraten erhoben. Damals wurde ihnen vorgeworfen, daß sie ihre vaterländischen Pflichten verletzten, weil sie sich für die Freiheitsbestrebungen der Polen und Italiener begeisterten. Die Zeiten haben sich gewandelt. Eines nur ist der ruhende Pol geblieben, und das ist die Regierung in ihrem Mangel an Verständnis für große Volksbewegungen, in ihrer mangelnden Einsicht dafür, daß heute im Zeitalter des Verkehrs keine Nation und keine Partei, aber auch keine Regierung sich mehr auf den Isolierschemel setzen darf. Wir wissen, daß auch die Verhältnisse in Deutschland dadurch mitberührt werden, wie die Verhältnisse in einem so großen Nachbarreiche sich gestalten. Wenn man Gelegenheit genommen hat, manchmal das eine oder andere in unserem badischen Heimatlande erfreulich zu finden, so ist dies vielleicht beeinflusst durch die Tatsache, daß wir zwei große Republiken in der Nachbarschaft haben. Preußen würde vielleicht in mancher Beziehung heute nicht mehr so rückständig sein, wenn es statt eines absolutistischen Reiches die Schweiz oder ein anderes modern regiertes Land an der Grenze hätte.

Nun bin ich aber der Auffassung, daß die Behauptung der Regierung, sie könne mit uns nicht zusammenschaffen, weil wir Gewalt predigen, der Prüfung nicht Stand hält. Wenn die Regierung lediglich bewegen uns politisch isolieren will, weil wir uns angeblich nicht auf den Boden der Verfassung stellen, dann müßte umgekehrt die Regierung auch in schärfster Weise Stellung nehmen gegenüber denjenigen sehr hochgeborenen Herren, die bei jeder Gelegenheit ihre Ueberzeugung zum Ausdruck bringen, daß das Reichstagswahlrecht abgeschafft werden muß (Abg. Sed: Sehr gut!). Die Volksvertretung und die Monarchie sind nach unserer deutschen Reichsverfassung und nach den Verfassungen der Bundesstaaten gleichberechtigte Faktoren. Erst jetzt wieder im Zusammenhange mit dem Kampfe um das preussische Wahlrecht haben wir aber in großen führenden konservativen Blättern gelesen, daß es eine Aufgabe der Reichsregierung sei, das Reichstagswahlrecht abzuschaffen. Es wurde wiederholt von führenden konservativen Politikern die Oktroyierung eines neuen Wahlrechtes verlangt. Ist das etwas anderes, als daß an die Stelle der Verfassung und des Rechtes die Gewalt gesetzt werden soll? Die Gewalt von oben allerdings! Wir haben in unserem badischen Heimatlande einen früheren Diplomaten und einen jetzigen Staatsrechtslehrer, den Herrn Prof. v. Jagemann, der unter dem Widerspruch der ganzen Wissenschaft schon eine Theorie zum Staatsstreich aufgestellt hat, der die Meinung verfochten hat, die deutschen Bundesfürsten könnten durch Verordnung unter Uebergehung der Landtage und des Reichstages selbständig, sobald sie es für notwendig halten, ein neues

Wahlrecht, eine neue Verfassung geben. Es hat, so oft auch in der Geschichte eine Regierung Gewalt anwenden wollte, noch niemals an Leuten gefehlt — es waren meist Juristen —, die dann die theoretische Begründung nachträglich dazu gegeben haben. Hier aber ist schon im voraus förmlich die Aufforderung gegeben, doch die Leiter zu bestreiten, die zu den Höhen der staatsmännischen Gewaltpolitik führt. Ich habe nicht gehört, daß angesichts derartigen Leistungen, angesichts von Äußerungen, die im Widerspruche mit der Verfassung stehen, die Groß-Regierung oder der Herr Ministerialpräsident erklärt haben; derartige Leute müssen wir außerhalb unserer politischen Berechnungen lassen. Im Gegenteil, der Herr Ministerialpräsident hat bei seinem Versuch, den Makler unter den Parteien bei der Präsidentenwahl zu machen, gerade diejenige kleine Gruppe hier ins Präsidium bringen wollen, aus deren Reihen heraus immer wieder die Verfassung des deutschen Reiches, das Reichstagswahlrecht, angegriffen und gefährdet wird (Sehr richtig! bei den Soz.). Im Widerspruche mit dem parlamentarischen Brauch wollte er diese kleine Gruppe von ein paar Männlein, die keinen Anspruch auf Teilnahme am Präsidium hatte, am Präsidium beteiligen! Sie werden uns also nicht übel nehmen, wenn wir noch nicht davon überzeugt sind, daß die Schen vor den Gewaltspolitikern es ist, die Sie abhält, uns auf gleichem Fuße mit den anderen Parteien zu behandeln, nicht bloß dem Worte nach, sondern auch nach den Taten.

Nun ist ja vom Herrn Ministerialpräsidenten aber auch die praktische Konsequenz aus seinen theoretischen Erörterungen gezogen worden, und die Gerechtigkeit gebietet mir, anzuerkennen, daß er darin nichts Neues geboten hat, sondern hier den Spuren seines Vorgängers, des Herrn Ministers Schenel, gefolgt ist. Dieser hat erklärt, nach seiner Ansicht dürfe ein Sozialdemokrat nicht Staatsbeamter sein. Es hat Zeiten gegeben, in denen diese mangelnde Fähigkeit, dem Staate zu dienen, auch für jene Seite (auf das Zentrum weisend) des Hauses gegolten hat (Abg. Schöfer: Sie liegen noch nicht sehr lange zurück!) Es ist ein gefährlicher, abschüssiger Boden, auf den sich da die Regierung begeben hat. Jedenfalls ist es aber nicht der gerade Boden des Rechtes und der Verfassung (Abg. Sed: Sehr gut!) Wir haben im Deutschen Reiche drei Republiken: Lübeck, Hamburg und Bremen. Wie würden Sie sich empören, wenn die Senate dieser Republiken vielleicht zu der Ansicht kämen, daß monarchisch gesinnte Beamte in diesen republikanischen Bundesstaaten nicht zur Anstellung kommen dürften! Sie zweifeln doch sicher nicht daran, daß es auch Monarchisten in diesen Republiken gibt, Sie bei Ihrer Ueberzeugung von der Güte der monarchistischen Staatsform werden doch sicher sein, daß diese monarchistische Ueberzeugung auch vor den Grenzen von Hamburg, Lübeck und Bremen nicht Halt macht! Die Frage stellen, heißt sie beantworten. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Im Privatleben, im Wirtschaftsleben, hat es ja eine Zeit gegeben, die demjenigen Stadium entspricht, in dem sich heute die politische Anschauung der Regierung befindet. Es gab Jahre, in welchen die Unternehmer, die Fabrikanten erklärt haben: Man kann uns nicht zumuten, einen Sozialdemokraten in unserem Betriebe als Arbeiter oder als Techniker zu beschäftigen; die Sozialdemokraten wollen ja das Privateigentum an Betriebsmitteln, an Maschinen, an Fabriken, an Bergwerken abschaffen; wie sollen wir nun Arbeiter oder Techniker beschäftigen, die die Grundlage unseres Betriebs, das Privateigentum an Produktionsmitteln, verneinen? Diese Anschauung war verbreitet, sie ist aber geheitert, sie ist zu Schanden geworden an der Stärke der Tatsachen, an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Die sozialdemokratische Anschauung,

eine Weltanschauung, hat sich verbreitet, es sind Millionen, die sich zu ihr bekennen, und heute kann man 3/4 Millionen deutscher Männer nicht mehr aus dem Wirtschaftsleben ausschalten. So haben sich unsere Unternehmer zum größten Teile dazu bequemt, die Leute ohne Rücksicht auf ihre politische Gesinnung zu beschäftigen, wenn sie im Betriebe nur ihre Pflicht tun, und dabei werden sie meistens gut fahren.

Ich glaube die Regierung wird schließlich durch dieselbe Macht der Tatsachen dazu gezwungen werden, auch für die Staatsbetriebe und für die Staatsverwaltung dasselbe festzusetzen. Wenn ein Beamter innerhalb seines Pflichtenkreises sein Bestes tut, dann geht es die Regierung nicht das geringste an, welche politische Gesinnung er hat (Abg. Geck: Sehr gut!); wenn der Beamte das tut, wozu er bestellt ist, dann hat er alles das erfüllt, was von ihm verlangt werden kann. Wenn er dazu übergehen sollte, in irgend einer Richtung seine wirtschaftlichen oder politischen Ideale mit ungesetzlichen Mitteln der Erfüllung näher zu bringen, dann bietet (zur Regierung) Ihnen das Strafrecht, dann bietet Ihnen das Disziplinarrecht Handhaben genug, um den Staat zu schützen. Ich erinnere Sie nur daran, wie schnell und mit wie langem Arm man meinen Parteigenossen Liebknecht gepackt hat, weil er den Gedanken ausgesprochen haben soll, daß man mit Gewalt unter Benützung des Heeres unsere heutige Gesellschaftsordnung erschüttern müsse. Ich meine, die Zeiten sind vorbei, in welchen die Regierung gelegentlich einen Einfluß auf die Denkweise ihrer Angestellten beanspruchen darf. In jenen Jahren, in welchen deutsche Landesväter die Söhne des Landes um gutes Geld an das Ausland verkauft haben, in jenen Jahren, in welchen diejenigen Monarchen, die in Geldnot waren, ihre Dörfer und Untertanen verkauft, oder wenigstens auf eine bestimmte Zeit verpfändet haben, in jenen Jahren galt der Grundsatz: Cuius regio, eius religio; welche Religion der Monarch hat, die haben auch die Untertanen zu bekennen. Aber wir wollen jenen alten entsetzlichen Grundsatz nicht auf unser modernes Staatsleben übertragen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Die Regierung soll nicht wünschen, über Gewissen zu herrschen; sie soll nicht wünschen, daß so, wie früher jene Untertanen ihre Religion wechseln mußten, jetzt die Beamten ihre Gesinnung und ihre politische Ueberzeugung wechseln müssen, wie es der Regierung paßt. Damit würde der Regierung auch gar kein Gefallen erwiesen; sie würde damit nur ein gewaltiges Streberheer in den Dienst des Landes stellen, ein Heer von Leuten, die ihre Existenz nur auf Heuchelei aufbauen müßten.

Ich bin damit zu der Stellung gekommen, welche gegenüber diesen einzigen positiven Vorschlägen und Anschauungen der Regierung die einzelnen Parteien einnehmen. Das einzige Positive an den Erklärungen der verschiedenen Herren Regierungsvertreter war ein Negatives: Unter allen Umständen, ob wir einen Ruck nach rechts oder einen Ruck nach links machen, oder ob wir (was ich befürchte), auf demselben Flecke sitzen bleiben, ohne die Sozialdemokraten! Das ist doch ein sehr, sehr dürftiges Programm, ein Programm, das darauf aufgebaut ist, daß nahezu hunderttausend badischer Bürger von der Gestaltung der Dinge ausgeschaltet werden. Ein solches Programm kann nicht ein gutes, nicht ein richtiges Programm sein.

Es ist dann eine merkwürdige Differenz zu Tage getreten in der Beurteilung, die dieses sogenannte Programm in diesem hohen Hause gefunden hat. Wenn man die Reden der beiden großen Parteien hört, dann greift man sich an den Kopf und fragt: ja, wemzuliebe hat denn nun eigentlich die Regierung geredet? Der Herr Abg. Gießler hat sich gestern ziemlich zufrieden über

die Erklärungen der Groß. Regierung geäußert und der Herr Abg. Obkircher war heute nicht minder zufrieden. Das scheint mir aber nicht sowohl dafür zu sprechen, daß die Anschauungen der beiden Parteien sich genähert haben, als dafür, daß die Regierung einen bedauerlichen Mangel an Klarheit gezeigt hat (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Wenn denn jede Regierung eine Etikette, eine Bezeichnung, haben muß, dann würde ich diese Regierung die Regierung der Unklarheit und der Ungerechtigkeit nennen. . . . (Glocke des Präsidenten).

Präsident Fehrenbach (unterbrechend): Dieser Ausdruck ist . . .

Abg. Dr. Frank (einfach und weiterfahrend): Einen Moment, ich wollte gerade ergänzend beifügen (Seiterkeit, Zurufe, Lachen beim Zentrum): Die „Ungerechtigkeit“ natürlich lediglich objektiv gemeint, lediglich so gemeint, daß die Minister das Beste wollen, daß sie es aber auf Wegen wollen, die wir für durchaus ungerecht halten müssen (Lachen).

Nun ist ja in all den Debatten als Kernpunkt der badischen Politik die Stellungnahme der Parteien und der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie bezeichnet worden, und wir können uns ja eigentlich darüber freuen. Ich meine, das Volk im Lande draußen wird sich sagen: Es muß doch eine gewaltige Bedeutung um eine Richtung und eine Fraktion haben, wenn die ganze Gestaltung der badischen Politik davon abhängt, wie diese Fraktion sich zu den Parteien, und wie die Parteien sich zu dieser Fraktion stellen.

Der Herr Abg. Gießler hat ja schon über die Gestaltung der nächsten Landtagswahlen geredet, er hat sich auf das Prophezeien verlegt und uns schon im voraus seinen Segen erteilt, wenn eine Wiederholung des Stichwahlverhältnisses von 1905 eintreten sollte. Ich glaube nun — und darin will ich einmal dem Herrn Staatsminister recht geben — gründlicher als wie das Stichwahlabkommen von 1905 ist selten ein taktischer Vorgang, ein taktisches Vorgehen verschiedener Parteien in einem Landtag erörtert worden, und der Herr Abgeordnete Gießler sollte wirklich endlich einmal aufhören, sich unsere Köpfe zu zerbrechen über die Frage, was bei der nächsten Landtagswahl geschehen wird. Vor allem aber darf auch ich mich dagegen verwahren, daß immer und immer wieder von seiten der Zentrumsredner und Blätter das Zusammengehen unserer Partei mit den Liberalen als etwas Neues, als etwas Besonderes hingestellt wird, was man an eine bestimmte höherstehende Adresse weitergeben muß (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Das Zentrum hat noch niemals daran Anstoß genommen, wenn seine Leistung es für notwendig gefunden hat, mit uns zusammenzugehen. Aber es hat es immer getan nach der Devise, die Heinrich Heine in die Worte gekleidet hat: „Blamier mich nicht, mein liebes Kind, und griß mich nicht unter den Linden, wenn wir nächster — beim Wählen sind, wird sich schon alles finden!“ (Seiterkeit, — Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Wir haben in der Stichwahl von 1905 das neue bedeutende Moment, daß wir mit einer großen bürgerlichen Partei rückhaltlos und offen für taktische Zwecke, zusammengearbeitet haben, und ich will auch an dieser Stelle aussprechen, die Art, wie dieses Abkommen, das in seinen Motiven und Zwecken klar vor aller Welt lag, gehalten worden ist, das hat, glaube ich, beide Teile der Vertragsschließenden geehrt. Es wurde treu gehalten auf beiden Seiten trotz der großen wirtschaftlichen und politischen Gegensätze, die zu überbrücken

zu überwinden waren (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Diese Tatsache allein beweist, daß das Abkommen von 1905 nicht ein zufälliges Ereignis gewesen ist, nicht in seinem Zustandekommen abgehängt hat von der größeren oder geringeren Einsicht einzelner Führer oder von der Laune und den Neigungen einzelner Parteien — nein, wenn ein Abkommen aus dem natürlichen Empfinden der Masse und aus den natürlichen Bedürfnissen, aus der Not der Zeit herausgewachsen ist, so ist es jenes Abkommen gewesen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Ob die Verhältnisse heute noch so sind wie damals, und ob sie bei der nächsten Wahl noch so sein werden, das weiß ich nicht. Es ist bekannt worden, daß das Abkommen lediglich ein taktisches gewesen sei, und es wurde auch in den Veröffentlichungen von beiden Seiten ausdrücklich hervorgehoben, daß man unter Wahrung der Grundzüge für beide Parteigruppen ein taktisches Zusammengehen. Aber immerhin ist die Behauptung, von einem solchen taktischen Zusammengehen cum grano salis zu verstehen, denn es ist ein taktisches Zusammengehen zwischen verschiedenen Parteigruppen, ein offenes Zusammengehen nur dann möglich, wenn in gewissen wichtigen Fragen Verührungspunkte, gemeinsame Interessen vorhanden sind, und insofern geht das Gebiet der Taktik auch in das Reich der Grundzüge über. Deswegen hat auch mein Freund Kolb nicht gehabt, wenn er in diesem Zusammenhang darauf hinwies, es werde nicht bloß von den Zeitumständen, sondern auch von dem Verhalten der beteiligten Parteien abhängen, ob ein ähnliches Abkommen wieder möglich sein wird, nicht bloß möglich sein wird für die Führer und die Parteien, sondern — und das ist das Entscheidende — möglich sein wird, gegenüber der Haltung der Massen, der Wähler draußen im Lande. Das ist sicher, daß, wenn gerade auf demjenigen Gebiet, welches wohl den Ritt abgegeben hat für das taktische Zusammengehen, nämlich der Liebe zur badischen Volksschule, sich Unzuverlässigkeit (und es waren Anzeichen davon vorhanden) bei dem einen Kontrahenten zeigen sollte, es wohl unmöglich ist, daß sich ähnliches wiederholt. Doch das sind Dinge, die im Schoße der Zukunft liegen, das sind Dinge, über die sich hier weiter auszusprechen wohl keinen Zweck haben kann.

Ich bedauere außerordentlich, daß ich bei der vorgezeichneten Zeit und bei der Befürchtung, daß ich vom Herrn Staatsminister eine noch schlechtere Note bekomme, als ich sie schon befürchte (Geiterkeit), nicht näher auf den sachlichen Teil des Budgets eingehen kann. Ich will einige wichtige Punkte nur ganz kurz streifen. Da ist namentlich die Frage, die der Herr Abg. Obkircher herausgehoben hat, die Frage der Verwertung unserer Wasserkräfte. Da bin ich allerdings der Meinung, daß von keiner Seite des Hauses der Regierung sachlich ein schärferes Mißtrauensvotum gegeben worden ist, als von dem Herrn Abg. Obkircher durch seinen Vorschlag, so eine Art Wasserkammer, eine Wasserverwertungskammer einzurichten (Geiterkeit), denn die Aufgabe, die dieser neuen Korporation zugewiesen werden soll, die Sammlung der Gutachten, die Sammlung der Meinungen der sachverständigen Techniker, der Beizug der beteiligten kaufmännischen und Laienkreise, das wäre wohl verstandene Aufgabe der Großh. Regierung (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und namentlich des Ministers des Innern. Wenn der Herr Abg. Obkircher in seiner entgegenkommenden Weise, in seiner Höflichkeit gegenüber der Regierung vorgeschlagen hat, wir wollen hier eine besondere Kammer, so bedeutet das, in verständliches Deutsch übersetzt: Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die Regierung entgegen den Wünschen des ganzen badischen Volkes, entgegen dem deutlich ausgesprochenen

Willen der Volksvertretung die Wasserkräfte nicht so bewertet, wie wir im Interesse des Landes wünschen müssen. Ich will bei dieser Gelegenheit die Bitte einfließen, daß doch die Großh. Regierung nicht noch ein zweites Mal die Gelegenheit verpassen soll, die zum Teil schon verpaßt ist. Es ist die Nachricht durch die Blätter gegangen, daß in Baden Kalilager entdeckt seien oder daß Aussicht bestünde, solche zu entdecken. Wenn sich das bewahrheiten sollte, dann möchte ich doch an dieser Stelle die bestimmte Erwartung aussprechen, daß derartige Naturerschätze dann im Interesse der Allgemeinheit verwertet werden und nicht dem privaten Kapital überantwortet werden, wie es zum Teil leider schon mit den Wasserkräften am Oberrhein geschehen ist.

Ich hätte sehr gerne gehört, wenn an Stelle des sehr grohen Fragezeichens, das uns die Regierung gegeben hat, uns auch etwas Positives über ihre Absichten gegenüber der notwendigen Reform der Gemeindeordnung, der Städteordnung, der Kreisvertretung mitgeteilt hätte. Ich glaube nicht zu viel zu sagen, wenn ich meine, daß das Land auf die Stellungnahme der Regierung zu diesen notwendigen Reformen viel neugieriger gewesen wäre, als auf die geschichtlichen Exkursionen, die uns am letzten Samstag geboten worden sind. Ich will die Erwartung aussprechen, daß, nachdem unser Landtagswahlrecht im modernen Sinne reformiert ist, auch die Gemeindevertretungen, die Städtevertretungen, die Kreisvertretungen künftig nicht mehr nach einem veralteten Wahlverfahren zusammengesetzt werden.

Endlich hätte ich auch gerne gegenüber den allgemeinen und wohlwollend gehaltenen Versicherungen des Herrn Ministerpräsidenten etwas Positives gehört über das, was auf dem Gebiete der Sozialpolitik beabsichtigt ist. Wer von Ihnen (ich nehme an, es sind alle) das Buch des Herrn Bittmann, des Vorstandes unserer badischen Fabrikinspektion, über die Heim- und Hausarbeit in Baden in die Hand genommen hat, wird finden, daß wir in Baden geradezu ein klassisches Land der Schäden dieser Heimarbeit besitzen, der wird finden, daß bei den Sesselmachern im Weinheimer Bezirk, bei den Kartonnagearbeitern, den Lädlesmacherinnen in Lahr, bei den Strohschlechtern auf dem Schwarzwald Zustände herrschen, von denen die Masse der Bevölkerung keine Ahnung hat. Er wird finden, daß es in Baden viele Tausende von Menschen gibt, für die das Fleisch ein ganz seltener Artikel ist, die nicht einmal an Sonntagen sich dieses Genußmittel — denn ein Nahrungsmittel ist es für sie nicht — leisten können. Da hätte ich recht gerne positive Vorschläge von der Regierungsbank gehört. Namentlich hätte ich auch über die Haltung gerne etwas erfahren, die von von Seiten der Regierung bei der Beratung im Bundesrat über Abstellung der Schäden der Heim- und Hausarbeit eingenommen worden ist.

Nun, weil ich beim Fleischessen bin, das sich manche Leute haben abgewöhnen müssen, würde ja die Verführung sehr nahe liegen, darauf einzugehen, wer die Schuld daran hat, daß die Lebensmittel in Deutschland und in Baden so verteuert worden sind. Ich will auf die Zollpolitik nicht mehr eingehen, nur das eine sagen, daß die rechte Seite der linken Seite und die linke Seite der rechten Seite nichts vorzuwerfen hat, wenn es sich darum handelt, die Schuldigen für die große Verteuerung der Lebensmittel festzustellen. Wenn wir einen Blick in Budget werfen, wenn wir sehen, wie unsere Staatsanstalten, die Gefängnisse, die Spitäler Tausende von Mark Mehraufwand erfordern, weil die Lebensmittelpreise gestiegen sind, dann erübrigt sich jede Debatte darüber, ob wirklich eine Lebensmittelnot im badischen Lande herrscht.

Zu will weiter bei der vorgeschrittenen Zeit auf die Frage nicht näher eingehen, wer die Schulden des Reichs auf dem Gewissen hat, wer, die Nationalliberalen oder das Zentrum, am meisten oder am wenigsten vergessen hat, daß die Reichsschulden auch schließlich einmal getilgt werden müssen. Ich will nur der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß die Politik, die der neue Herr Finanzminister angekündigt hat, nicht dem Interesse des badischen Volkes entspricht, daß es namentlich im Lande großes Bestreben hervorrufen wird, daß der badische Finanzminister zur Verteidigung der badischen Tabakinteressen offenbar so wenig getan hat. (Zuruf: Sehr gut!) Mein Freund Pfeiffle wird vielleicht noch Gelegenheit nehmen, als früherer Tabakarbeiter auf diesen Punkt einzugehen. Heute nur so viel, daß nach meiner Ansicht die Ausführungen eines badischen Ministers über den Tabak sehr starker Tabakgegner sind (Zuruf: Sehr gut!), wenn behauptet wird, daß die badischen Interessen, der bäuerlichen, wie der Arbeiterbevölkerung durch die beabsichtigte Tabaksteuer nicht gefährdet werden. Das eine ist sicher: Mittelstandspolitik, die Sie zu treiben so gerne behaupten, werden Sie damit nicht treiben. Die weniger kapitalkräftigen Kreise des Handels und der Fabrikation werden den Atem verlieren, und Sie werden immer nur für die Kreise arbeiten, die zuletzt, nach meiner Ueberzeugung, auch der Regierung über den Kopf wachsen werden, das sind die Kreise des großen Kapitals. Wer die Augen aufmacht, der muß doch sehen, daß in den letzten Jahren die Konzentration der großen Kapitalien in unserem deutschen Vaterlande ein Tempo eingeschlagen hat, wie es in der ganzen Welt, einschließlich Amerikas, sonst nirgends der Fall war. Schauen Sie doch, wohin Sie wollen. Die kleinen Privatbanken sind fast überall verschwunden, oder, wenn sie noch ihr Dasein äußerlich fristen, dann sind sie nichts weiter als Filialen der großen Berliner kapitalkräftigen Banken mit einem anderen Firmenschild. Das ist eine Erscheinung, an der auch die Regierung eines kleinen Staates nicht gleichgültig vorübergehen darf und Sie sollten von Ihrem Standpunkt aus, der den Mittelstand schonen will, die Maßregeln vermeiden, die mit Notwendigkeit zur weiteren Stärkung dieser gewaltigen Kapitalmacht führen.

Heute schon sind in der Hand der Deutschen Bank, der Dresdener Bank, der Darmstädter Bank und wie die D-Banken alle heißen, weit mehr Kapitalien vereinigt, als in den sonstigen weiten Wirtschaftskreisen. Heute schon hat ein Direktor der Deutschen Bank oder eines der großen Verkehrsinstitute in Hamburg oder Bremen mehr Bedeutung für das Wirtschaftsleben als ein Minister nicht etwa in einem Kleinstaat, sondern in einem deutschen Großstaat. Das sind Dinge, die man beachten sollte. Wie hat die starke preussische Regierung vor ein paar Jahren kapitulieren müssen vor den preussischen Bergwerksmagnaten, wie hat die preussische Regierung hilflos dieser gewaltigen Kapitalmacht sich gegenüber gesehen! Ich bin der Ueberzeugung, wenn sich die Entwicklung in gleichem Tempo weiterhin vollzieht, wird sich in wenigen Jahren, genau wie in den Vereinigten Staaten, auch bei uns die Politik lediglich oder fast lediglich darum drehen, wie dem erdrückenden Einfluß der Kapitalgewalt im Interesse der Allgemeinheit begegnet werden kann. Ich weise darauf hin, daß selbst konservative Blätter von der Verstaatlichung der Bergwerke geredet haben; ich weise darauf hin, daß gegenüber dem hohen Zinsfuß, der wirtschaftlichen Not, sich in regierungsfreundlichen Kreisen ganz revolutionäre Gedankensprünge gezeigt haben; und so komme ich zum Schluß, daß nach unserer Ueberzeugung ohne revolutionäre Bestre-

bungen die wirtschaftliche Entwicklung es ist, die dem Sozialismus in die Hände arbeitet. Die gewaltige Konzentration der Kapitalien, wirds dahin bringen, daß die Regierungen in ein paar Jahren vielleicht froh sind, wenn sie die Arbeiterschaft gegen die wachsende Kapitalmacht zu Hilfe rufen können.

Auch auf anderem Gebiete, nicht bloß auf dem Gebiete der Wirtschaftskonzentration, sondern auch auf dem Gebiete der Gesinnung, ich möchte sagen im Reiche der Köpfe und Herzen, hat sich in den letzten Jahren eine gewaltige Revolutionierung, ein Umschwung vollzogen, den wir in dieser Schnelligkeit nicht zu hoffen gewagt haben. Ich verweise Sie auf die Verläufe, jetzt den zahlreichen neuen Privatbeamtenstand gegen die Folgen von Indebilität und Alter zu versichern. Was bedeutet das? Einen gewaltigen Umschwung der Gesinnung in der großen Masse der Bevölkerung. Noch vor 10 und 15 Jahren hat man die Arbeiter, die ihre Forderungen gestellt haben, darauf verwiesen, sie sollten für ihre kranken Tage sparen. Und heute? Heute kommen Tausende und Abertausende, kommen Hunderttausende von akademisch gebildeten Leuten, von Technikern, von Chemikern, und jagen dem Staat: Wir können beim Stand des heutigen Wirtschaftslebens, nichts mehr für unsere kranken und alten Tage zurücklegen; die heutige Wirtschaftsordnung ist nicht mehr imstande, uns zu ermöglichen, daß wir später selbst für uns sorgen; wir müssen die Hilfe der Allgemeinheit, der Gesellschaft in Anspruch nehmen, damit wir nicht später hilflos dastehen. Ist das nicht ein Triumph der sozialistischen Idee, welche die Hilfe der Gesellschaft für den notleidenden Einzelnen verlangt, verlangt nicht als Almosen, sondern als Recht eines jedes Glieds der Gesellschaft? (Sehr gut!) Es sind noch mehr Anzeichen dafür vorhanden, daß die heutige Wirtschaftsordnung unzureichend ist und nach Abhilfe schreit. Wir leben wieder in dem Winter einer wirtschaftlichen Krise; und wer wie ich mitangesehen hat, wie Tausende und Abertausende, 30-40 000 Menschen sich auf den Straßen Berlins vor den Zeitungsredaktionen drängen, um eine Stelle zu ergattern, vielleicht eine ungenügend bezahlte Stelle, um überhaupt etwas zu verdienen, so sind das Anzeichen, die eine Regierung nicht übersehen darf. Da sind gesunde Arbeitskräfte, Männer, die erklären: wir sind bereit, uns und unsere Angehörigen redlich und ehrlich zu ernähren, gebt uns Arbeit. Die Gesellschaft aber hat darauf nur die Antwort: „Geht zum Almosengeber oder leidet Hunger!“ Allein in Berlin sind nach der amtlichen Schätzung 30 000 Menschen ohne Beschäftigung, und wenn Sie rechnen, daß jeder auch nur drei Personen miternährt, so bedeutet das, daß wenigstens 100 000 Menschen heute nicht wissen, wovon sie morgen leben sollen. Da habe ich die Ueberzeugung, daß die nächste Zukunft ebenfalls im Sinne unserer Bestrebungen an die Stelle des Almosens die organisierte Hilfe der Gesellschaft setzen wird, und Sie sollten uns Sozialdemokraten dankbar sein, daß wir diesen armen, arbeitslosen Massen den Weg zu geordneter Hilfe gezeigt haben, daß wir sie nicht ihrer Verzweiflung, ihrer Leidenschaft überlassen haben, sondern daß wir ihnen gesagt haben, der Weg der gewerkschaftlichen Organisation, der Weg der politischen Betätigung im Reiche und in den Einzelstaaten wird es dahin bringen, daß es schließlich keine Menschen mehr gibt, die Arbeit wollen und nicht arbeiten dürfen und können. Wir sind also gerade bei der heutigen wirtschaftlichen Situation mehr als je davon überzeugt, daß die sozialdemokratische Bewegung eine gewaltige große Kulturnotwendigkeit ist, daß sie sein und bleiben wird die große Zukunftshoffnung aller derer, die das deutsche Volk auf die breiten Grund-

lagen einer Klasse stellen wollen, die am Vaterland interessiert ist.

Der Herr Staatsminister hat die Hoffnung ausgesprochen, es möge die vaterländische Gesinnung wachsen, ich spreche die gleiche Hoffnung aus. Die vaterländische Gesinnung wird wachsen in gleichem Maße wie der politische Einfluß der Sozialdemokratie, wie die politische Betätigungsmöglichkeit der Arbeiterklasse wachsen wird. Der Weg zur Vaterlandsliebe führt über die Freiheit, und die Liebe zum Vaterlande war in den Anfängen eine Betätigung revolutionärer Gesinnung. Die Patrioten, die Burschenschafter, die verfolgt worden sind (Abg. Ged.: Sehr richtig), die haben in gleicher Weise die Einheit des Vaterlandes wie die Freiheit gewollt. In dem Anfang freiheitlicher Bestrebungen war es nicht ein Merkmal guter Gesinnungen, vaterländisch zu denken, sondern es war das Merkmal des Demagogentums. Diese historischen Spuren sind noch zu erkennen. Wenn Sie wünschen, daß die Massen patriotisch werden, dann machen Sie die deutschen Arbeiter zu freien Männern, und diese werden dann eine Freude am Vaterland haben, und werden auch gern bereit sein, für dieses Vaterland Opfer zu bringen, wenn es notwendig werden wird. Durch Verbodnungen über, durch Entrechtung und durch Abschließung ist noch niemals eine Klasse zur Vaterlandsliebe erzogen worden. Ich sage deswegen: Mehr Freiheit, dann wird sich die Vaterlandsliebe schon machen. Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.

Hierauf wird abgebrochen.

Zu persönlichen Bemerkungen erhalten das Wort:

Abg. Schmidt-Bretten (W. d. Ldw.): In der heutigen Sitzung hat der Herr Abg. Obkircher von einem gewissen „demagogischen Agitator“ gesprochen, und er hat aus dem Marktgräser Tageblatt einige Zitate vorgelesen, die dieser angebliche Demagoge, dieser Agitator ausgesprochen haben soll. In dem Marktgräser Tageblatt bin ich nun als derjenige bezeichnet worden, der das gesagt haben soll, was der Herr Abg. Obkircher hier angeführt hat. Ich halte mich deshalb für berechtigt, hier in Form einer persönlichen Bemerkung das richtigzustellen, was in diesen Ausführungen über mich falsch ist. Ich hätte das nicht in Form einer persönlichen Bemerkung gemacht, sondern wäre erst in meiner nächsten Rede darauf zurückgekommen. Ich möchte aber heute nicht unwiderprochen ins Land hinaus gehen lassen, was der Herr Abg. Obkircher hier vorgelesen hat. Er hat vorgelesen: Ich hätte behauptet, die Liberalen seien Gegner der Mittelstandspolitik. In dieser Form habe ich das nicht gesagt. Ich habe erklärt: Wie die Nationalliberalen sich stellen zum gewerblichen Mittelstand, das ist daraus zu ersehen, wie sie sich verhalten bei der Bekämpfung der Warenhäuser. Ich habe ausgeführt: Daß wohl die Nationalliberalen für die an sich zu niedere Warenhaussteuer im Großherzogtum Baden gewesen seien, daß aber anlässlich der Debatte über diese Umsatzsteuer der Herr Abg. Bing erklärt habe, die Warenhäuser seien eine berechnete, moderne Betriebsweise. Ich habe weiter erklärt, daß die Nationalliberalen in Preußen gegen die Erhöhung der Warenhaussteuer gestimmt haben, und daß auch im letzten württembergischen Landtag ihre große Mehrheit gegen den Antrag des Bundes der Landwirte auf Erhöhung und zwangsweise Einführung einer Warenhaussteuer gestimmt haben. Das ist das, was ich gesagt habe, und das ist auch Wahrheit.

Dann hat er vorgelesen: Ich hätte erklärt, daß nach dem Willen der Nationalliberalen jeder Stuhl

und jeder Tisch versteuert werden müßte. Was ich über die Haushaltsjahre gesagt habe, ist: Daß in der Kommission seitens des Zentrums und seitens des Herrn Abg. Gierich der Antrag gestellt worden sei, daß die Haushaltsjahre der reichen Leute zur Steuer herangezogen werden sollen. Auch das ist die Wahrheit.

Dann hat der Herr Abg. Obkircher weiter vorgelesen, ich hätte erklärt: Die Liberalen hätten den Zentrumsantrag auf einen 20proz. Abzug an den landwirtschaftlichen Grundstückswerten abgelehnt. Das habe ich gesagt, allerdings auch nicht in der Form, wie es in der Zeitung steht, sondern ich habe gesagt: Weil das Zentrum und der Herr Abg. Gierich erkannt haben, daß die Steuerwerte, wie sie durch die Einschätzung geschaffen waren, zu hoch seien, hätten sie in der Kommission den Antrag gestellt, an dem Steuerwert landwirtschaftlicher Grundstücke 20 Proz. abzugreifen. Gegen diesen Antrag hätten die Nationalliberalen mit Ausnahme des Herrn Abg. Leiser gestimmt und dadurch sei der Antrag zu Fall gekommen. Erst nachträglich, als das Gesetz infolge der Ablehnung dieses Antrages zu scheitern drohte, hätten die Nationalliberalen einen Antrag gestellt, durch den sie dem 20proz. Abzug zustimmten, und wodurch sie sogar eine Erhöhung des Abzugs für die kleinen Bauern auf 25 Proz. beantragt hätten. Das hätte aber nicht in dem wahren Willen und in der Ueberzeugung der Nationalliberalen gelegen, sondern die wahre Ueberzeugung sei bei der Ablehnung des 20proz. Abzugs zum Ausdruck gekommen. Auch das ist die Wahrheit.

Und dann hat er erklärt, ich hätte gesagt, die Liberalen wollten die Wasserkräfte des Landes mit ihren riesigen Kapitalwerten nur einzelnen Großkapitalisten aushändigen. Auch das ist in dieser Form unrichtig. Wahr ist vielmehr folgendes: Ich habe erklärt, der ganze Landtag wäre darin einig, daß künftighin die Vergebung der Rheinwasserkräfte abhängig gemacht werden soll von der Zustimmung des Landtags. Aber wir gingen noch weiter, wir ständen auf dem Standpunkt, daß künftighin überhaupt keine Rheinwasserkräfte mehr an private Unternehmer vergeben werden sollen. Im Gegensatz hierzu hätte der Herr Abg. Obkircher im letzten Landtage erklärt, daß es auch künftighin nicht ausgeschlossen sein sollte, daß mit der Vergebung von Rheinwasserkräften zu privatlichen Zwecken fortgeföhren werden soll. Auch das ist die Wahrheit. Das habe ich gesagt, und nichts anderes.

Abg. Dr. Obkircher (natl.): Durch die Liebenswürdigkeit des Herrn Präsidenten ist dem Herrn Abg. Schmidt-Bretten Gelegenheit gegeben worden, hier eine Wahlrede zu halten.

Präsident Fehrenbach (unterbrechend): Die Absicht des Präsidenten war es nicht (Abg. Dr. Obkircher: Gewiß nicht!), und auch seine Liebenswürdigkeit war es nicht, dem Herrn Abg. Schmidt-Bretten hier Gelegenheit zu einer Wahlrede zu geben. Der Herr Abg. Schmidt-Bretten hat das Wort erbeten zu einer persönlichen Bemerkung. Und was er gesagt hat, das hat sich durchaus in dem Rahmen einer persönlichen Bemerkung gehalten. Es war nach seiner Auffassung eine Nichtigstellung einer in einem Zeitungsartikel unrichtig wiedergegebenen Rede.

Abg. Dr. Obkircher (fortföhrend): Ich habe meinen Ausführungen zu Grunde gelegt Mitteilungen, die mir von durchaus zuverlässiger Seite geworden sind über den Inhalt einer Rede, die ein Mitglied des Hohen Hauses, das ich nicht genannt habe, draußen im Wahlbezirk gehalten habe. Dieses Mitglied des Hauses hat sich getroffen geföhlt, es hat sich zu erkennen gegeben und hat sich nun bemüht, die Mitteilungen zu widerlegen. Ich kann nicht zugeben,

daß dieser Versuch geglückt ist. Ich muß zunächst das festhalten, was mir mitgeteilt worden ist. Das habe ich auf das, was Herr Abg. Schmidt soeben hervorgehoben hat, zu sagen. Ich möchte aber gerade aus dem Schlusse seiner Ausführungen eine neue Stärkung dafür entnehmen, daß meine Gewährsmänner mir richtige Mitteilungen gemacht haben, weil auch das, was Herr Schmidt-Bretten soeben als seine tatsächliche Behauptung hingestellt hat, in Widerspruch mit der Wahrheit steht.

Abg. Schmidt-Bretten (Vd. d. Vdw.): Der Herr Abgeordnete Obkircher sagt soeben, was ich am Schluß meiner Ausführungen ausgeführt hätte, stünde im Widerspruch mit der Wahrheit. Ich habe hier den stenographischen Bericht der Rede des Herrn Abg. Obkircher vom letzten Landtag, und hier heißt es: „Wir nehmen das auf uns, indem wir mit großer Betonung darauf hinweisen, daß, wenn auch in einzelnen Beziehungen in der Vergebung zu privatwirtschaftlichen Zwecken fortgeschritten wird, was wir nicht ausschließen wollen. . . . Etwas anderes habe ich nicht gesagt. Das ist die Wahrheit. Die Unwahrheit hat Herr Abg. Obkircher gesagt, wenigstens die objektive.“

Abg. Gierich (konf.): Der Herr Abg. Obkircher hat geglaubt, mich für angebliche Vorkommnisse im Wahlbezirk Schopfheim verantwortlich machen zu sollen. Ich weiß nicht, wie Herr Obkircher dazu kommt; denn weder die konservative Partei noch ich persönlich sind bis jetzt in nennenswerter Weise im Wahlkampf dort aufgetreten. Der Kandidat, der dort aufgestellt ist, Herr Oswald, ist Kandidat des Bundes der Landwirte. Für Beschwerden bin ich also nicht die richtige Adresse. Uebrigens höre ich, daß die Herren vom Bund, die im Wahlbezirk Schopfheim arbeiten, bei ihrer Arbeit sich in der Defensiv befinden. Sie sind auf dem Standpunkt des Hinschiebens, nachdem hergeschossen worden ist. Also hätten die Herren der liberalen Partei allen Grund, vor der eigenen Türe zu kehren.

Abg. Dr. Obkircher (natl.): Wenn ich den Herrn Kollegen Gierich für die Vorgänge im Wahlbezirk Schopfheim auf der der unseren entgegengesetzten Seite verantwortlich gemacht habe, so ist das ja selbstverständlich nur ganz oberhin gemeint gewesen. Eine wirkliche, persönliche Verantwortlichkeit für all das, was da geschieht, kann man dem Chef einer Partei unmöglich aufladen.

Das ist mir ferne gelegen. Ich habe ihn nur darauf aufmerksam gemacht und machen wollen, daß dort sich Dinge abspielen, die sich mit der konservativen und staats-erhaltenden Gesinnung nicht vertragen, und daß dort viel mit Unwahrheit gearbeitet worden ist.

Dem Herrn Abg. Schmidt habe ich zu erwidern, daß der Vorwurf der Unwahrheit, den er mir soeben gemacht hat, an mir glatt abläuft. Meine ganze Bestrebung in der Wasserkräftfrage kann nicht mißverstanden werden von einem, der Augen und Ohren aufmacht und nach der Wahrheit strebt. Meine ganze Aktion ist von allem Anfang an darauf hinausgegangen, ein Veto gegenüber der Vergebung von Wasserkräften in private Hände einzulegen. Wenn ich mich in einzelnen Phasen der ganzen Aktion genötigt gesehen habe, mit dem tatsächlichen Zustand mich abzufinden, so wird mir daraus ein verständig denkender Mensch niemals einen Vorwurf machen. (Sehr richtig!) Die ganze Aktion hatte von allem Anfang an diesen Zweck, und diesen hat der Abgeordnete Schmidt dort oben verleugnet, den hat er auch heute wieder verleugnen wollen.

Präsident Fehrenbach: Die Ausdrucksweise, daß der Vorwurf der Unwahrheit, den ein Abgeordneter gegen einen anderen erhebt, glatt an einem herunterlaufe, enthält die Aeußerung einer Mißachtung, die ich nicht für parlamentarisch zulässig halte. Ich rüge deshalb diesen Ausdruck.

Im übrigen bemerke ich zu der „Unwahrheit“ nur, daß zuerst von Seiten des Herrn Abg. Obkircher dem Abg. Schmidt-Bretten gegenüber der Vorwurf der objektiven Unwahrheit erhoben wurde und daß den gleichen Vorwurf der Abg. Schmidt-Bretten zurückgegeben hat, weshalb ich keinen Anlaß hatte, hier irgendwie einzugreifen.

Schluß der Sitzung 1 Uhr 55 Minuten Namittags.

* Karlsruhe, 30. Jan. 22. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Freitag den 31. Januar 1908, vormittags 9 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann

1. Fortsetzung der allgemeinen Diskussion über das Finanzgesetz, und damit in Verbindung:
2. Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Sed und Gen., die Kränkung verfassungsmäßiger Rechte (Former Schaufele in Rintheim) betr. — Drucksache Nr. 22—.